



15. Oktober 1918

## HEINRICH PEUS · DIE DEUTSCHE VOLKSREGIERUNG

**T**ROTZ der schwersten Stunde, die uns der Weltkrieg brachte, und in vollem Bewußtsein der Entscheidung, die sie anbahnte (über die das Notwendige, das sich aus all den früheren Darlegungen an dieser Stelle ja von selbst ergibt, noch in voller Klarheit zu sagen sein wird), dürfen und müssen wir auf den 5. Oktober 1918 mit dem Gefühl zurückblicken, daß da etwas geschehen ist, was unser Schicksal auch zum Guten wenden kann. Denn an diesem Tag begann die Selbstregierung des deutschen Volkes. »Mehrheitsbildung heißt politische Willensbildung, und ein unbestreitbares Ergebnis des Krieges ist, daß in Deutschland zum erstenmale große Parteien sich zu einem festen, einheitlichen Programm zusammengeschlossen haben und damit in die Lage gekommen sind das Schicksal des Volkes von sich aus zu bestimmen.« Seit Jahr und Tag sind wir in den Sozialistischen Monatsheften nicht müde geworden diesen Grundgedanken, der jetzt von der Reichsleitung als der Sinn der neuen Regierungsweise festgestellt werden mußte, dem Parlament auf das dringlichste klarzumachen, es zu veranlassen sich endlich zu solch einer Willensbildung aufzuschwingen. Dringende Not, nicht freier Entschluß hat sie endlich zur Wahrheit gemacht. Sie hat die spießbürgerliche Ängstlichkeit überwunden, die selbst in unserer Partei sich gegen die Übernahme der Verantwortung sträubte, und die zu gewissen publizistischen Niederschlägen geführt hatte, in denen sich, bedingt durch die Enge des Gesichtskreises, die ganze Ahnungslosigkeit gegenüber der nationalen Bedeutung der parlamentarischen Regierungsweise zeigte. Mit alledem ist es nun vorbei. Auch das deutsche Volk wird sich nicht mehr durch eine Obrigkeit (in der man sonderbarerweise die Verkörperung des Fachwissens sah) regieren lassen, seine Leitung wird jetzt aus seiner gewählten Vertretung hervorgehen. Die Unwiderruflichkeit dieser Neuordnung hat der 5. Oktober dargetan: »Dieser Gedanke wird niemals erlöschen, diese Entwicklung niemals rückgängig gemacht werden.«

Damit ist die Bahn frei, auf der das deutsche Volk zu kraftvollem politischen Handeln fortschreiten kann. Der Selbstbestimmung unseres Volkes, nach innen wie nach außen, können keine Hindernisse mehr in den Weg gelegt werden, die zu überwinden es nicht fähig wäre. Nun gilt es aus der Fähigkeit die Tat, aus der Möglichkeit die Wirklichkeit zu machen. Es

ist jetzt unsere Sache alles zu tun, daß die Demokratie im deutschen Volk auch wahre Demokratie wird, daß sie bis unten herunter in der Mitarbeit des ganzen Volkes das erforderliche Fundament bekomme. Dazu ist das demokratische Wahlrecht nicht nur im Reich, nicht nur in Preußen erforderlich sondern auch in allen Bundesstaaten und für alle Wahlen in Staat und Gemeinde. Das ganze Volk bis zum letzten Staatsbürger muß aufgerufen werden für das Wohl des Ganzen seinen besten Gedanken und seinen besten Willen herzugeben.

Jetzt ist es deutlich, wie recht wir hatten, wenn wir den Kampf für die Demokratie und den Parlamentarismus, allen widerwärtigen Erfahrungen zum Trotz, im Geist hoffnungsfreudigen Vertrauens auf die Notwendigkeit dessen, was wir erstrebten, geführt haben. Wer die Selbstregierung und Selbstverwaltung des Volkes will, muß an ihre Notwendigkeit glauben; daraus ergibt sich von selbst ihre Möglichkeit. Solch ein Vertrauen gehört zum Wesen des demokratisch gesinnten Menschen. Aus Menschenverachtung, aus Geringschätzung des Wollens und Könnens der Masse des Volkes kann keine Demokratie erwachsen. Gewaltigste Lebensbejahung, ein unerschütterlicher Glaube an den Beruf der Menschheit die Bahn rastlosen Fortschritts zum Guten zu wandeln kennzeichnen den von seinem Ideal überzeugten Demokraten. Angesichts der furchtbaren Verluste, die dieser Krieg dem materiellen Dasein der Menschen wie ihrem seelischen Leben gebracht hat, ist die Besserung, ist die Wiederherstellung aller kulturellen Werte nur durch ein unbeschränktes Vertrauen auf eine bessere und schönere Zukunft möglich. Diese Zukunft ist aber nur durch unsern eigenen Willen zu erreichen; es ist unsere eigene Schuld, wenn wir spät zu ihr kommen. Völker und Menschen, die so Schreckliches wie diesen Weltkrieg ausgehalten haben, werden es auch fertig bringen den Wiederaufbau und die Neugestaltung in Staat und Gesellschaft nach dem Krieg mit allen verfügbaren Kräften zu fördern. Ohne solche Überzeugung müßte man an der Menschheit verzweifeln. Wir haben aber keine Selbstmordstimmung, wir wollen leben, und darum sollen alle latenten Kräfte im Volk in demokratischer Gleichberechtigung und daraus fließender Freude am Leben zu gemeinnütziger Betätigung nicht nur zugelassen sondern direkt aufgerufen werden.

Demokratie ist Selbstverwaltung, Parlamentarismus Regierung durch einen Ausschuß der Volksvertretung. Beides ist nicht das selbe. Nur dadurch aber, daß Demokratie und Parlamentarismus neben einander zusammenwirken, können die Freiheit und das Recht des Volkes verwirklicht werden. Max Weber fragt in seiner lesenswerten Schrift Wahlrecht und Demokratie in Deutschland: »Welches Organ hat, wenn man sich die Parlamentsmacht fortdenkt, die Demokratie, um die Verwaltung der Beamten ihrerseits zu kontrollieren?« Und: »Was tauscht die Demokratie für die Herrschaft der parlamentarischen *Cliquen* ein? Die Herrschaft weit verborgenerer und meist — noch weit kleinerer, vor allem unentrinnbarer *Cliquen*. . . In jedem Massenstaat führt Demokratie zur bürokratischen Verwaltung, und ohne Parlamentarisierung zur reinen Beamtenherrschaft.« Bekanntlich entsteht auch in der rein demokratischen Arbeiterbewegung leicht ein Groll über *Instanzenherrschaft*. Nur genügend entwickelter Parlamentarismus kann dagegen ein ausreichendes Hilfsmittel sein; die vielen müssen die Möglichkeit haben in von ihnen unmittelbar beschickten Vertretungskörperschaft-

ten ihren Willen und ihr Kontrollrecht zum Ausdruck zu bringen. Wer den Parlamentarismus im Namen der Demokratie bekämpft, erklärt Max Weber, treibt die Geschäfte der reinen Bürokratenherrschaft und ihres Interesses an Kontrollfreiheit. Selbstregierung und Selbstverwaltung müssen zu einem organischen Ganzen verschmelzen, das ganze Volk muß ein einheitlicher Staatskörper werden, Volk und Staat eine Einheit sein.

Das Niveau eines Parlaments hängt davon ab, ob große Probleme in ihm nicht nur beredet sondern maßgeblich entschieden werden, oder ob es nur der widerwillig geduldete Bewilligungsapparat einer, aus bestimmten herrschenden Kreisen sich ständig ergänzenden Beamtenschaft ist. Die Bürokratie kann nur durch ein vom Machtwillen beseeltes Parlament unschädlich gemacht, nur durch dieses der erforderlichen Kontrolle unterworfen werden. Die Auslese der dringend erforderlichen politischen Führer ist auch nur in einem Parlament möglich, das zur Entscheidung über die zu führende Politik berufen ist. Nicht Beamte, denen ihr Amt das Zentrum ist, sondern Männer, die für ihre Überzeugung stehen oder fallen, gehören an die Spitze eines Volkes; und die wachsen nur aus politischen Parteien heraus und aus Kämpfen um die Macht in einem verantwortungsfrohen Parlament. Dann entsteht auch ein Parlament, dem gegenüber effektive Verantwortlichkeit der Beamten besteht, und das, wie Max Weber nachdrücklich feststellt, »schlechterdings durch keine andere Macht zu ersetzen ist«.

Schäden der Demokratie, der unvollkommenen Demokratie, sind nicht durch Verzicht auf Demokratie sondern durch rücksichtslose Weiterentwicklung der Demokratie zu heilen, ebenso wie die Mängel eines unzulänglichen, negativen Redeparlamentarismus durch seine Entwicklung zu einem verantwortungsvollen Machtparlamentarismus zu beseitigen sind. Die wachsende Sozialisierung des ganzen modernen Lebens macht die Demokratisierung unserer ganzen Verwaltung wie die Parlamentarisierung der Regierung zu einer unentrinnbaren Notwendigkeit. Wie verstaubt ist doch jetzt der Artikel, den Genosse Ernst Heilmann vor 13 Monaten gegen *parlamentarische Advokatenwirtschaft* schrieb, und in dem er seinen Obrigkeitsglauben sozialistisch zu begründen suchte: »Entweder wir verzichten auf die Sozialisierung der Wirtschaft oder auf das parlamentarische System. Beides zusammen zu wollen ist ein Nonsens.« Nun, ein »Nonsens« ist es vielmehr, daß man solch eine Meinung als sozialistisch nehmen konnte. Sie ist im Ernst auch kaum dafür genommen worden, und der sie damals so apodiktisch verkündete, hat sich mittlerweile wohl davon überzeugt, daß sie (und dies Schicksal teilt sie mit all den anderen Tagesmeinungen, die von manchen Genossen zu großen *Theorien* ausgestaltet wurden und doch leider bloß Worte blieben) ebenso vergänglich, nur leider nicht so schön war wie die Blumenmädchen, die den reinen Toren Parsifal umschmeichelten. Die ehemaligen Antiparlamentarier treten jetzt wacker für die parlamentarische Volksregierung ein; ihre vorjährigen Irrtümer seien damit mitsamt ihren *Begründungen* begraben. Fortan heißt es unter Zusammenfassung aller Kräfte für das Richtige zu arbeiten.

Die parlamentarische Regierung des deutschen Volkes ist jetzt berufen an dem größten Werk mitzuwirken, das wohl je einer europäischen Regierung gestellt wurde: an dem Wiederaufbau einer zerstörten Volkswirtschaft und, mehr noch, einer zerstörten Menschengemeinschaft. Der Völkerbund, den

wir erstreben, soll nicht nur eine äußerliche Zusammenfassung der Nationen unter die Geltung äußerer Rechtsnormen sein; er soll eine produktive Gemeinschaft der Völker bringen, die erst die Träger des neuen Völkerrechts gleich stark, damit jedes Übergewicht eines Übermächtigen unmöglich macht und so in das Reich der Freiheit und Unabhängigkeit der Nationen führt. Der Spott, der über die Unfähigkeit der Parlamentarier Führer des Volkes zu sein ausgegossen wurde, war für ein Parlament zutreffend, das noch keine Verantwortung tragen gelernt hatte. Die Not Führer zu finden, die das Reich aus dem Jammer dieses Krieges in ein Zeitalter der Völkerfreiheit hineinführen können, hat die Parlamentarisierung Deutschlands mit Allgewalt erzwungen. Nur in der frischen Luft der Öffentlichkeit des parlamentarischen Kampfes um den besten Weg die Zukunft des Volkes zu sichern kann ein freies Volk werden und gedeihen. Nur wenn die Völker durch ihre freigewählten Vertreter mit einander über die Existenzbedingungen der Völker unter einander verhandeln, kann allgemeine Völkergerechtigkeit angebahnt werden. Darum haben wir allen Anlaß den 5. Oktober 1918 als einen Schicksalstag in der Geschichte des deutschen Volkes zu betrachten.

## EMIL KLOTH · ÜBER DEN ZUSAMMENHANG DER GEWERKSCHAFTLICHEN SOZIALPOLITIK MIT DER WELTPOLITIK

**J**EDEM muß es klar geworden sein, daß es jetzt um die Zukunft Deutschlands, um die Zukunft der deutschen Arbeiterklasse geht. Alle schaffenden Kräfte müssen daher zusammengefaßt werden, um in ungehemmter Anstrengung diese Zukunft sicherzustellen. Dem als Klasse organisierten Proletariat liegt es in erster Linie ob alte, liebgewordene, aber nichts nützende Schlagworte beiseite zu setzen und aufs genaueste zu prüfen, welche Mittel uns vor dem drohenden Untergang bewahren können.

Die deutschen Gewerkschaften haben ein sozialpolitisches Programm aufgestellt.<sup>1)</sup> Seine Verwirklichung setzt jedoch eine Volkswirtschaft voraus, für die alle Vorbedingungen kraftvollen Gedeihens gegeben sind. Und weil die Volkswirtschaft eines großen Industriestaats durch tausend Fäden mit der Weltwirtschaft unlöslich verbunden ist, müssen die deutschen Gewerkschaften, sie mögen wollen oder nicht, und unbeschadet ihrer gewerkschaftlichen Neutralität, eine klare Stellung zur auswärtigen Politik einnehmen. Die gewerkschaftliche Neutralität kann doch vernünftigerweise immer nur so verstanden werden, daß keines der Gewerkschaftsmitglieder gezwungen ist einer bestimmten Partei anzugehören; beileibe aber nicht als Enthaltensamkeit von jeglicher Politik, auch wenn diese noch so sehr gewerkschaftliche Interessen berührt. Über die Art der Einflußnahme der Gewerkschaften auf die Politik gehen die Ansichten sehr weit auseinander. Daß sie aber ihren Einfluß auf Politik und Politiker überhaupt ausüben sollen, darüber herrscht im Grunde genommen Übereinstimmung. In den skandinavischen Ländern sind Partei und Gewerkschaften in der Tat eins, indem

<sup>1)</sup> Siehe Kloth Das Programm der deutschen Gewerkschaften und die deutsche Volkswirtschaft, in den Sozialistischen Monatsheften, 1918 I, Seite 177 ff.

in der Parteileitung offiziell dafür ernannte Gewerkschaftsvertreter sitzen und umgekehrt. In den Beiträgen der ungarischen Gewerkschaften sind die Parteibeiträge mit enthalten, und meines Wissens war das früher auch in der deutschen Sozialdemokratie Österreichs der Fall. In England treiben die Gewerkschaften durch ihr Parlamentarisches Komitee offiziell Politik; sie bestimmen zum guten Teil die Politik der Arbeiterpartei und stellen aus ihren Reihen auch den bürgerlichen Regierungen Minister in gewünschter Zahl zur Verfügung. Die französischen und die italienischen Gewerkschaften treiben in ihrer Art besondere revolutionäre, syndikalistische Politik. In Deutschland lehnen sich die freien Gewerkschaften an die sozialdemokratische Partei an, die christlichen Gewerkschaften vornehmlich an das Zentrum und die Hirsch-Dunckerschen an die fortschrittliche Volkspartei. Die ehemaligen lokalistischen Gewerkschaften suchten es den französischen Gewerkschaften gleichzutun, unsere heutigen Unabhängigen versuchen die Gewerkschaften in ihrem Sinn zu beeinflussen, und einzelne ihrer Gruppen streben ja bekanntlich politisch-wirtschaftliche Einheitsorganisationen an.

Das Korrespondenzblatt der Generalkommission charakterisierte in seiner Artikelserie über den gewerkschaftlichen Wiederaufbau nach dem Krieg, die einer Erörterung aller wirtschaftlichen Probleme der Arbeiterklasse gewidmet war<sup>2)</sup>, die Stellung der freien deutschen Gewerkschaften in folgender Weise:

»Erst nach vielen ergebnislosen Wirtschaftskämpfen kam die Erkenntnis, daß die eigentliche Aufgabe der Gewerkschaften: als wirtschaftliche Organisation der Arbeiter und Angestellten deren Lage zu verbessern, den Arbeitgebern Zugeständnisse, höhere Löhne, kürzere Arbeitszeit, Rücksicht auf die Arbeitergesundheit abzurufen, sie zum Abschluß kollektiver Arbeitsverträge und zur Anerkennung der Arbeiterorganisation zu zwingen und die Gesetzgebung zugunsten sozialpolitischer Maßnahmen zu beeinflussen, durch parteipolitische Spaltung der Arbeiterschaft nicht erleichtert sondern im Gegenteil erschwert und durch gegenseitige Bekämpfung vereitelt wird. Alle weitblickenden Führer der Arbeiterbewegung: Karl Marx, Theodor York, August Bebel, Carl Legien, stimmen darin überein, daß die Gewerkschaften die einheitliche wirtschaftliche Organisation der Arbeiterklasse darstellen und sich daher von parteipolitischen Gegensätzen fernhalten müssen, und schon der Erfurter Gewerkschaftskongreß 1872 erklärte diese parteipolitische Neutralität der Gewerkschaften für geboten.«

Das hielt sie aber nicht ab in ihren Sozialpolitischen Arbeiterforderungen, getrieben von der Notwendigkeit, in alle politischen Gebiete überzugreifen, die die Gewerkschaften berührten. Dabei kam allerdings die Außenpolitik etwas zu kurz. Dieser Fehler muß um so schneller wettgemacht werden als die auswärtige Politik von ausschlaggebender Bedeutung für die deutsche Sozialpolitik in der Zukunft sein wird. Hier muß nun in erster Linie die Stellung der Arbeiter als Produzenten mehr als bisher Berücksichtigung finden, besonders in Anbetracht der ungenügenden Beachtung dieser Rolle der Arbeiter durch die offizielle Parteipolitik.

Denn die auswärtige Politik war von jeher das Stiefkind unserer Partei, die in diesem Punkt niemals über ein paar allgemeine programmatische Erklärungen und nichtssagende Schlagworte hinausgegangen ist, und die sich selbst durch die Lehren, die dieser furchtbare Krieg brachte, nicht in ihrem Phlegma stören ließ. Kennzeichnend dafür ist das Erfurter Programm, das

<sup>2)</sup> Siehe Der gewerkschaftliche Wiederaufbau nach dem Kriege, im Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands vom 6., 13., 20., 27. April, 4., 11., 18., 25. Mai, 1., 8., 15., 22., 29. Juni und 6. Juli 1918.

die auswärtige Politik nur flüchtig streift; und auch der ergänzende Programmwurf der dazu vom Würzburger Parteitag eingesetzten Kommission tut ganz das nämliche, er läßt beispielsweise die wichtige Kolonialfrage völlig unberührt. Die krasse Ignoranz unserer Parteihandbücher scheint also immer noch für unsere leitenden Parteikreise maßgebend zu sein. Die deutsche Kolonialpolitik wird darin als ein Teil der Weltpolitik in Grund und Boden verurteilt. Heißt es doch im sozialdemokratischen Handbuch von 1906:

»Dieser Kolonialpolitik, der Kolonialpolitik des Deutschen Reichs, steht deshalb die deutsche Sozialdemokratie grundsätzlich ablehnend gegenüber.«<sup>3)</sup>

Schier unbegreiflich ist es aber erst, wie im Handbuch von 1911 der Wert der Kolonialwirtschaft für die deutschen Arbeiter abgetan wird. Es heißt da: »Nur von dem Handel mit den Kolonien haben auch die deutschen Arbeiter ein Interesse als Verbraucher von Kolonialprodukten oder als Arbeiter in Betrieben, die für die Kolonien fabrizieren. Doch liegt es auf der Hand, daß diese letztere Art von Geschäften mit den Kolonialländern keineswegs davon abhängig ist, daß dort mit deutschem Gut und Blut eine Gewaltherrschaft unter der schwarzweißroten Flagge über die Eingeborenen ausgeübt wird. Denn mit den anderen Tropenländern, die nicht unter deutscher Herrschaft stehen, treibt Deutschland, wie auf Seite 73 nachgewiesen wird, einen weit größern Handel, und so wird es dauernd bleiben.«<sup>4)</sup>

Es erübrigt sich heute wohl dazu noch etwas zu bemerken. Unsere Volkswirtschaft ist nicht auf einen geschlossenen Handelsstaat eingestellt, und auch ein bloß mitteleuropäischer Bund (der jetzt, nach dem Austritt Bulgariens freilich ohnehin der Vergangenheit angehört) vermöchte ihren Lebensbedingungen bei weitem nicht zu genügen und vor allen Dingen ihr nicht die Kraft als Unterbau zu einer großzügigen Sozialreform einzublasen. Eine Sozialpolitik, wie sie unsere Gewerkschaften verlangen, wird jährlich Milliarden erfordern. Wer soll diese Lasten tragen? Die Kapitalisten? Ja, man mag den Unternehmergewinn bis aufs äußerste herabdrücken, eine gewisse Akkumulation des Kapitals muß man doch notgedrungen zulassen, zur Gründung neuer und zur Vergrößerung bestehender Industrieunternehmungen. Und eine Umschaltung der kapitalistischen in die sozialistische Produktionsweise wird nicht von heute auf morgen stattfinden können. Aber selbst, wenn das der Fall wäre, so hieße es auch dann: Wer Weltwirtschaft treiben will, darf auch der Weltpolitik nicht entsagen. Auch die sozialistische Wirtschaft bedarf der kolonialen und ausländischen Rohstoffe, Lebens- und Futtermittel, kann sich nicht der weltwirtschaftlichen Verknüpfungen entschlagen, muß hohe Werte in ausländischen Handelsniederlassungen investieren und zu deren Schutz gerüstet sein, solange ein wirklicher Völkerbund, in dem Gerechtigkeit waltet, und der die Kriege überflüssig machen könnte, noch nicht besteht. Ein solcher Völkerbund hat aber gerade ein geeinigtes Kontinentaleuropa zur Voraussetzung, soll er wirklich ein Bund gleichberechtigter Völker, nicht ein angelsächsisches Herrschaftsgebiet werden.

Als Grundlage der Sozialpolitik für die Arbeiter wird sich immer die Lohnfrage in den Vordergrund drängen. Erst wenn seine Existenz einigermaßen gesichert ist, wird der Arbeiter imstande sein an höhere Kulturgenüsse zu denken. Manche, darunter sonst bewährte Parteigenossen halten die Lösung dieser Grundfrage für sehr leicht. So heißt es in einem Aufsatz des Genossen Molkenbuhr, der jüngst einen großen Teil der Partei- und Gewerkschaftspressen durchlief, unter anderm wie folgt:

<sup>3)</sup> Siehe Handbuch für sozialdemokratische Wähler /Berlin 1906/, Seite 28.

<sup>4)</sup> Siehe Handbuch für sozialdemokratische Wähler /Berlin 1911/, Seite 64.

»Die Arbeiter müssen mit der Tatsache rechnen, daß die Kaufkraft des Geldes auf einen geringen Bruchteil dessen herabgesunken ist, wie sie vor dem Kriege war. Sie müssen danach streben den Lohn auf die Höhe zu bringen, daß er mindestens die selbe Lebenshaltung ermöglicht, die der Lohn vor dem Kriege gestattete. Ist die Kaufkraft der Reichsmark auf ein Viertel oder Fünftel herabgesunken, so muß der Arbeiter 4- oder 5mal so viel Lohn haben, wie er früher bezogen hat, selbst auf die Gefahr hin, daß die Waren weiter im Preise steigen.«

Die Schlußfolgerung ist an sich richtig: nur kann das so einfache Rezept nicht nach der Apotheke gebracht und von dort der Heiltrank nach angemessener Zeit abgeholt werden. Die Kaufkraft des deutschen Geldes ist nämlich vornehmlich deshalb im In- und Ausland so gesunken, weil wir so wenig Waren ausführen und deswegen deutsche Zahlungsmittel im Ausland wenig benötigt werden, wir aber ausländische Waren, und wenn wir sie auch noch so nötig brauchen, nicht gegen gleichwertige Waren austauschen, respektive sie nicht bezahlen oder doch nur mit einem ungeheuren Aufgeld auf unser Papiergeld beziehen können. Je länger wir die Rohstoffe für unsere Industrieerzeugnisse entbehren müssen, desto schlimmer wird es mit dieser Sachlage werden. Darin wird nach dem Krieg nur dann eine wesentliche Besserung eintreten können, wenn wir beim Bezug der Waren auf dem Weltmarkt nicht schlechter gestellt sein werden als andere Völker. Im andern Fall bleibt unsere Valuta schlecht, und je mehr wir die Löhne über eine gewisse Grenze in die Höhe treiben, desto mehr steigen die Preise unserer Ausfuhrwaren, um so unverkäuflicher werden sie, um so weniger können wir aus dem Ausland das Notwendigste beziehen. Selbst die wohlmeinendsten Unternehmer, ja selbst sozialistische Produktivgenossenschaften auf höchster technischer Stufe müßten eines Tages blutenden Herzens unter solchen Umständen höhere Lohnforderungen der Arbeiter ablehnen, weil sie zu ihrer Gewährung einfach nicht imstande wären. Ganz richtig sagt daher auch das Korrespondenzblatt der Generalkommission in seiner oben angeführten Artikelfolge:

»Schließlich werden auch die Bedingungen des Friedensschlusses selbst auf die künftige Lage der Arbeiterklasse und demgemäß auf die Entwicklung der Gewerkschaften nicht ohne Einfluß sein. Veränderungen der Landesgrenzen können Verengerungen oder Erweiterungen der Rohstoff- und Absatzgebiete bewirken, die für die zukünftige Wirtschaftsentwicklung von ausschlaggebender Bedeutung sind. Kriegsentschädigungen können unsere Volkswirtschaft belasten oder entlasten, je nachdem wir in die Lage des Zahlenden oder Empfangenden kommen. Koloniale Ausdehnung kann uns Rohstoffquellen oder Siedlungsgebiete erschließen, die der Wiedergesundung unseres Wirtschaftslebens förderlich sind; sie kann uns freilich auch eine drückende Last auferlegen. Der Verlust von Kolonien dagegen kann entgegengesetzte Wirkungen nach sich ziehen. Feindliche Wirtschaftsbündnisse können uns mit einem langwierigen Wirtschaftskrieg und mit einer Verlängerung der Kriegsfolgen bedrohen, während ein mitteleuropäisches Wirtschaftsbündnis diese Gefahren abschwächen und uns von einem Teil des Auslands unabhängiger machen kann [hier ist das Korrespondenzblatt noch allzu von dem *Mitteleuropas*schlagwort befangen, das der kontinentaleuropäischen Idee so sehr im Weg stand]. Langfristige Handelsverträge können uns die Zurückgewinnung der alten Märkte erleichtern. Ein Frieden aber, der die Gefahr neuer Kriege in absehbarer Zeit zuläßt, kann alles in Frage stellen, was zur Überwindung der gegenwärtigen Kriegsfolgen geschieht. Aus diesen Erwägungen rechtfertigt sich die Forderung der Arbeiterklasse: daß auch ihre Vertreter und Sachverständigen zu den Friedensverhandlungen hinzugezogen werden, um bei der Festsetzung der Friedensbedingungen die Interessen der Arbeiter wahrnehmen zu können.«

**Daß ein mitteleuropäisches Wirtschaftsbündnis, selbst wenn es möglich wäre, die vom Korrespondenzblatt vorausgesetzte Wirkung haben könnte, muß**

man bestreiten. Unsere deutsche Handelsflotte, die sich von 3883 Schiffen mit 2 826 400 Bruttoregister-tonnen und 50 506 Mann Besatzung im Jahr 1909 auf 4935 Schiffe mit 5 238 937 Bruttoregister-tonnen und 83 898 Mann Besatzung im Jahr 1914 vermehrte, wird mindestens nicht davon betroffen. Ebenso wenig oder doch nicht viel mehr jene Industrien, die ausschließlich oder hauptsächlich für die Ausfuhr nach überseeischen Ländern arbeiteten. Nicht viel anders steht es mit der Einfuhr von Rohstoffen und der Ausfuhr von Fertigwaren. Entfielen doch 1913 von den 11 206 Millionen Mark Einfuhrwaren nur 848 Millionen Mark auf Österreich-Ungarn und von den 10 198 Millionen Mark Ausfuhrwaren 1124 Millionen Mark ebenfalls nur auf Österreich-Ungarn.

Ebenso wie an der Freiheit der Meere zur Ermöglichung der unbehinderten Ein- und Ausfuhr sind die Arbeiter an der Steigerung der Produktion interessiert. Freilich lesen wir in der schon erwähnten Artikelfolge des Korrespondenzblatts auch die folgende Äußerung:

»Für die Rentabilität des Betriebes zu sorgen ist nicht ihre Sache; wenigstens nicht, solange ihnen die Unternehmer ihre Bücher verschließen und ihnen das Recht bestreiten in geschäftlichen Angelegenheiten dareinzureden.«

Das soll aber gewiß nicht besagen, daß die Arbeiter an der Rentabilität der Betriebe nicht interessiert sind. Es soll vielmehr umgekehrt, dadurch, daß für die Arbeiter ein gewisses moralisches Mitbestimmungsrecht verlangt wird, auch gleichzeitig eine Pflicht zur Mitverantwortung für sie festgestellt werden. Nur solange die Arbeiter von den Unternehmern lediglich als Objekte im Produktionsprozeß betrachtet werden, sind sie an dem Betrieb selber nicht interessiert. Die Zusammenfassung unserer wirtschaftlichen Kräfte erfordert es aber unbedingt, daß nunmehr die Arbeiter zu Subjekten im Produktionsprozeß, zu Mitträgern, ja zu Hauptträgern der Produktion selber werden. Dadurch ist die Arbeiterklasse genötigt sich selber auf den Produzentenstandpunkt zu stellen. Höchste Produktivität der nationalen Volkswirtschaft wird das Ziel der Arbeiterklasse. Die Vervollkommnung der Arbeitsmethoden, die Vermeidung von Energieverschwendung, die sorgfältige Berufsausbildung, die bestmögliche Organisierung des gesamten Arbeitssystems, die höchste Rationalisierung des Arbeitsprozesses; alles das zu bewirken fällt nunmehr in die Interessensphäre der Arbeiter und wird zu einer der wichtigsten Aufgaben der Gewerkschaften.

Indem die Vertreter der deutschen Arbeiterklasse jetzt auch an der Regierung des Volkes teilnehmen, hat die sozialdemokratische Partei die Erfordernisse der deutschen Volkswirtschaft auch als ihre politische Pflicht erkannt. Aus ihrem Geist heraus hat sich die neue parlamentarische Regierung des Deutschen Reichs für eine internationale Arbeiterschutzgesetzgebung eingesetzt; sie ist darin, wie Genosse Branting feststellte, den Regierungen der Entente mit gutem Beispiel vorangegangen. Der Aufbau der Sozialpolitik setzt aber den Wiederaufbau der Wirtschaft eines jeden Landes voraus. Für Deutschland wird unsere Partei auf dem Gebiet der auswärtigen Politik die Vorbedingungen hierfür zu schaffen haben. Die sozialdemokratischen Minister werden für die Erfüllung dieser Aufgaben den Befähigungsnachweis zu erbringen haben. Mit dem Systemwechsel allein ist es noch lange nicht getan. Wir wollen hoffen, daß unseren Genossen dieser Nachweis in vollem Maß gelingen wird.





## CONRAD SCHMIDT · DER ABERGLAUBE AN DIE GEWALT



U der sinnlosen Vernichtung von Menschenleben und Gütern, den physischen und seelischen Leiden, wie den zahllosen, von keiner Kriminalstatistik mehr erfassbaren Zeichen moralischer Verwilderung gesellt sich, als eine der für diesen Weltkrieg charakteristischen Erscheinungen, eine Willkür des Denkens, die auch vor den flagrantesten Widersprüchen nicht zurückscheut. Die selben Maximen rücksichtsloser Gewaltpolitik, die man beim Gegner (an sich natürlich mit gutem Recht) angreift und als den Ausdruck von Gesinnungen denunziert, mit denen, wenn die Völker zum Frieden kommen sollen, radikal gebrochen werden muß, gelten einem großen Teil dieser Entrüsteten, wenn von der eigenen Regierung praktiziert, für ein selbstverständliches und unantastbares Notrecht. Der *heilige Egoismus* der Nation, das von den naiven italienischen Chauvinisten geprägte Schlagwort, spiegelt in seiner burlesken Verstiegenheit die geistige Verfassung wider, die für die Denkart der Chauvinisten aller Länder typisch ist. Ihnen dünkt es geradezu bereits ein Frevsel solche Inspirationen des Gefühls vor irgendeine logisch-kritische Instanz zu ziehen. Schon die Gemeinsamkeit der menschlichen Vernunftanlage, die sich im Reich der Logik kundtut, macht diese des Internationalismus verdächtig.

Ein ähnlich widerspruchsvolles Verhalten zur Gewaltpolitik, nicht im Verhältnis der Völker gegen einander, sondern was die Regelung der bürgerlichen Rechte und sozialen Ordnung im Inland anlangt, stellt sich, wie man im übrigen von dem Programm der Bolschewiki denken mag, in deren diktatorischer Praxis und Doktrin dar. Seitdem jene ersten Träume des jungen Sozialismus verweht sind: durch allerhand vorbildliche Organisationsexperimente im kleinen der gesellschaftlichen Entwicklung eine sozialistische Zielrichtung zu geben, und die Erkenntnis in Arbeiterkreisen allgemein geworden ist, daß ohne fortschreitende Eroberung der politischen Macht die Begründung einer bessern und vernünftigeren Gesellschaftsordnung unmöglich ist, galt es zugleich als Selbstverständlichkeit, daß die politische Regierungsform, die die Arbeiterschaft als fundamentale Vorbedingung zu verlangen und, wo sie noch nicht hergestellt ist, zu erkämpfen hat, eine, die unbeschränkte Rede-, Preß- und Koalitionsfreiheit und die durchgängige politische Gleichberechtigung aller Bürger einschließende Demokratie ist. Erst in einer wahrhaft demokratischen Verfassung sind die Kampfbedingungen für die Parteien gleichgestellt, sind die Chancen gegeben, daß das gemeinsame Interesse der großen arbeitenden Majorität im Wettstreit mit anderen Programmen schließlich mit einer gewissen innern Notwendigkeit zum politisch organisierten Mehrheitswillen und damit zur entscheidenden Instanz der Gesetzgebung und eines rationalen Umbaus der Gesellschaft wird. Mag dieser Weg bei den Hemmungen, die das egoistische Gegeninteresse von Minoritäten und die gedankenlose Gleichgültigkeit großer Massen ihm entgegenstellt, noch so langwierig erscheinen, er ist in der Natur der Sache selbst begründet und durch keine Zauberformeln zu verkürzen. Nur einem Volk, das in seiner Mehrheit eine vernünftigere soziale Ordnung selber will und die Bedingungen dazu erkannt hat, kann die Rea-

lisierung eines solchen Ziels gelingen. Darauf baut sich die Taktik der ganzen modernen Arbeiterbewegung auf.

Dies ist natürlich auch der Marxsche Standpunkt, wie er allein dem Sinn und dem Gesamtzusammenhang seiner entwicklungsgeschichtlichen ökonomischen Auffassung entspricht. Er wie Engels haben das organische Gebundensein sozialer Fortschritte an die jeweils gegebenen sozialen und politischen Verhältnisse und an den in demokratischer Entwicklung jeweils erreichten Reifegrad der Arbeiterklasse selber aufs nachdrücklichste stets betont. Gewiß, das Naturell der beiden großen sozialistischen Vorkämpfer war selbst ein stürmisch revolutionäres, von unerschütterlicher Zuversicht auf ein rapides Tempo der vorwärts treibenden Entwicklung getragen. Das verstärkte die Zündkraft ihrer Propaganda. Aber dieser Elan, der so oft das Ferne bereits in greifbarster Nähe zu sehen meinte, verband sich bei ihnen mit einer Selbstkritik, einem Zurückgehen auf die Wirklichkeit der Dinge, die ihrer Grundanschauung im Gegensatz zu allen sonstigen Spielarten des Sozialismus den Stempel eines großzügigen, in dem Gefüge der gesellschaftlichen Zusammenhänge selbst wurzelnden Realismus gibt. Und gerade dieser Punkt ihres Denkens ist für die geistige Ausbildung und die Wesensart der modernen Arbeiterbewegung von weitestgreifender Bedeutung geworden. Einen Kultus der Revolution mitzumachen, der Wunderdinge von Handstreichern der Gewalt erwartet, haben sich die beiden (jedenfalls in den Zeiten nach dem Kommunistischen Manifest) aufs entschiedenste geweigert. Sie sahen darin eine der gefährlichsten politischen Selbsttäuschungen. Wo keine überlegene Gewalt die Fortentwicklung zu wirklicher Demokratie versperrt, sei eine Überleitung zum Sozialismus auch auf friedlichem Weg denkbar. Demokratie sei der politische Rahmen für die Entwicklung zum Sozialismus. Anders natürlich, wenn die Verfassung die Masse des Volkes politisch entrechtet und ihren Willen so der Möglichkeit beraubt sich in legalen Formen politisch zu betätigen. Da ist Revolution die einzige Methode das Joch der Privilegienherrschaft abzuschütteln. Doch ist die Anwendung der offenen Gewalt auch hier schließlich ein bloßes Intermezzo, das die Demokratie nur in den Sattel setzt, um an sie die Aufgabe sozialen Umbaus wieder abzutreten. Das von Marx in seinem Schreiben zum Gothaer Programm gebrauchte Wort von der »Diktatur des Proletariats«, das von den Bolschewiki zum Zweck einer Rechtfertigung ihre Politik ausgespielt wurde, hat einen völlig andern Sinn als den, den jene ihm geben. Marx denkt dabei offenbar nur an den treibenden Druck, den die Arbeiterklasse, wenn sie einmal die ausschlaggebende politische Gewalt geworden ist, zwecks rascher und energischer Durchführung ihres sozialen und politischen Programms auszuüben entschlossen sein wird. An eine Suspension der demokratischen Freiheit und Gleichheit im angeblichen Interesse der revolutionären Sache hat er da sicher nicht gedacht. Jede Politik, die in dem alten demokratischen Wahlspruch »Alles für das Volk und alles durch das Volk« das zweite Glied als bloßen Formelballast über Bord zu werfen gewillt ist, muß, so radikal sie sich gebärdet, in eine tyrannische Bevormundung auslaufen, die der des aufgeklärten Despotismus nahe verwandt ist, und zu Gegenrevolutionen reizen. Wozu die Mehrheit eines Volkes in demokratischen Formen nicht zu bringen ist, das läßt sich auch von außen her durch diktatorische Gewaltanwendung von Minderheiten ihm nicht aufoktroieren. Die Menschen

wollen sich, auch selbst zu ihrem Glück, durch keine fremde Willkür zwingen lassen.

Was die Bolschewiki mit jenem Schlagwort von der Diktatur des Proletariats rechtfertigen und begründen wollen, zielt nach den Berichten, die ins Ausland kommen, und nach den offiziellen Erklärungen der Partei selber auf eine Ausschaltung und Entrechtung jeder, nicht nur bürgerlichen sondern auch sozialistischen Opposition in Rußland ab. Kein Widerspruch soll da geduldet werden. Als es sich nach den Wahlen zur Konstituante zeigte, daß die Bolschewiki gegenüber den anderen proletarischen Parteien, den sich auf die Kleinbauern stützenden Sozialrevolutionären und den der deutschen Arbeiterbewegung zunächst stehenden Menschewiki, nicht auf die Majorität rechnen konnten, verfügten sie: die aus der Fabrikarbeiterschaft der einzelnen Betriebe und die auf dem Land von den bäuerlichen Gemeinden gewählten Sowjets hätten an Stelle des gewählten Nationalkongresses zu treten. Angeblich als eine »höhere Form der demokratischen Einrichtungen«, die zugleich »den schmerzlosesten Übergang zum Sozialismus ermöglichte«. Aber auch in diesen Körperschaften, in denen nicht nur die Bürgerlichen, sondern auch große Schichten der proletarischen Bevölkerung keine Vertretung besaßen, fühlten sich die Bolschewiki vor der Opposition noch nicht genügend sicher. So wurde der ungeheuerliche Beschluß gefaßt, daß die Vertreter der sozialrevolutionären Partei (des rechten Flügels und des Zentrums) und der Menschewiki auszuschließen seien, und daß allen Sowjets der Arbeiter, der Soldaten, der Bauern und Kosaken anzuraten sei die Vertreter jener Fraktion aus ihrer Mitte zu entfernen. Die Zugehörigkeit zu demokratisch-sozialistischen Parteien, die in den Zielen und der Taktik von dem bolschewistischen Programm abwichen, genügte, um deren Mandate einfach zu kassieren. Eingriffe despotischer Herrschaft, die auf der einmal eingeschlagenen verhängnisvollen Bahn notwendig immer weiter treiben mußten.

Jede Nummer der von dem alten Genossen Paul Axelrod im Auftrag der russischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Stockholm herausgegebenen, in Rußland natürlich verbotenen Stimmen aus Rußland bringt Schilderungen dieses alle Schranken übersteigenden Terrorismus. Die Verhaftung von Zehntausenden, die Erschießung von Tausenden als Geiseln illustriert zusammen mit dem von Radek, wenn auch vorerst als Privatmeinung, in dem amtlich bolschewistischen Organ Iswestija veröffentlichten Plan einer Massenausrottung der Bourgeoisie, eine Ausrottung, die die blutigen Greuel der Bartholomäusnacht noch unvergleichlich überbieten würde, für sich allein bereits den Grad, in dem der blinde Glaube an die Gewalt, vom Geist des Weltkriegs großgezogen, alle Hemmungen vernünftiger Überlegung abgeworfen hat. Ebenso wie von sozialistischer Seite dagegen protestiert wird, daß demokratische Schlagworte von der Gewaltpolitik eines eroberungssüchtigen Imperialismus als Vorspann benutzt werden, mit dem selben Recht muß auch erklärt werden, daß die unter dem sozialistischen Schlagwort einer Diktatur des Proletariats betriebene Einführung des Terrorismus dem Wesen und den Wegen einer sozialistischen Bewegung widerspricht. Was in der durch den Umsturz der zaristischen Herrschaft geschaffenen Situation auf Bahnen demokratischer Machtentfaltung ohne Terror nicht zu erreichen war, wird auch mit seiner Beihilfe sich nicht er-

zwingen lassen. Er kann nur dahin wirken, daß in den Augen all der vielen, die zwischen Wesentlichem und dem Zufall historischer Begleitumstände nicht zu unterscheiden gelernt haben, die große Sache des Sozialismus, die mit derjenigen der Demokratie aufs innigste zusammenhängt, schlecht gemacht wird.

Es ist erfreulich und ein Zeichen für das Fortbestehen gewisser Gemeinsamkeiten der Gesinnung, daß den Stimmen, die sich bei den Unabhängigen Sozialdemokraten zu Lob und Preis der diktatorischen Taktik erhoben haben, aus deren Kreisen selbst sofort die schärfste Opposition entgegentrat. Kautsky hält die Frage für so wichtig, daß er seine kurze Verwahrung gegen dieses allerneueste *Umlernen* in der Sozialistischen Auslandskorrespondenz durch eine, die Kontroverse grundsätzlich im Zusammenhang erläuternde Broschüre *Die Diktatur des Proletariats* ergänzt, die mit den vorgebrachten Scheinargumenten überzeugend aufräumt. Das natürliche, unverkünstelte Rechtsempfinden und realpolitische Erwägungen vom sozialistischen Standpunkt führen in gleicher Weise zur Ablehnung dieses Prinzips, das sich, sobald man es überhaupt nur näher zu formulieren sucht, in all seinen inneren Widersprüchen und Unmöglichkeiten verrät. Der Glaube an die Wundermacht revolutionärer Despotie ist ebenso utopisch und verworren wie sein Gegenstück: wie jener Glaube an die Wundermacht des Anarchismus, der ohne festgefügte Ordnung von einem Zukunftsreich der allgemeinen Harmonieen träumte.

## JULIUS BERGER · DIE DEUTSCHE OSTPOLITIK UND DIE OSTJUDEN

**L**ÄSST man bei der bisher eingehaltenen deutschen Ostpolitik (die nunmehr wohl als erledigt gelten kann und ihrer Liquidation entgegengieht) die Frage nach der Richtigkeit ihrer allgemeinen Ziele einmal ganz beiseite, prüft man vielmehr nur ihre innere Geschlossenheit, so stellt es sich heraus, daß eine der wesentlichsten Voraussetzungen, auf denen sie sich aufbaute, gar nicht gegeben war. Die Loslösung von Randstaaten aus dem Russischen Reich hätte einen politischen Sinn (ob man ihn nun billigt oder verwirft) überhaupt nur dann, wenn es gelingt die Politik dieser neuen Staaten nach Deutschland und nötigenfalls gegen Rußland zu orientieren. Abgesehen von allen wirtschaftlichen Erfordernissen ist eine solche Orientierung aber nur dann zu erwarten, wenn in diesen Staaten keine inneren nationalen Gegensätze bestehen, oder wenn die führenden Nationen dieser neuen Gebilde triftigen Grund haben den Anschluß an Deutschland dem an Rußland vorzuziehen. Tatsächlich ist keines der zahlreichen offiziell proklamierten neuen Staatswesen national einheitlich organisiert. Und da, wo eine Nation vielleicht imstande wäre oder jedenfalls den Anspruch erhebt herrschend aufzutreten, streben ihre Sympathieen offensichtlich nicht nach dem Westen sondern nach dem Osten. So ist es in Polen, über dessen Stellungnahme sich heute wohl niemand, der sehen will und zu sehen imstande ist, mehr einer Täuschung hingeben kann. In allen anderen Randstaaten ringen verschiedene Nationen um die Vorherrschaft. Dieser Tatbestand kann auch dadurch nicht verschleiert werden, daß man eine litauische oder gar eine ukrainische Nation erfindet. In Litauen

zählen wir 4 Nationen: die litwinische, die polnische, die weißruthenische und die jüdische, die in ihrer politischen Bedeutung einander die Wage halten. In der Ukraine findet man, je nach dem Umfang, den man dem neuen Staatsgebilde beimißt, noch ein paar Nationen mehr, nur keine ukrainische. In Kurland steht das geschlossene, national außerordentlich entwickelte lettische Volk in scharfem Gegensatz zu der verschwindend kleinen Schicht der Deutschen. Und so fort. Damit, daß diese Völker von dem großrussischen **Mittelpunkt** und Einfluß losgelöst und auf sich selbst gestellt sind, sind sie direkt gezwungen sich den Platz an der Sonne in den ihnen mehr oder weniger aufoktroierten neuen Staaten zu erkämpfen, und es ist selbstverständlich, daß sie dabei je nach Neigung und inneren und äußeren Zusammenhängen dort Unterstützung suchen, wo sie glauben, daß die konkurrierende Nation sie nicht findet.

Wie oberflächlich, ohne Berücksichtigung der tatsächlichen Verhältnisse, die Randstaatenpolitik arbeitete, zeigt sich auch in der Tatsache, daß man bei der Regelung dieser Fragen (wenn überhaupt von einer Regelung die Rede sein kann) mit einem Volk gar nicht gerechnet hat, das in all diesen Randstaaten eine sehr bedeutende Rolle spielt und dessen politischer Einfluß weit über die Grenzen der neugeschaffenen Staaten hinausgeht: mit dem jüdischen Volk. Zugleich aber ist das Problem der politischen Stellung der Ostjuden geradezu ein Schulbeispiel dafür, wie wenig etwa vorhandene rein gefühlsmäßige Sympathien der Völker zu einander vor den großen Fragen ihrer materiellen und vor allem ihrer nationalen Notwendigkeiten standhalten; ganz abgesehen davon, daß zu einer Erkenntnis der wahren Gefühle der Völker ein erheblich tieferes Eindringen in ihre soziale Struktur und ihre Psyche notwendig ist als es der überwiegenden Mehrzahl der deutschen Politiker nötig erscheint. Daß man in Deutschland sich auf die Seele anderer Völker (zum guten Teil aber auch des eigenen Volkes) überhaupt sehr wenig versteht, haben die Tatsachen erwiesen. Wie wären auch sonst wohl alle jene wunderlichen *Theorien* möglich, die bei uns gang und gäbe sind und von Professoren systematisiert werden, und von denen man nicht weiß, ob sie mehr der Oberflächlichkeit in der Tatsachenkenntnis oder dem Mangel an Feinfühligkeit zuzuschreiben sind?

Auch heute noch ist es unserm politischen Durchschnittsbürger, soweit er überhaupt einmal an die Existenz der Ostjuden denkt, ganz selbstverständlich, daß die Juden Polens, Litauens, Kurlands und der Ukraine glücklich sind aus den Fängen Rußlands befreit zu sein. Gewiß, für das zaristische Rußland wäre diese Annahme nicht ganz unrichtig gewesen. Führten die Juden unter dem alten Regiment doch ein Leben so furchtbarer Bedrückungen, daß sie bei aller Liebe zu Land und Volk aus diesem System herausstreben mußten. Aber man übersieht in Deutschland (und das tun in erster Linie unsere *Befreiungspolitiker*) merkwürdigerweise, daß das zaristische System seit 1½ Jahren nicht mehr besteht, daß Rußland im März 1917 zu einer freien Republik wurde, die allen Bürgern sofort ihre Menschenrechte gab, und daß insbesondere den Juden unter der Regierung Kerenskij vollste politische Emanzipation als selbstverständliche Voraussetzung ihres Daseins zuteil wurde. Darüber hinaus aber haben die Juden Rußlands sogleich auch ihre nationale Emanzipation, die Sicherung ihres Eigenlebens als Volk, tatkräftig ins Werk zu setzen begonnen. Diese Tatsache wird in Deutschland

nicht oder fast nicht beachtet. Das hängt mit der bei uns verbreiteten Auffassung zusammen, die die Juden wohl als Glaubensgemeinschaft, auch als Rassengemeinschaft, aber keinesfalls als Volksgemeinschaft nimmt. Es fällt heute noch viel leichter das deutsche Volk an ein (nur in der Fiktion vorhandenes) ukrainisches Volk und an eine (auch dem besten Kenner des Ostens unbekannt) litauische Nationalkultur glauben zu machen als ihm ein Verständnis dafür abzurufen, daß die 14 Millionen über die Welt verstreuter Juden im allgemeinen, besonders aber die 7 Millionen russischer Juden nicht nur ein Volk bilden und seit den ältesten Zeiten ihrer Geschichte gebildet haben sondern auch eine eigene nationale Sprache und eine ungemein ausgedehnte, reiche und in die Tiefe gehende Kultur besitzen, die in keiner Hinsicht der der höchstentwickelten Völker Europas irgendetwas nachgibt. So außerordentlich schlecht man über die kulturelle Bedeutung des jüdischen Volkes unterrichtet war und ist, so wenig hat man sich bis weit in den Krieg hinein ein Bild von seiner materiellen Struktur und seiner sozialen Bedeutung gemacht. Der Begriff des jüdischen Zwischenhändlers (oder, um im Jargon der verschiedenen privaten und amtlichen Veröffentlichungen zu bleiben, des jüdischen *Schacherers*) erschöpfte für unsere Gebildeten das ganze Problem der ostjüdischen Volkswirtschaft und der Bedeutung des jüdischen Elements für die wirtschaftlichen Verhältnisse Rußlands. Darüber, daß diesem jüdischen Zwischenhandel eine eminent wirtschaftsbildende Bedeutung zukommt, und daß ohne ihn das wirtschaftliche Leben Rußlands und insbesondere Westrußlands ganz eintrocknen müßte, hat keiner dieser schnell fertigen Kritiker nachgedacht, wie ihm auch nicht bekannt ist, daß große Gebiete der russischen Volkswirtschaft, des russischen Handels, ja sogar des Handwerks nicht zum wenigsten auf diesem jüdischen Element beruhen.

Wahr ist, daß die russischen Juden am schlimmsten von allen Schichten der russischen Gesellschaft unter der Unfähigkeit und Verworfenheit der zaristischen Regierungsweise gelitten haben. Ebenso wahr ist, daß die russische Judenheit dank der ungeheuren Vitalität, die sie auszeichnet, sich all diesen furchtbaren Bedrückungen zum Trotz hervorragend entwickelt hat. Wahr ist, daß sich in den großen Zentren des entsetzlichen *Ansiedlungsrayons*, in den die Juden gepreßt wurden, in Warschau, Wilna usw. wie auch in den kleinen Städten und Städtchen, infolge dieser Zusammenpferchung ein Elend herausgebildet hat, das seinesgleichen auf der ganzen Erde sucht. Daneben aber hat sich ein kräftiger jüdischer Mittelstand entwickelt, eine tüchtige jüdische Intelligenz, die sich berufen wußte nach dem früher oder später unfehlbar kommenden Umsturz eine bedeutende Rolle im neuen Rußland spielen zu sollen. Dazu kommt, daß das Verhältnis des russischen Volkes oder besser des einzelnen Russen selbst zum jüdischen Volk oder zum Juden alles andere als schlecht war. Es gibt überhaupt keinen so begeisterten Verfechter der Anschauung vom weiten, offenen, menschenfreundlichen russischen Herzen wie den russischen Juden, und nirgendwo wird ein schärferer Unterschied zwischen den barbarischen Methoden eines verkommenen Beamtentums und dem einfachen, geradlinigen und liebenswerten Wesen des russischen Menschen selbst gemacht als innerhalb der russischen Judenheit. Keinem russischen Juden würde es je einfallen so erbittert von den Russen zu sprechen wie er von den Polen spricht. Denn jeder russische Jude weiß,

daß das russische Volk in keiner Hinsicht judenfeindlich ist: trotz den Pogromen, die von dem Tschin und dem Militär mit Hilfe betrunken gemachter Pöbelmassen angezettelt wurden; aber jeder weiß und fühlt es, wie unerhört judenfeindlich die Polen denken und handeln, obgleich Polen, mit einer Ausnahme, bisher von Pogromen verschont blieb (wobei allerdings zu bemerken ist, daß die Pogromwelle, die sich in letzter Zeit über Galizien entfaltete, vielleicht auch für Polen so etwas wie eine Neuorientierung ankündigt).

Die Deutschen wußten von alledem nichts, und als die deutschen Heere in Polen einrückten, meinte man genug getan zu haben, als man auch dem jüdischen Volk die Befreiung von der zaristischen Unterdrückung versprach, und dies sogar in jüdischer Sprache. Nun, es ist bei jener einen Veröffentlichung geblieben. In Polen verneint man die Existenz einer jüdischen Nation überhaupt. Dort bemüht man sich durchaus den Begriff der jüdischen Religionsgesellschaft aufrechtzuerhalten, und man trug im übrigen kein Bedenken bei den mannigfachen Versuchen polnischen Wünschen entgegenzukommen auch die Interessen des jüdischen Volkes in Polen völlig zu opfern. Etwas anders stand es bisher vielleicht in Litauen. Nachdem dort der in jedem Betracht unmögliche Begriff eines litauischen Nationalstaats dem eines Nationalitätenstaats Litauen Platz gemacht hatte, fanden auch die Interessen und die Forderungen der jüdischen Nation eher Beachtung und Würdigung als es bis dahin der Fall war. Allerdings ließen dann weitere Nachrichten, die davon sprachen, daß man Grodno, Bialystock und sogar, was man kaum für möglich halten sollte, Wilna dem neuen polnischen Reich einverleiben wollte, auch diese eine Ausnahme als bereits erledigt erscheinen. Grundsätzlich hat die deutsche Politik im Osten das jüdische Volk bisher ganz außer dem Betracht ihrer Wirksamkeit gelassen. Und während man mit allen kleinen und kleinsten Völkern verhandelte, wurde dem jüdischen Volk der besetzten Gebiete der Zutritt zu Verhandlungen prinzipiell versperrt.

Will man die politische Haltung der Juden des Ostens richtig verstehen, so muß man daran denken, daß für diese, wie bei allen Völkern und Völkergruppen, die Gründe ökonomischer Natur ausschlaggebend sind. Neben ihnen, sie vielfach durchdringend und in vielem direkt entscheidend, wirkt das nationale Moment, das lebendige Gefühl der Zusammengehörigkeit und die Sorge um die Zukunft als Volk. In diese Dinge muß man eindringen, bevor man ein Urteil abgibt oder gar über *Undank* klagt, und wenn man sich den Stimmungsumschwung erklären will, der bei den Ostjuden, die ursprünglich ausgesprochen deutschfreundlich waren, in Verfolg der Kriegsergebnisse eingetreten ist.

Was die materiellen Gesichtspunkte anlangt, so ist es über jeden Zweifel erhaben, daß die Interessen der Juden der westrussischen Provinzen nach Rußland und nicht nach dem Westen gehen. Rußland ist der große Abnehmer, mit dem sie vertraut sind, und dessen Bedürfnisse sie aus alter Überlieferung genau kennen. Eine Zollgrenze gegen Rußland wäre für die überwiegende Mehrzahl der etwa von Rußland abgetrennten Juden der wirtschaftliche Ruin. Die neugeschaffenen Randstaaten sind viel zu klein und ökonomisch viel zu wenig entwickelt, als daß sie den Juden genügend wirtschaftlichen Spielraum gewähren könnten. Für die große proletarische Masse aber kommt ein engerer Anschluß an Deutschland am wenigsten in Betracht. Ihre Zukunft beruht in erster Linie auf der Auswanderung aus den überbevölkerten

Gebieten des Ansiedlungsrayons. Daß sie in Deutschland keine neue Heimstätte finden wird, weiß sie, und dies auch ohne die Maßregeln, mit denen jetzt bereits der Zuzug jüdischer Arbeiter aus dem besetzten Gebiet nach Deutschland unmöglich gemacht wird. Wenn sie nicht Europa überhaupt verlassen will, bleibt ihr nur das große Rußland mit seinen ungeheuren Möglichkeiten. Insoweit sie aber im besetzten Gebiet bleiben werden, beruht die Zukunft der jüdischen Arbeiter Polens, Litauens und der Ukraine ganz ausschließlich auf der Industrialisierung des Landes, die wahrscheinlich unmöglich, mindestens sehr problematisch sein wird, wenn diese Länder von Rußland abgetrennt sein werden.

Dazu kommen wesentliche Erwägungen nationaler Natur. Die Bildung der Randstaaten schnitte die in ihnen wohnenden Juden von dem Großteil ihres Volkes ab. Statt 7 bis 8 Millionen russischer Juden, die unter einander eng verknüpft waren, und denen im neuen Rußland auch die Möglichkeit eines politisch reichgegliederten nationalen Eigenlebens blühte, blieben 1 bis 2 Millionen polnische, 300- bis 500 000 litauische, 100 000 kurländische, einige hunderttausend ukrainische Juden übrig, die alle unter einander staatlich differenziert und des politischen Zusammenhangs mit der Masse der russischen Juden beraubt wären. Zusammen könnten sie eine Macht bilden, auch in dem großen Russischen Reich. Durch die Grenzen der Randstaaten von einander getrennt sind sie in Gefahr national unterdrückt zu werden. Wir sehen in der Tat derartige Tendenzen heute schon, nicht nur bei den Polen sondern auch bei den Litauern und den augenblicklichen Machthabern der Ukraine. Statt eines großen russischen Judentums eine Masse randstaatlicher Judenheiten: es ist klar, daß diese Perspektive dem jüdischen Volk nicht eben verlockend erscheint.

Es ergibt sich also, daß es ganz verfehlt war zu erwarten, die Juden könnten sich in den neuen Randstaatengebieten nach dem Westen statt nach dem Osten orientieren. So schwerwiegend sind die Gründe, die für ihren ungebrochenen Zusammenhang mit Rußland sprechen, daß in allen jüdischen Kreisen des von den Deutschen besetzten Gebiets im Osten mit einer intensiven Abwanderung der jüdischen Bevölkerung nach Rußland gerechnet wird, wenn es bei der Abtrennung dieses Gebiets von Rußland bleiben sollte. Nun gibt es zwar genug deutsche Politiker, die in der Verminderung der jüdischen Bevölkerung dieser Länder die beste Lösung der Judenfrage dort erblicken. Sie übersehen aber vollständig die außerordentliche Bedeutung, die die Juden für das Wirtschaftsleben dieser Länder haben, das in seinen Grundfesten erschüttert wird, wenn die Juden das Land verlassen. Ist schon an und für sich die wirtschaftspolitische Möglichkeit der neuen Staaten höchst zweifelhafter Natur, so ist es gewiß, daß diese ganz einschrumpfen und rückständig bleiben werden, wenn nicht der jüdische Unternehmungsgeist ihre wirtschaftliche Entwicklung anregt. Einsichtige Beamte und Militärs leugnen schon heute nicht, daß die Ernährung der besetzten Gebiete und vor allem auch des darin stehenden deutschen Heeres im Krieg unmöglich wäre ohne den vielverlästerten jüdischen Händler, der es ungeachtet aller Schwierigkeiten immer wieder versteht die Ware aus ihren Verstecken herauszulocken. Es wäre jedenfalls eine höchst sonderbare Politik des Grenzschatzes die Randstaaten durch eine Förderung der Abwanderung der Juden wirtschaftlich zu schwächen und auf der andern Seite das vielgefürchtete Ruß-



land durch die Zuwanderung der Juden zu stärken; sie würde letzten Endes nichts anderes bewirken als die Randstaaten erst recht in wirtschaftliche Abhängigkeit von Rußland zu bringen.

Alles das wird nun anders, wenn die deutsche Ostpolitik revidiert, wenn Deutschland auf Grund jener politischen Erwägungen, die hier oft genug dargelegt worden sind, nach Verabschiedung der Idee Rußland zu zerlegen entschlossen den Weg geht ein Freundschaftsverhältnis mit Gesamtrußland anzustreben und das Selbstbestimmungsrecht der Nationen in Freiheit sich auswirken zu lassen. Dann wäre die Befreiung der nationalen Minderheiten erreicht, ohne die schweren materiellen und politischen Schäden, die der heutige Zustand für sie bedeutet. Dann hätten diese Anlaß Deutschland dankbar zu sein und dies politisch zum Ausdruck zu bringen. Denn dann wäre Deutschland der Staat, dessen Macht und Einfluß die neue Entwicklung dieser Nationen mit zuzuschreiben wäre. Und diese wiederum hätten allen Grund nicht nur gefühlsmäßig sondern aus ganz praktischen Erwägungen heraus sich dieses Umstands jederzeit zu entsinnen. Was insbesondere die Juden anlangt, so wären sie zweifellos in einem besonderen Maß geeignet sich für einen dauernden friedlichen Ausgleich zwischen Deutschland und Rußland und für ein enges politisches und wirtschaftliches Verhältnis der beiden Länder zu einander einzusetzen. Ihr Nationalismus ist nicht territorialer und darum auch nicht expansiver Natur. Insoweit er nach Land verlangt, ruft er nach Palästina; im Golus aber, in der Zerstreuung, strebt er nach nichts als nach Sicherung des nationalkulturellen Eigenlebens, nach nationaler Autonomie auf personaler Grundlage. Der Kampf um die Vorherrschaft in diesem oder jenem Land, den die anderen Nationen führen, berührt die Juden nicht und wird von ihnen als störend und entwicklungsfeindlich empfunden. Sie können daher, bei einigermaßen richtiger Politik Deutschlands, niemals in den Gegensatz zu Deutschland kommen, den wir jetzt schon bei einem so großen Teil der Randvölker beobachten. Sie wären vielmehr gerade das Element, das die ruhige und harmonische Entwicklung an den Ostgrenzen Deutschlands fördern könnte. Und sie wären die eigentlichen Träger guter Wirtschaftsbeziehungen zwischen Rußland und Deutschland.

So würde die Sympathie der Ostjuden für Deutschland erreicht werden, deren Nichtvorhandensein heute so vielfach mißverstanden wird. Diese Sympathie würde sich aber nicht auf die Kreise der Ostjuden beschränken. Das ganze geschlossene jüdische Volk, dessen politische Bedeutung im Krieg so eminent zutage getreten ist, daß die Entente sie bekanntlich sofort für sich auszunutzen bestrebt war, würde sich danach politisch orientieren. Bisher konnte das jüdische Volk in der ganzen Welt in dem Zustand, der im Osten fürs erste geschaffen war, keine Besserung seiner Lage erblicken. Wäre er verewigt worden, so käme das von seinem Schwerpunkt abgeschnittene Judentum der Randstaaten in eine gefährlichere Lage als je zuvor. Das jüdische Volk kann daher von seinem Standpunkt aus die deutsche Ostpolitik nur dann mit seinen Lebensnotwendigkeiten für vereinbar ansehen, wenn sie darauf hinarbeitet den Ostjuden (und das gleiche gilt natürlich für alle Nationalitäten, die sich in zahlenmäßiger Minderheit befinden) die volle Freiheit ihrer nationalen und wirtschaftlichen Entwicklung zu gewährleisten.

Es ist hier am Beispiel des jüdischen Volkes gezeigt worden, wie irrig die

politische Rechnung war, die die jetzige deutsche Ostpolitik auf den Sympathieen der Nationen des besetzten Gebietes aufbaute. Der Fall der Juden ist besonders eklatant, weil gerade das jüdische Volk in höherm Maß als alle anderen durch alte Tradition kulturell mit Deutschland verknüpft ist. Wenn schon bei den Juden die Randstaatenpolitik zu einem Gegensatz zu Deutschland führen mußte, wieviel mehr mußte das bei den anderen Völkern der Fall sein, die von vornherein in einem viel fremdern Verhältnis zu Deutschland standen als die Juden. Es kann daher vernünftigerweise nur eine deutsche Ostpolitik geben: die Anbahnung eines freundschaftlichen Verhältnisses zu einem sich neu konsolidierenden Gesamttrubland, das sich auf föderativer Basis aufbaut und allen Nationen freiestes Eigenleben gibt. Wenn die deutsche Ostpolitik die Entwicklung zu einer so ausgestalteten nationalen Autonomie fördert, ohne daß der Zusammenhang des Ganzen (der den einzelnen Nationen ja erst ihr Leben ermöglicht, ohne den sie auf die Dauer in machtlosen Kleinstaaten wirtschaftlich und psychisch verkümmern) zerrissen wird, so schafft sie ein Werk, das keiner Revision bedürftig ist. Die deutsche Ostpolitik dient der Zukunft des deutschen Volkes und den allgemeinen Menschheitsinteressen am besten, wenn sie nicht mehr auf künstliche und darum vergängliche Neugründungen ausgeht sondern ihr Augenmerk auf die Lebensnotwendigkeiten der Völker richtet, die zu unterdrücken ein vergebliches Bemühen, die zu fördern eine geschichtliche Tat ist.

## ADOLF BEHNE - KUNSTWENDE?



HAND und Fuß zu bekommen macht nicht immer einen Fortschritt aus. Der Expressionismus hat neuerdings Hand und Fuß bekommen. Ob zu seinem Vorteil, dürfen wir bezweifeln. Hand und Fuß zu haben ist von Vorteil mehr nur für das materielle Fortkommen.

Als die neue Kunst vor uns hintrat, jugendlich, stark, Empfindung und Wille, barg sich in ihrer schönen Herbheit ein Reichtum, den kein einzelnes Werk ganz ausschöpfte; aber ein jedes trug die Sehnsucht nach diesem Reichtum. Wohin, so fragte unser Gefühl, wird diese tiefe, weite Welle tragen? Wohin reiten wir auf ihren blauen, morgenfrischen Rossen? Darauf gab es keine fertige, klare Antwort. Es gab nur den Glauben, daß ein großer universeller Zwang zum Neugestalten in unserm kleinen Europa zu wirken begonnen hatte. Der Glaube fand seinen Ausdruck in dem schönen Buch *Der Blaue Reiter*, in dem wir vielleicht mehr noch als Kandinskijs *Franz Marcs* nun für immer schweigende Stimme vernehmen können. Doch wollen wir Kandinskij nicht unrecht tun. In seinem herrlichen Feingefühl hatte er, außer anderen Beiträgen, den Umschlag des Buches mit einem Holzschnitt geschmückt, der zum Ausdruck brachte, was die neue Kunst erfüllte: Reichtum, Liebe und der Wille zu helfen.

Nun legt der Sturmverlag eine umfangreiche Publikation vor, die offenbar eine Ergänzung zum vergriffenen *Blauen Reiter* sein soll. Der Titel ist jetzt so eindeutig wie nur möglich: *Expressionismus*, und auf dem Umschlag zieht eine Wirbellinie, grün auf Schwarz, samumhaft hitzige Kreise. Wir brauchen aber vor der Wildheit dieser aufgeregten Linie nicht zu erschrecken; sie fügt sich ganz wohlgesittet in den ihr zugewiesenen Raum; weniger ein kos-

mischer Urnebel als ein kleines, ziviles Feuerwerk, ein *Frosch*, der die Bürger einen Augenblick lang erschreckt.

William Wauers Zeichnung würde den Umschlag des Buches nicht zieren, wenn sie nicht als wirklich charakteristisch, als eine Art Symbol für den Inhalt anerkannt worden wäre. Tatsächlich ist sie genau so aufschlußreich wie es seinerzeit die Zeichnung Kandinskijs für den *Blauen Reiter* war. Wauers in einem toten Nichts aufzuckende und verschwindende Wirbellinie ist das, was jetzt der Sturm als die reinste Form des Expressionismus und damit der Kunst vertritt: die Wiedergabe eines undefinierbaren Gefühls.

Ich habe der neuen Kunst von Anfang an mein Wort zur Verfügung gestellt, »sachlich, ruhig und durchaus nicht aufdringlich«. Eine nicht kleine Spanne Zeit war der Kampf für die neue Kunst ein Einsetzen für den Sturm, dessen frühe Verdienste außerordentlich sind. Der Herbstsalon soll dem Sturm nicht vergessen werden. Allmählich aber hat der Sturm aus der neuen Kunst eine kleine, nette und gefällige Methode gemacht. Ich will auch jetzt sein »treuer Helfer« sein. Vielleicht ist eine Umkehr noch nicht ganz ausgeschlossen.

Die Lehre, die der Sturm neuerdings, bald mit der grausamen Unerbittlichkeit orphischer Welterkenntnisse bald mit der schneidigen Exaktheit militärischer Parolen verkündet, ist fast so zivil und harmlos wie das Gartenlaubemotto »Schmücke Dein Heim«. Scheinbar das künstlerische Gottesgnadentum mit der steifnackigen Eifersucht eines mächtigen Despoten stabilierend, öffnet sie in Wahrheit froh und heiter plattem Dilettantismus Tür und Tor. Die Lehre des Sturms geht ursprünglich aus von den Erkenntnissen Kandinskijs, dessen Leitsätze über »Malerei als reine Kunst« den theoretischen Teil des Buches einleiten. Die reine Lehre aber gibt auch Kandinskij heute nicht mehr. Wohl erscheint er hier noch einmal ungefragt als großer Eideshelfer; aber er muß sich schon einige Korrekturen gefallen lassen. Er bedarf bereits der Zensur. Die jetzige, endgültige Kunstanschauung des Sturms entwickelt sich erst in 2 weiteren Arbeiten: in Lothar Schreyers Beitrag *Das Gegenständliche in der Malerei*, der die Entschuldigungsgründe für Marc Chagalls Stil beizubringen hat, und in Rudolf Bauers Studie *Kosmische Bewegung*, die der beste Aufsatz des Buches ist, weil der ehrlichste und folgerichtigste.

Die Situation ist also diese: Der weitaus stärkste Künstler des Sturms, der wirklich großartige Marc Chagall, muß quasi entschuldigt werden, daß seine Malerei noch nicht ganz den strengen Lehren entspricht. Kandinskijs feine und weitherzige Lehre von der »inneren Notwendigkeit« wird nur leise und vorsichtig angerührt, und als der echte ideale Sturmkünstler, wie er sein soll, als der einwandfreie Vertreter erscheint, treu zur Lehre wie sonst nur noch Rudolf Blümner und Lothar Schreyer, der Maler Rudolf Bauer, der mit 2 Originalschnitten von 4 das Buch vornehmlich schmücken muß. Leider sind beide Arbeiten von einer künstlerischen Dürftigkeit, die trostlos stimmt, weil sie so gut der neuen Lehre entsprechen. Und wenn sich nun in der Dichtung die gleiche Erscheinung zeigt, daß das Werk eines bewunderungswürdigen Schöpfers und Gestalters zu einem leeren billigen Schema zurechtgeschlagen wird, und wiederum ähnlich in der Plastik, so muß man freilich bestätigen: von Marc Chagall zu Rudolf Bauer, von August Stramm

zu Lothar Schreyer, von Archipenko zu William Wauer: *welch eine »Kunstwende«!*

Die Impressionisten malten Berge und Täler, Bäume und Wiesen, Städte und Burgen ab und rundeten die Wiedergabe notdürftig zu einem Bild. Die Expressionisten des Sturms malen undefinierbare, kosmische Gefühle ab und runden ihre Wiedergabe notdürftig zu einem Bild, genau wie jene. Ich fürchte, diese Künstler vertauschen nur einen alten Naturalismus gegen einen neuen. Die eigentliche geistige Leistung vermisste ich hier wie dort. Der Impressionismus war eine Umsetzung, der Expressionismus ist auch eine Umsetzung, nur daß er andere Erscheinungen umsetzt, vielleicht schwierigere, kompliziertere; doch bleibt er im Prinzip eine Umsetzung. Dafür, daß eine derartige Umsetzung möglich und erlaubt sei, hat vor Jahren schon der Kunstwart einmal offene Türen ingerannt, als er seine Katharina Schöffner-Mappe herausgab. Auf Katharina Schöffners Spuren wandelt jetzt Rudolf Bauer.

Freilich, ein großer Unterschied besteht: Wenn Rudolf Bauer demonstriert, wie Ruhe, Zweifel, Wut, Erregung, Zorn und Sammlung sich in adäquate Liniengebilde umsetzen, so tut er es in diesem Buch nur aus Gefälligkeit gegen uns. Nur um überhaupt einmal verständlich zu werden, vereinfacht er aus pädagogischen Gründen die Sache. Für die Kunst handelt es sich nicht um dergleichen banale Dinge, sondern um so gewaltige Gefühle, daß sie schlechthin undefinierbar sind, um kosmische Gefühle. Und da steht nun allerdings der Bürger und staunt. Kosmische Gefühle; undefinierbare Gefühle; Kunst! Im Impressionismus konnte der Bürger alles verstehen, weil erkennen und kontrollieren. Deshalb war ihm diese Art zu malen allmählich doch sehr lieb geworden. Beim Expressionismus dieser kanonischen Art erkennt er nichts, versteht er nichts, kontrolliert er nichts. Denn diese Bilder sind ja Andeutungen von Erregungszuständen eines wildfremden Menschen. Wie soll er sich zu dieser Malerei stellen? Nun, nachdem er erst einmal diesen »neuen Standpunkt«, der genau so platt ist wie der frühere, intellektuell kapiert hat, fühlt sich der redliche Bürger bei dieser neuen Kunst noch um ein vielfaches wohler. Bestand früher immer noch eine gewisse seelische Bindung, so ist jetzt jede Beziehung abgebrochen. Die Kunst ist genau so »kosmisch« und neutral geworden wie das schöne oder schlechte Wetter. Wie dieses nimmt man die Kunst hin, so wie sie ist. Ist es regnerisch, dann ist es eben regnerisch, und scheint die Sonne, dann ist es hübsch hell und warm. Wie sich der Kosmos im Innern eines malenden Menschen offenbart, so offenbart er sich halt. Wie dankbar muß nicht der Bürger der neuen Kunst sein, die ihm den idealen Zustand bringt die Kunst los zu sein. Je öfter der Künstler den Kosmos zitiert, um so besser. Der Kosmos gehört zum Künstler, wie die Schlagsahne zum Windbeutel. Kosmos bedeutet sonst die Welt. Für die Künstler des Sturms aber, die das Wort am liebsten in Erbpacht nehmen möchten, bedeutet der Kosmos das bißchen menschliche Erregung, Gefühlssteigerung, Wallung, das kommt und vergeht, und das dem Erotischen bedeutend näher ist als dem Erlebnis der Welt. Das Kosmische ist das Außermenschliche, der Sturmkosmos ist das Nurmenschliche. Mögen sie ihre undefinierbaren Gefühle haben; sie sollen nicht glauben, daß sie für die Kunst einen erheblichen Wert besitzen.

Wie menschenhaft ist dieser Expressionismus, der das Wort Kosmos nur

verwendet, um den engen kleinen Umfang seines Schaffens zu verschleiern. Kosmos! Die ungeheure Weite der Welt öffnet sich und zwingt das Gefühl zur tiefsten Ehrfurcht. Und dann hier unter dem Schlagwort vom Kosmos das System einer abgerundeten Methode. Wäre Liebe zur Welt in diesen Herzen, würden sie doch gewiß verschmähen das Unendliche menschenhaft zu definieren, obwohl es angeblich undefinierbar ist. Wie weit und schön war Kandinskij's Lehre von der »inneren Notwendigkeit«. Jetzt ist Kunst Malen, Kneten, Dichten und Musizieren. Strengste Scheidung ist die Erkenntnis. Und worauf wird eine jede Kunst festgelegt? Auf ihr Material. »Das Bild ist ein Gebilde. Das Gebilde ist aus den Kunstmitteln der Malerei gebildet. Diese Kunstmittel sind Form und Farbe.« »Das Material der Dichtung ist das Wort.« »Das Optische muß auch in der Plastik endlich maßgebend und herrschend auftreten: Das Auge kennt nur Flächen und Flächengrenzen: Linien.« »Ton und Rhythmus sind die Zauberformeln, durch die das musikalische Erlebnis sich als die Kunstform Musik offenbart und mitteilt.« »Das Bühnenkunstwerk . . . ist gebildet aus den Kunstmitteln Form, Farbe, Bewegung und Ton.«

Hinter jeder dieser Bestimmungen klingt das selbstbewußte ergo! Mit echt deutscher Gründlichkeit wird jede Kunst vereinzelt, sicher isoliert, übersichtlich angeordnet und sauber festgeschraubt. »Dicke Klarheit« ist gewonnen. Jeder weiß, was er zu tun und zu lassen hat, um ein vollendeter Kunstgentleman zu werden: er sei brav materialgerecht und im übrigen kosmisch. Triumph der Organisation. Es muß nur jeder an den richtigen Platz gestellt werden. Die Front der Kunst kann lang werden. Was Malen, Bilden, Dichten und Musizieren sei, ist nie so klar mitgeteilt worden. Die prinzipielle Frage der Form ist beantwortet. Vor 6 Jahren war sie es noch nicht. Im Blauen Reiter schrieb Kandinskij: »Wenn es eine prinzipielle Frage der Form gäbe, so würde auch eine Antwort möglich sein. Und jeder, der diese Antwort kennt, würde Kunstwerke schaffen können, das heißt zur selben Zeit würde die Kunst nicht mehr existieren.« Also gründete der Sturm seine *expressionistische Kunstschule*.

Das Interessante an der ausgebildeten Schullehre des Sturms ist dies, daß sie ihre Schwächen verdeckt durch eine heftige Verdammung eben dieser Schwächen. Daß sie zum Beispiel menschenhaft ist, verdeckt sie durch heftige Ausfälle gegen das Menschenhafte. Also glaubt man ihr willig, daß sie kosmisch sei. Und wenn man bemerkt, wie heftig sie gegen alles Begriffliche anrennt, wird man bei ihr dieses Begriffliche sicher zu allerletzt suchen. Zu Unrecht! Denn sie ist in dem selben Maß begrifflich wie sie angeblich irrational, undefinierbar ist. Und sie ist so schön begrifflich, weil sie so sauber aus dem Ganzen herausgeschält ist.

Kunst sind Bilder, Holzschnitte, Dichtungen, Kompositionen und Monumentalbüsten. Sie sind da, weil sie mal da sind, ohne anderes Ziel und andern Zweck, als um da zu sein, im Spiel. Kunst ist immer da, wenn Menschen da sind, die das richtige Wissen um die Kunst haben. Immer kreisen so diese Kunst und ihre Lehre um sich selbst, eine isolierte Sache. Das gehört sogar zu den Grundlehren, daß die Kunst mit dem Leben nichts zu schaffen habe, gar nichts.

Nun ist es unbedingt sehr verdienstlich jede Verbindung der Kunst mit dem Leben der bürgerlichen Gesellschaft aufzuheben. Nichts hat der Kunst so

sehr geschadet als ihre Anwendung auf die Wünsche der Gesellschaft, der sie ihren heutigen Charakter als einer Luxus- und Vergnügungskunst verdankt. Durch ihre Anpassung an die bürgerliche Gesellschaft ist die Kunst in ihre heutige Isolation hineingekommen. Auch hier finden wir nun aber einen merkwürdigen Widerspruch in der Arbeit des Sturms: Er will die Isolation, die Beziehungslosigkeit der Kunst, rennt an gegen die Verbindung von Kunst und Leben . . . und tut doch alles nur Menschenmögliche diese Kunst innig mit dem bessern Bürgertum zu verschweißen; ein edler Zweck, für den er nicht einmal die Mitarbeit der Dame verschmäht. Und trotzdem soll die Kunst nichts mit dem Leben zu schaffen haben? So wenig sie mit dem bürgerlichen Leben in Tees und Klubs zu schaffen hat, so sehr viel hat sie zu schaffen mit dem ursprünglichen elementaren Menschenleben, dem Menschenleben als einem Teil im Weltenleben. »Das Leben ist Glück, und die Kunst ist Glück. Das Leben und die Kunst sind ein und das selbe.«<sup>1)</sup> Nach der Lehre des Sturms ist der Maler, Musiker, Dichter ein eleganter Verwandlungskünstler. Er lebt honett und unauffällig in der guten Gesellschaft; in seinen vier Wänden verkehrt er mit einem kosmischen Dämon, um alsbald wieder in den Salon zu treten, als sei nichts geschehen. Diejenigen, die hinter dem Klang des Wortes Sturm ein revolutionäres Weltgefühl vermuten, irren sich gar zu sehr. Der Sturm ist zähm, tut keinem weh; der Verlag Scherl könnte ihn drucken. Sturm: das ist die gewisse »kosmische« Erregtheit gewisser Individuen; eine Angelegenheit, die keinerlei Konsequenzen über die Schwellen des Erregungszustands hinaus haben soll. Sturm? Höchstens ein Sturm in einem Glase Wasser. Und das Wasserglas, sehr weit angenommen, ist der Klub. Die ganze Sache ist verzweifelt europäisch. Dennoch aber ist es übertrieben, wenn der Sturm sich nennt »die künstlerische Gegenwart Europas, die unter der Führung von Herwarth Walden alle Expressionisten vereint«. Nein, eine solche Vertrustung des Expressionismus ist gottlob bisher nicht eingetreten. Es gibt Expressionisten auch noch außerhalb des Sturmklubs.

Gewiß, auch Franz Marc sprach von der Isolation des modernen Künstlers. Aber weit entfernt in ihr das Heil zu erblicken, erkannte er sie mit Trauer als verhängt von unserer Zeit. »In anderen Zeiten ist die Kunst die Hefe, die den Teig der Welt durchsäuert; solche Zeiten sind heute fern. Bis sie erfüllt sind, muß sich der Künstler in gleicher Ferne vom offiziellen Leben halten.«<sup>2)</sup> In seinem kleinen Aufsatz Zwei Bilder hat Franz Marc schon früher diese bittere Erkenntnis ausgesprochen. »Die heutige Isolierung der seltenen echten Künstler ist für den Moment durchaus unabwendbar.« Während Franz Marc mit der Größe und Strenge seines Wollens an der Überwindung dieser furchtbaren Isolation arbeitete, macht der Sturm aus ihr einen eleganten Wandschirm.

Er handelt also ganz konsequent, wenn er immer mehr die Künstler von sich treibt, die sich der Welt zu sehr verwoben fühlen, als daß ein egoistisches Kreisen um die eigene Achse, das Undefinierbare, ewig Lyrische, Erotische ihnen genügen könnte. Dennoch liest man mit Erstaunen, daß eine amtliche Verfügung des Sturms nicht nur Else Lasker-Schüler sondern sogar Paul Scheerbart zu den überwundenen zeitgenössischen Impressionisten wirft.<sup>3)</sup>

<sup>1)</sup> Siehe von Kohl Weg durch die Nacht / Frankfurt am Main 1912/, Seite 73.

<sup>2)</sup> Siehe Marc Herbststauon / Berlin 1913/, Seite 7.

<sup>3)</sup> Siehe Sturmabende / Berlin 1917/, Seite 78; das folgende Zitat Seite 79.

Es hat der Sturm einige große Künstler im Verlag: Paul Klee, Hermann Essig, Arnold Topp; aber mit dem unfehlbaren Menscheninstinkt der Erotiker gegen alles wahrhaft Kosmische weigert er ihnen den Platz, auf dem mindere paradieren. Sollten auch Klee und Topp eines Tages *Impressionisten* werden, so würde der Sturm erst die rechte innere Einheit aufweisen. Die Heiterkeit der Welt wäre für ihn verloren, und zurück bliebe der Krampf menschlicher Herzen. Dann erst wäre der Sturm ganz ein Herz und eine Seele. Heiterkeit ist eben nicht seine Sache. Die Musik des Sturms spielt Beethoven aus gegen Mozart, der »meist eine leere Form«, »dekorativ«, »eine Arabeske« ist!

Das, was die echten Sturmkünstler eint, ist ein menschliches Grundgefühl, das wir als Wühlen bezeichnen können. Und alle diejenigen, die der Sturm immer wieder ausschied, weil ihr »Schaffen die neuen künstlerischen Ziele nicht erreichen konnte«, eint ein k o n t r ä r e s Grundgefühl, das wir mit Bauen bezeichnen. Weil Bauen tatsächlich etwas anderes ist als das echohafte Umsetzen eines undefinierbaren Gefühls, mußte von vornherein alles Bauen als Kunst eliminiert werden, so schon in den ersten Sturmheften durch Adolf Loos. Alles Bauen ist dem Sturm unsympathisch. Bauen fängt aber schon dort an, wo ein Maler mit gegenständlichen Formen arbeitet wie Chagall, Paul Klee, Topp, Feininger, Stuckenberg. Und doch ist Bauen das Letzte und Höchste. Keine Handlung ist je von Wert, die in sich selbst beharrte. Jede wahre Schöpfung ist ein Teil zum Neuaufbau, zum Weiterbau der Welt. Die Welt ist Bauen, und der Mensch, in dem der Weltgeist noch mächtig ist, hilft bauen. Darum sind nicht die echohaften Expressionisten, wie sie die »Kunstwende« definiert, sondern die bauenden Kubisten die wahrhaft Schaffenden unserer Zeit. Wer nur Farbformen malen will, nun gut: der male Farbformen. Wer aber Bilder malen will, muß der nicht bauen? Oder sind denn die undefinierbaren Gefühle immer so beschaffen, daß sie in ein Rechteck passen? Merkwürdig genug, daß Kandinskij und selbst sein *Vollender* Bauer immer die banale, äußerliche Rechteckform für ihre Kompositionen beibehalten. Sie ist doch ganz gewiß keine »innere Notwendigkeit«. Oder sollte sie eine ä u ß e r e Notwendigkeit sein, um den Gemälden überhaupt zu einer bildartigen Existenz zu verhelfen? Freilich sehr äußerlich nur dadurch, daß der Rahmen die dunkle Empfindung ohne Anfang und ohne Ende beliebig durchschneidet. Würde am Ende einen Rahmen nach innerer Notwendigkeit zu tragen das Gemälde außerstande sein? Weil dann sein zufälliger Charakter offenbar werden müßte? Diese Art von Expressionismus ist wirklich dem Impressionismus enger verwandt als man glaubt.

Wenn nun also der Expressionismus unter der Führung Herwarth Waldens in einen Klub schöner Gefühle mündet, dann erhoffen wir die Erneuerung unserer Kunst nur mehr vom Kubismus. Freilich malen die Expressionisten recht gut. Die Bilder Bauers sind unbestreitbar das, was man *malerisch* nennt. Gewiß, aber was besagt uns das? Der Kubist will mehr als reine Malerei und reine Plastik. Über aller Methode und Systematik baut er mit an der Welt. Nicht Zerlegung und Abgrenzung ist seine Sache, sondern Einigung. Alles ist ihm nur ein Mittel, und jedes Mittel ist ihm recht. Denn er will. Statt der Gefühle besitzt er ein Wollen. Den brodelnden Gefühlsqualm läßt er abziehen, und mit klaren Sinnen baut er in den Him-





lichen Erwerbsmöglichkeiten usw. herbeigeführt haben. Man vergißt das völlig Abnorme und Vorübergehende dieser gegenwärtigen Verwahrlosung und möchte sie durch einen *großzügigen* Ausbau der bisherigen alten Jugendfürsorge bekämpfen, die doch so ganz andere Aufgaben hat und haben muß. Diese muß sich selbstverständlich mit jenen Fällen der Gefährdung und Verwahrlosung befassen, die *dauernd* unter normalen Verhältnissen immer wiederkehren. Gegen vorübergehende Mißstände aber sind *vorübergehende* Maßnahmen durchzuführen. Und auch dabei hat man sich wohl davor zu hüten, daß man bloß an den Symptomen herumkuriert. So mag es manchmal recht wohltätig sein in gegenwärtiger Zeit die Jugendlichen in Klubs zu sammeln und dadurch von der Straße fernzuhalten. Aber bergen diese Klubs nicht vielleicht die Gefahr nach der Rückkehr normaler Verhältnisse die Kinder ihren dann doch hoffentlich größtenteils wieder lebensfähigen Familien mehr als erwünscht zu entziehen? Wird nicht ein großer Teil der Kinder, für die jetzt der Aufenthalt in Klubs eine Wohltat ist, in normalen Zeiten besser der Familie zurückgegeben? Für zahlreiche Jugendliche dürften zum Beispiel die Klubs mehr nur eine provisorische Kriegseinrichtung sein; wenigstens solange noch nicht die Auflösung des familiären Zusammenlebens als erstrebenswert erscheint. Die Bekämpfung der Verwahrlosung durch Jugendklubs muß auf die Dauer durch eine Kräftigung des Familienlebens auf Grund erhöhter allgemeiner Lebenshaltung ersetzt werden, durch die allein das Übel an seiner Wurzel bekämpft werden kann.

Aber das ist nur ein einzelnes Beispiel für nebensächlichere Bedenken. Das Gefährliche ist wie gesagt, daß der Krieg das Problem der Verwahrlosung und des Jugendschutzes verzerrt erscheinen läßt und damit die Aufmerksamkeit von der eigentlichen Aufgabe der Verwahrlosungsfürsorge ablenkt. Dies ist um so bedenklicher, als selbst unter den Fachleuten die wahre Erkenntnis der Aufgabe überhaupt noch in den Anfängen steckt. Hierfür ist bezeichnend, daß einer der ersten Kenner dieser Verhältnisse, E. von Düring, unlängst folgendes schreiben konnte:

»Wer in dieser Arbeit steht, tut unendlich schmerzliche Blicke in Überhebung. Selbstgerechtigkeit, Gleichgültigkeit, Gefühllosigkeit bei den Menschen, denen es besser geht, nicht die besser sind. Selbst in den Kreisen, die sich so große Verdienste um die karitative Arbeit erworben haben: in den Kreisen der Kirchengläubigen, findet man sehr selten wirkliches Verstehen. Man will helfen, man hat viele Liebe zum Helfen, aber das, was das richtige ist, ohne das ein Helfen gar nicht möglich ist, das Verstehen fehlt. Man sieht nur die Sünde und den Sünder; der Jugendliche soll und muß nach Ansicht dieser Konfessionellen zuerst zur Erkenntnis seiner Sündhaftigkeit, seiner Sündenschuld, zur Reue, zur Buße kommen. Daß er das in vielen Fällen gar nicht kann, daß er aus einer Umwelt herkommt, in der ihm das zu dieser Einstellung nötige Organ gar nicht entwickelt werden konnte, wird ganz übersehen.«<sup>1)</sup>

Selbst wer aufs freudigste die hervorragenden Leistungen einzelner Berufener, gerade auch unter den konfessionellen Leitern von Erziehungsanstalten, anerkennt, muß zugeben, daß die Schilderung von Dürings im großen Durchschnitt leider nur zu sehr zutrifft.<sup>2)</sup> Vor allem fehlt es in weiten Fürsorgekreisen an psychiatrischem Verständnis. Selbst viele Praktiker, sogar unter den Richtern und Erziehern, haben immer

<sup>1)</sup> Siehe von Düring Jugendfürsorge und Jugendstrafrecht / Frankfurt am Main 1918/, Seite 40.

<sup>2)</sup> Die optimistische Schilderung Knauts in der Zeitschrift für das Armenwesen verallgemeinert aber gar zu sehr die eigenen, mustergültigen Leistungen ihres Verfassers und weniger anderer fortschrittlicher Anstaltsleiter.

noch nicht die Einsicht erlangt, daß die meisten Angeklagten und Zöglinge Psychopathen sind. Wenn nun selbst vor dem Krieg, wo die Verhältnisse viel leichter zu überblicken waren, die große Mehrzahl derer, die sich berufsmäßig mit der schutzbedürftigen Jugend beschäftigen, kein richtiges Verständnis für die letzten Gründe der Verwahrlosung besaß, sollte dann die Gefahr so fern sein, daß jetzt die psychiatrische Betrachtungsweise es erst recht schwer hat sich durchzusetzen; jetzt, wo in der Tat die sonst die Regel bildenden psychisch abnormen Fälle in die Minderheit geraten, weil sie von den vielen durch die Kriegsumstände verwahrlosten Jugendlichen der Zahl nach überdeckt werden?

In welcher Richtung muß nun aber mit Rücksicht auf die dauernden Bedürfnisse der Friedenszeit die Jugendfürsorge ausgestaltet werden, um die verwahrloste Jugend wirksamer zu schützen und zu erziehen? Einmal bedarf es dazu einer energischen Umgestaltung des Jugendstrafrechts. Ganz allgemein sollten hier die starren kriminalistischen Grundsätze erheblich zurücktreten und der eigentlichen Fürsorge, der pädagogischen und psychiatrischen Behandlung Platz machen. Das gesamte Gerichtsverfahren müßte mehr Rücksicht auf die menschliche Persönlichkeit nehmen, die doch auch in den jugendlichen Gesetzesübertretern steckt. Jetzt bewirkt schon die Behandlung durch die Polizei, durch die unteren Organe der Untersuchungshaft und der Gefängnisse, sowie die Gesellschaft, in die sie bei dieser Gelegenheit kommen, daß die geringen Andeutungen von Selbstachtung, Ehrgefühl und Streben in diesen Jungen vollständig unterdrückt werden. Das Gerichtsverfahren selbst wirkt in gleicher Richtung; es bleibt mindestens ohne günstigen Eindruck auf die Angeklagten, und die verhängten Freiheitsstrafen sind alles andere eher denn ein Erziehungsmittel. Es ist, wie von Düring mit Recht sagt, nicht immer eine klare Gedankenreihe mit einem logischen Schluß: Du bist ein Lump. Aber es ist eine oft angedeutete, oft recht klare Erkenntnis: Aus dir wird nichts. Je intelligenter, um so ausgesprochener der Widerspruch, der bewußte, gewollte Widerstand gegen jede Art von Anleitung, Bevormundung; und im Grunde alles dessen eine stille innere Verzweiflung: Du bist verloren. Das ist so die Gemütsstimmung vieler dieser Jungen. Und sie haben unter den heutigen Verhältnissen Recht.

Je geringer die erzieherischen Erfolge der Strafe sind, um so empfindlicher sind ihre gesellschaftlichen Wirkungen. Leider in der allerunerwünschtesten Richtung. Wir wissen alle, wie das Kainszeichen der Vorstrafen den unglücklichen Jugendlichen oft geradezu zu einem Geächteten werden läßt. Wie schwer wird es jenen Burschen mit der traurigen Vergangenheit und den krankhaften Anlagen an und für sich schon im Leben zurechtzufinden und sich zu dem herauszuarbeiten, was wir einen anständigen Menschen nennen; handelt es sich doch meist um Geschöpfe, die man ihrer ganzen Entwicklung, mindestens aber der geistigen Entwicklung nach, als Kinder bezeichnen muß. Und nun hängt sich ihnen auf Schritt und Tritt dieses Vorbestraft als furchtbar lastende Hemmung an. Wem diese Erwägungen noch fremd sein sollten, dem rate ich dringend die erschütternden Schilderungen zu lesen, die E. von Düring neuerdings aus seinen reichen Erfahrungen über diese Verhältnisse gemacht hat, und er wird dann wohl den Forderungen zustimmen, die dieser hervorragende Fachmann vertritt: Zunächst einmal die Eintragungen ins Strafregister abzuschaffen. Dann aber

überhaupt die Gefängnisstrafen soweit irgend möglich bei den Jugendlichen zu vermeiden, namentlich bei schwachsinnigen Kindern nie anzuwenden. Und zugleich das Legalitätsprinzip zu durchbrechen, das den Staatsanwalt zum Einschreiten bei allen, auch bei den oft unsäglich gleichgültigen kindischen Vergehen verpflichtet, die nichts, aber nichts weiter sind als Dummjungenstreiche.

An die Stelle der Bestrafung hat die Erziehung zu treten; und diese unter fachmännisch psychiatrischer Leitung, die allein imstande ist die Zöglinge ihren beschränkten Fähigkeiten und Anlagen entsprechend zu brauchbaren Gliedern der menschlichen Gesellschaft heranzuziehen. E. von Düring, der die von Klumker und Stiebel begründete Beobachtungs- und Arbeitslehranstalt Steinmühle mit großem Erfolg leitet, sieht den einzig wirksamen Weg in der systematischen Berufsausbildung. Nur sie allein kann das erreichen, worauf alles ankommt, das Wachsen und Werden des Charakters, die Weckung der Selbstachtung, des Selbstvertrauens, des Ehrgefühls. Die bloße Beschäftigungsarbeit genügt nicht. Gewiß müssen die meisten erst Zucht und Ordnung und überhaupt arbeiten lernen. Es ist körperlich und geistig für viele von ihnen gesund, wenn sie im Garten und in der Landwirtschaft bei schweren Arbeiten beschäftigt werden. Aber gerade die Jugendlichen, in denen ein noch zu entwickelnder guter Kern vorhanden ist, merken sehr bald das Sinnlose einer Arbeit, die nicht auf ihre Ausbildung ausgeht sondern sie nur beschäftigen soll, und die Arbeit wird ihnen gleichgültig, ja verhaßt. Ganz anders die Berufsarbeit. Die Freude am Können, am Fortschritt im Können, der Anblick einer fertiggestellten Arbeit, das Bewußtsein des gewonnenen Wissens und Könnens, die Aussicht auf diesem Weg selbständig zu werden, sich sozial zu heben, wirken wunderbar erziehend, bildend, veredelnd. Keine Persönlichkeit, keine Unterweisung, keine Rede kann so still, absichtslos und zwecksicher das Erwachen, das Wachsen, das Reifen der guten Anlagen und damit das Unterdrücken der schlechten Neigungen hervorrufen wie die Berufsausbildung. So kommt Selbstachtung, Selbstvertrauen und Ehrgefühl ganz von sich aus zur Entwicklung; und so ist der Boden geschaffen, auf dem soziales und ethisches Empfinden sich entwickeln können.

Indes, in den bisherigen Anstalten ist es schwer, eine rechte Berufsausbildung zu geben. Viele Kinder werden deshalb zu früh ins freie Leben gegeben, wo sie sehr bald die verhängnisvollsten Enttäuschungen und Mißerfolge erfahren müssen. So sehr wir immer und immer wieder bestrebt sein müssen die uns anvertrauten Jugendlichen baldigst wieder ins Leben zu bringen, es bleiben doch viele übrig, die erst später und langsamer sozial brauchbar werden. Es sind das Menschen, die man vor sich (und die Gesellschaft vor ihnen) längere Zeit schützen muß, Gelingt es sie im Schutz der Anstalt beruflich auszubilden, so werden viele, zunächst wenig Aussicht bietende Jugendliche doch noch sozial brauchbar. Andere, psychopathisch schwerer Belastete werden sich in dieser Zeit als dauernd unfähig für das freie Leben zeigen; diese können dann wenigstens ohne überflüssige Zusammenstöße mit dem Gesetz und dem Gericht dauernd verwahrt werden. Trotz all den schweren Bedenken, die oft und vielfach mit Recht gegen die Anstaltslehre erhoben werden, und trotz den außerordentlichen technischen

und wirtschaftlichen Schwierigkeiten ihrer Durchführung fordert von Düring, daß für solche Psychopathen, die nicht im freien Leben aushalten können, Lehrwerkstätten mit tüchtigen Meistern errichtet werden, in denen sie bis zur Gesellenprüfung, und vielleicht darüber hinaus bleiben können. Allerdings setzt er dabei einen freiheitlichen Betrieb dieser Erziehungsanstalten voraus, etwa so wie er von ihm selbst in vorbildlicher Weise auf der Steinmühle durchgeführt und in dem genannten Schriftchen geschildert ist. (Gern möchte mancher Leser noch mehr darüber erfahren.)

Aber selbst damit ist noch nicht alles getan. Die in der Anstalt ertüchtigten Zöglinge müssen draußen im freien Leben untergebracht und auf fürsorgliche, schonende Art beaufsichtigt und beraten werden. Diese Aufgabe hat von jeher den Anstalten schwere Sorgen gemacht. Bisher ist es nur selten gelungen sie in befriedigender Weise zu erfüllen. Und doch muß die Lösung der Frage immer wieder mit Eifer versucht werden. Hängt hiervon ja in sehr vielen Fällen das Schicksal der Jugendlichen ab. Die beste und erfolgreichste Anstalterziehung ist oft in kürzester Frist zuschanden gemacht, wenn der Zögling nachher schlecht untergebracht wird. E. von Düring verlangt deshalb eine weitverzweigte Organisation zur Stellenvermittlung für Fürsorgezöglinge. Fast in jeder kleinen Stadt wäre dafür ein gegebenes Feld. Wenige Männer und Frauen würden genügen, um geeignete Lehrstellen ausfindig zu machen, Familien zu bezeichnen, die gegen ein angemessenes Kostgeld die Zöglinge in eine Familienaufsicht nehmen; und diese selben Männer und Frauen könnten den Zöglingen mit Rat, Tat und Warnung zur Seite stehen. Gerade dieser Vorschlag ist sehr fruchtbar; auch für weitere Kreise der Jugendlichen außerhalb der Fürsorgezöglinge.

Schließlich macht von Düring noch den sehr beachtenswerten Vorschlag: Lehrer, Juristen, Ärzte, Geistliche, Verwaltungsbeamte, die im Beruf mit den Fragen der Jugendfürsorge, des Jugendrechts in Berührung kommen, und denen die Beurteilung Jugendlicher und ihres Geisteszustands im Beruf zur Pflicht wird, sollten kürzere oder längere Zeit als Lernende in Anstalten wie die Steinmühle eintreten. Hierzu sind ja keine besonderen Vorkenntnisse nötig; aber Liebe zur Jugend und guten Willen müssen die Praktikanten mitbringen. Dann wird ihnen die Arbeit viel Wertvolles bieten, auch für ihren innern Menschen. Und zugleich dürfen sie das Gefühl haben unmittelbar nützliche Arbeit zu leisten. Die Anstalten brauchen nämlich gebildete Männer, die bei der Erziehung ihrer Pfleglinge helfen. Es ist ganz erstaunlich, wie wunderbar erzieherisch auf die Jugendlichen der Verkehr, das Mitarbeiten mit fröhlichen, gebildeten jungen Männern wirkt.

Alle die hier angedeuteten Forderungen gehen aus den Bedürfnissen der Friedenszeit hervor. Die mühsam erworbene Erkenntnis, daß normalerweise der größte Teil der verwaorlosten Jugend psychopathisch ist, zum mindesten einer sachkundigen heilpädagogischen Behandlung, statt der Bestrafung bedarf, dürfen wir uns nicht durch die abweichenden Beobachtungen vorübergehender Kriegsjahre trüben lassen. Aber auch auf anderen Gebieten des Jugendschutzes müssen wir uns sehr hüten den scheinbar so dringenden Bedürfnissen der unmittelbaren Gegenwart zu sehr nachzugeben. So ist es höchst gefährlich, daß neuerdings die gesamte Fürsorge für die unehelichen Kinder unter den Gesichtspunkt der gesteigerten Volksvermehrung

nung gestellt wird. Die Fürsorge für unsern Nachwuchs, ehelich und unehelich, muß ausschließlich dessen eigenem Wohl dienen, muß Selbstzweck sein und darf niemals irgendeinem andern, wie immer gearteten Zweck nutzbar gemacht werden. Mit all den vorgeschlagenen Maßregeln zugunsten der unehelichen Kinder will man heute nicht etwa diesen um ihrer selbst willen helfen sondern dem Staat Menschenmaterial verschaffen. Das ist der Fortschritt der staatspolitischen Weisheit in Deutschland seit 150 Jahren: Früher waren die Menschen ein privates Vermögensobjekt des Fürsten; Süßmilch in seiner Göttlichen Ordnung stand noch durchaus auf diesem Standpunkt; heute haben wir immerhin schon einige öffentliche Bedeutung als Material für einen unpersönlichen Staat. Auch ein erheblicher Teil der jetzt so beliebten Jugendpflege, das heißt der Erziehungsarbeit an der nicht fürsorgebedürftigen Jugend, wird offenbar aus ähnlichen *staatserhaltenden* Tendenzen betrieben: Die heranwachsende Generation soll einer gewissen Gesinnung gewonnen werden, nicht etwa, weil diese der Jugend selbst zum Wohl gereichte, sondern weil sie dem bestehenden Staat nutzt, und weil sie gewisse Bedürfnisse befriedigt, die in dieser Kriegszeit den herrschenden Schichten dringlich dünken.

Solchen Erscheinungen gegenüber wirkt es dann besonders wohltuend, wenn wir wirklich sachgemäße Bestrebungen der Jugendfürsorge sich äußern oder gar sich durchsetzen sehen, wie jene psychiatrische Einstellung des Verwahrlostenschutzes. Mit gleicher Freude ist die Bewegung für die Jugendämter zu begrüßen, die vor wenigen Wochen in dem Deutschen Jugendfürsorgetag und in dem trotz manchen Mängeln<sup>3)</sup> aner kennenswerten Gesetzentwurf der preußischen Regierung über die Jugendfürsorge beredten Ausdruck fand. Auch diese Forderung: die in ihrer bisherigen Zersplitterung oft unwirksame öffentliche Kinderfürsorge in einheitlicher behördlicher Organisation mit weitgehender Selbstverwaltung zusammenzufassen, geht auf die Erfahrungen der Friedenszeit zurück und von den Bedürfnissen der Kinder selbst aus.

Das sind so einige Beispiele aus dem praktischen Leben, die die Richtung andeuten, in der die Friedensarbeit in der Jugendfürsorge ausgebaut werden muß. Ich möchte, daß sie uns daran erinnern, wie wichtig es auch in der jetzigen traurigen Zeit ist die dauernden Friedensaufgaben nicht vor lauter (hoffentlich bald vorübergehenden) Kriegsmaßnahmen zu vergessen oder auch nur für eine Weile in den Hintergrund treten zu lassen.

## JOSEF KURTH · FRAUENERWERBSARBEIT IN DER METALLINDUSTRIE

**K**AUM irgendeine andere Industrie hat wohl eine absolut wie relativ so bedeutende Zunahme der Frauenerwerbsarbeit im Krieg aufzuweisen wie die Metallindustrie. Sie nimmt unter den Rüstungsindustriellen weitaus die erste Stelle ein und hatte im Lauf ihrer Entwicklung einen so starken Arbeiterbedarf, daß er unmöglich von den männlichen Arbeitern gedeckt werden konnte. Die

<sup>3)</sup> Siehe beispielsweise das Zentralblatt für Vormundschaftswesen vom 15. September 1918, die Zeitschrift für das Armenwesen vom Juli-September 1918; ferner Feld Die politische Bedeutung des Jugendfürsorgegesetzes, im Berliner Tageblatt vom 19. September 1918, und Klumker Landesjugendämter, in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung vom 7. September 1918.

überschüssigen weiblichen Arbeitskräfte anderer Industrien und Gewerbe strömten in gewaltigen Scharen der Metallindustrie zu. Begünstigt wurde die enorme Zunahme der Frauenarbeit aber noch besonders dadurch, daß hier in hohem Maß Massenfabrikation in Frage kam. Der Kriegsbedarf forderte Millionen an Stücken einer gleichbleibenden Type, und zwar nicht nur einer oder weniger sondern Hunderter solcher Typen. Dadurch war wiederum eine so weitgehende Arbeitserlegung möglich, wie sie in der deutschen Metall- und Maschinenindustrie bisher auch nicht im entferntesten bestanden hatte. So konnte man Frauen auch da beschäftigen, wo man bis dahin nur hochqualifizierte Männerarbeit kannte: an den Drehbänken usw. Die Verbesserung der Arbeitsmethoden, die in den letzten Jahren vor dem Krieg mit allen Mitteln betrieben worden war, wurde jetzt um so emsiger verfolgt. Auf Anregung und mit Unterstützung des Kriegsamts leitete der Verein deutscher Ingenieure einen Austausch von Erfahrungen über Ausbildung von Arbeitskräften und zeitgemäße Betriebsführung ein; damit wurden die Erfindungen und Erfahrungen einzelner ohne weiteres Gemeingut der interessierten Kreise. Auch zu einer rationellen Verwendung der Frauenarbeit scheinen heute in der Metall- und Maschinenindustrie alle Voraussetzungen gegeben. Für den noch fortbestehenden Kriegsbedarf ist die Frauenarbeit nicht nur unentbehrlich, sondern ihre Produktionskraft hat auch eine vorher nicht gekannte Höhe erreicht. Dadurch wurde der Mangel an männlichen Arbeitskräften an vielen Stellen nicht einmal besonders fühlbar.

Trotz dieser günstigen Erfahrung dürfte in der Metall- und Maschinenindustrie die größte Abwanderung der Frauen nach dem Krieg zu verzeichnen sein. Und zwar absolut wie relativ. Denn diese Industrie ist an sich auf Männerarbeit angewiesen. Die Arbeit fordert hier starke körperliche Kräfte, Ausdauer, Geschicklichkeit und Berufserfahrung: Eigenschaften, die den Frauen zum Teil überhaupt, jedenfalls aber gegenwärtig doch meist noch abgehen. Vor dem Krieg verwandte man die Frauen nur zu Hilfs- und untergeordneten Arbeiten, und nur in der Herstellung von Massenartikeln standen sie beruflich schon auf einer höhern Stufe.

Die Entwicklung der Frauenerwerbsarbeit vor dem Krieg mag die nachfolgende Darstellung veranschaulichen, der die Ergebnisse der amtlichen Berufs- und Betriebszählungen zugrunde liegen:

Anzahl der Erwerbstätigen	1895		1917	
	männlich	weiblich	männlich	weiblich
<b>Metallverarbeitung</b>				
Gelernte Arbeiter und Lehrlinge	612 002	9 019	809 971	18 012
Ungelernte Arbeiter	202 001	26 528	367 585	50 294
zusammen	814 003	35 547	1 177 556	68 306
Verhältnis der Geschlechter	1 : 0,04		1 : 0,06	
<b>Industrie der Maschinen, Instrumente und Apparate</b>				
Gelernte Arbeiter und Lehrlinge	122 553	1 575	361 189	4 847
Ungelernte Arbeiter	80 695	7 645	221 870	23 308
zusammen	203 248	9 220	583 059	28 155
Verhältnis der Geschlechter	1 : 0,04		1 : 0,05	

Bis zum Ausbruch des Krieges änderte sich das Verhältnis nicht wesentlich. In der reinen Metall- und Maschinenindustrie erreichte die Zahl der Frauen

kaum ein Zehntel der beschäftigten Männer. Anders allerdings in der elektrischen Industrie, die schon in frühester Zeit die Frauenarbeit mit Erfolg in ihren Bereich zog. Über den gegenwärtigen Stand liegen leider keine genauen Ziffern vor. Aus dem Verhältnis der Frauen- zur Männerarbeit im allgemeinen auf das Verhältnis der männlichen und weiblichen Arbeiter in der Metallindustrie zu schließen ist zu gewagt. Einen einzigen Anhaltspunkt nur besitzen wir in der Statistik des Reichsarbeitsblattes über den Pflichtmitgliederstand der Betriebskrankenkassen in der Metall- und Maschinen- und der elektrischen Industrie. Die Trennung nach Männer- und Frauenarbeit erfolgt aber auch erst seit Januar 1915 und ist in den berichtenden Kassen sehr ungleichartig. Zudem aber umfassen diese Kassen nur den kleinern Teil der in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen. Freilich spiegeln sich hier die Verhältnisse gerade in den größeren und größten Betrieben wider. Die Entwicklung, wie sie diese Statistik zeigt, ist nun in hohem Grad interessant:

Zeitpunkt	Metall- und Maschinenindustrie			Verhältnis der Geschlechter	Elektrische Industrie			Verhältnis der Geschlechter
	Anzahl der berichtenden Kassen	Mitglieder männlich	weiblich		Anzahl der berichtenden Kassen	Mitglieder männlich	weiblich	
1. 1. 1915	692	492 031	47 202	1 : 0,09	15	25 255	10 786	1 : 0,43
1. 7. 1915	781	540 441	84 362	1 : 0,15	20	25 730	19 266	1 : 0,75
1. 1. 1916	891	641 860	141 876	1 : 0,22	21	27 363	27 687	1 : 1,02
1. 7. 1916	844	618 359	144 457	1 : 0,23	28	42 536	53 971	1 : 1,27
1. 1. 1917	833	632 371	203 077	1 : 0,32	29	28 419	34 851	1 : 1,22
1. 7. 1917	790	665 724	230 307	1 : 0,34	27	35 391	60 315	1 : 1,71
1. 1. 1918	811	641 551	222 219	1 : 0,34	23	10 394	12 095	1 : 1,16
1. 7. 1918	821	679 938	233 357	1 : 0,34	23	34 048	44 751	1 : 1,31

In der Metall- und Maschinenindustrie hat die Frauenarbeit ihren höchsten Stand offenbar erreicht. Seit 1½ Jahren ist das Verhältnis der Frauen- zur Männerarbeit ziemlich konstant geblieben. Die Zahl der erwerbstätigen Frauen macht dort etwa ein Drittel der Zahl der beschäftigten männlichen Arbeiter aus, während in der elektrischen Industrie, wo, wie gesagt, die Verhältnisse schon im Frieden anders lagen, bereits zu Beginn des Jahres 1915 rund zwei Fünftel der Beschäftigten Frauen waren. In rascher Entwicklung wuchs die Zahl der beschäftigten Frauen, bis sie Anfang 1916 gleich der der Männer war und gegen Mitte 1917 die Zahl der Männer weitaus überwog. Auf einen Mann kamen 1,71 beschäftigte Frauen. In der elektrischen Industrie hat sich seit dieser Zeit das Verhältnis wieder zugunsten der Männer verschoben; allerdings überwiegt immer noch die Frauen- gegenüber der Männerarbeit. Dieser Rückgang scheint tieferen Ursachen zu entspringen. Vergleicht man die Zahlen vom 1. Juli 1917 und die vom 1. Juli 1918 (die Zahlen vom 1. Januar 1918 deuten auf eine unvollständige Berichterstattung), so zeigt sich in der Frauenarbeit eine weit größere Abnahme als in der Männerarbeit. Damit stimmen auch die monatlichen Berichte des Reichsarbeitsblattes überein, die für den Monat Juli eine Abnahme der Männerarbeit um 1,1 % und der Frauenarbeit um 3,9 % konstatieren. Jedenfalls scheint sich in der gesamten Metallindustrie wieder eine Tendenz zur Zurückdrängung der Frauenarbeit geltend zu machen. So berichtet das Reichsarbeitsblatt weiter für den Monat Juli, daß die Zunahme der Männerarbeit in der Eisen- und Metallindustrie am stärksten gewesen sei. Trotz alledem wird die Frauenarbeit in der Metallindustrie innerhalb gewisser Grenzen in der Zu-

kunft ohne Zweifel eine erhöhte Bedeutung gewinnen. Solche Grenzen sind ihr freilich gezogen. Die geringere körperliche Leistungsfähigkeit macht die Frauen zu schweren oder starke Ausdauer heischenden Arbeiten ungeeignet. Bei ihrer geschlechtlichen Konstitution müssen sie bestimmte Rücksichten fordern, die im modernen rationellen Betrieb nur unter Scheidung der Männer- und Frauenarbeit durchzuführen sind. Auch die den Frauen fehlenden fachlichen Kenntnisse sind wohl für bestimmte maschinelle und Massenrichtungen, nicht aber für andere Arbeiten entbehrlich. Der Verein deutscher Ingenieure faßt seine Erfahrungen mit der Frauenarbeit, die sich mit anderen Erfahrungen decken, in den folgenden Worten zusammen:

»Bei allen oft oder immer wiederkehrenden Arbeiten, die eine gewisse Schnelligkeit und Geschicklichkeit und eine feinfühlig Hand verlangen, ist die Frau dem Mann ebenbürtig, oft sogar überlegen. Für Arbeiten, die eine gewisse Umsicht und Überlegung erfordern, bei denen Störungen und Abweichungen von der Regel vorkommen, ist die Frau weniger geeignet, natürlich auch nicht für Arbeiten, die große Kraft und Ausdauer verlangen.«

Die Frauen verrichten heute in der Metallindustrie fast sämtliche Männerarbeiten, von denen viele ihrer Natur nach für sie entschieden zu schwer und gesundheitsgefährlich sind. In dem Erfahrungsaustausch über Ausbildung und Verwendung angelernter Arbeitskräfte vom 1. April 1917 stellt der Verein deutscher Ingenieure folgende Liste der Frauenarbeiten auf:

»Bohren und Ziehen von Geschossen, die ganze Bearbeitung und Zusammenbau der Zünder, der 7,7, 10,5 und 15 Zentimeter-Geschosse und Geschoßböden. Einschneiden von Zügen in Geschützrohre, Ausschleifen von Rohren, Ziehringen usw. Bedienen von Stanzen, Pressen, Bohrmaschinen, Revolverdrehbänken, Drehbänken, Fräsmaschinen, Gewindefräsmaschinen, Schneiden von Spitz- und Flachgewinden, Schneiden von Stehbolzengewinden mit dem Gewindestrahler. Anfertigung von Gewindebohrern, Reibohren, Schleifen von Werkzeugen. Schaben von Führungen und Grundplatten. Bedienen von hydraulischen Pressen, Dampfhämmern, Lauf- und Drehkränen, Motoren, Schalttafeln, Pumpen usw. Arbeiten an Kupolöfen und an Kettenrostfeuerungen. Anreißen nach Schablone, Nieten, Löten, Schweißen. Gewindecneiden, Schraubeneinziehen, Anbringen von Beschlügen. Kernemachen, Gußputzen. Kaltbearbeitung von Hufeisen. Anstreichen, Spachteln. Revision. Tätigkeit in der Lohnschreiberei, Werkzeugabgabe, Transport, Putzen, Schmierens usw. usw.«

Will man die Tätigkeit der Frauen in der Metallindustrie noch erweitern, so muß man ihre Leistungsfähigkeit durch allerlei Hilfsmittel zu erhöhen suchen. Das kann geschehen, indem man zum Heben und Fortbewegen schwerer Stücke geeignete Einrichtungen schafft, Handräder, Hebelarme, Kurbeln und andere Bedienungseinrichtungen an Werkzeugmaschinen vergrößert und diese so der geringern Kraft und Armlänge anpaßt. Man kann die Entfernung zwischen dem Arbeitenden und dem Arbeitsstück und dessen Stellung günstiger gestalten, Gelegenheit zum Sitzen und Anlehnen bieten. Hier hat auch tatsächlich das eingehendste und sorgsamste Studium der Arbeitsvorgänge begonnen, und für die Einbürgerung der Taylorschen wissenschaftlichen Betriebsführung in Deutschland bot sich gerade durch die erhöhte Frauenarbeit das geeignete Versuchsfeld. Selbst wenn die Frauenarbeit in der Metallindustrie ganz verschwinden sollte: die ihretwegen eingeführten Arbeits erleichterungen bleiben unverloren. Sie aufzuzählen oder zu beschreiben würde in diesem Rahmen zu weit führen.

Daneben versuchte man die fachlichen Kenntnisse und Erfahrungen der Frauen zu erweitern. Hier zeigt sich eine Reihe von Schwierigkeiten. Der schon angeführte Erfahrungsaustausch des Vereins deutscher Ingenieure sagt darüber:



»Schulmäßige Abendkurse außerhalb der Fabrik dürften sich nicht empfehlen, da die Frauen durch die Tagesarbeit ohnehin sehr angestrengt sind und oft noch für den Haushalt zu sorgen haben. Tageskurse, die vor dem Eintritt in die Fabrik besucht werden, versprechen keinen großen Erfolg. Gegen Tageskurse, die für begabte Arbeiterinnen bestimmt sind, die schon längere Zeit gewerblich tätig sind, und die sich zur Fortbildung besonders eignen, sprechen eine Reihe von Bedenken. Man entzieht den Betrieben dadurch gerade die besten Kräfte, veranlaßt sie vielleicht zum Stellenwechsel und kann ihnen in der begrenzten Einrichtung der Schulwerkstätte doch nicht die für ihre ganz bestimmte Sondertätigkeit geeignete Ausbildung geben. Auch lehrt die Erfahrung, daß Frauen den Wert der Fortbildung nicht recht einschätzen und sich dazu eigentlich nur bereit finden, wenn sie auch während der Fortbildung angemessenen Tageslohn erhalten.«

Es hat sich auch herausgestellt, daß es zweckmäßiger ist geschlossene Arbeitssäle ausschließlich mit Frauen zu besetzen, denen nur die erforderlichen Meister und Einrichter beigegeben sind. Werden Frauen und angelernte Arbeiter gemeinsam bei den gleichen Teilarbeiten beschäftigt, so begegnet man Schwierigkeiten. Nach verschiedenen Berichten ist die Gesamterzeugung in gemischten Werkstätten und Betriebsabteilungen geringer als in solchen geschlossenen Frauensälen.

Die ausgedehnte Verwendung der Frauenarbeit in der Metallindustrie entwickelte sich auch nur unter dem Gebot der Stunde. Daß die Billigkeit der Frauenarbeit allein in Zukunft von erheblichem Einfluß auf ihre Verwendung sein könnte, darf man bezweifeln. Über die Verdienstverhältnisse der Arbeiterinnen lassen sich exakte Angaben leider nicht machen. Die Lohnstatistik gibt immer nur Bruchstücke, so daß das Bild eines Ortes an einem andern und unter anderen Verhältnissen nicht mehr zutrifft. Zudem schwankt der Arbeitslohn sehr stark; was gestern galt, braucht schon heute nicht mehr zu gelten. Allen lohnstatistischen Erhebungen wird man deshalb von dem entgegengesetzten Interessenstandpunkt aus immer wieder Übertreibung oder Beschönigung der Tatsachen vorwerfen. Für die Frauen gestalten sich solche Erhebungen deshalb noch schwieriger, weil bei der geringen Zahl der Organisierten und dem Mangel an gewerkschaftlicher Schulung ihr eigenes Interesse daran noch kein sehr großes ist. Mit allen diesen Vorbehalten seien hier einige Angaben gemacht. Nach einer Erhebung des Kaiserlichen Statistischen Amtes stiegen von Beginn des Krieges respektive von März 1914 bis September 1916 die Durchschnittslöhne für das Arbeitstagewerk folgendermaßen:

Gewerbegruppe	Lohn der					
	männlichen Arbeiter			weiblichen Arbeiter		
	März 1914 Mark	Septem- ber 1916 Mark	Steige- rung %	März 1914 Mark	Septem- ber 1916 Mark	Steige- rang %
Maschinenindustrie	5,33	7,89	48	2,28	3,88	70
Elektrische Industrie	4,52	7,44	65	2,75	4,80	75
Eisen- und Metallindustrie	5,55	8,02	45	2,06	4,11	100

Selbst wenn man diese Lohnsteigerungen von 70 bis 100 % für unbedingt richtig halten könnte, bedeuteten sie dennoch im Krieg keine Verbesserung der Lebenshaltung. Die Frauenlöhne waren eben früher viel zu niedrig, die Arbeiterin konnte damit ihre Lebensansprüche niemals befriedigen. Nun aber sind die Kosten des Unterhalts um 100 % und mehr gestiegen; bei einer Lohnsteigerung von 100 % wären also für die Frau die Verhältnisse genau

die gleichen geblieben oder richtiger: sie hätten sich noch verschlechtert. Bei dem niedrigen Lohn der Frauen fällt eine Erhöhung um 100 % schon am sich nicht mehr ins Gewicht; auch kann heute die Frau in ihren Ernährungsansprüchen nicht mehr weit hinter dem Mann zurückbleiben, es sei denn zu ihrem eigenen und dem Schaden der Produktion.

Der Deutsche Metallarbeiterverband trat denn auch in der Metallarbeiterzeitung vom 3. August 1918 den Behauptungen über die *Riesenverdienste* der Rüstungsarbeiter entgegen; durch eine viel angefochtene Erhebung stellte er für die Arbeiterinnen folgende Löhne fest:

»Die Wochenverdienste für 259 061 beteiligte Arbeiterinnen betragen: für 3764 12 bis 15 Mark, 13 031 15 bis 18 Mark, 6995 18 bis 20 Mark, 13 513 20 bis 22,50 Mark, 17 463 22,50 bis 25 Mark, 48 729 25 bis 30 Mark, 28 851 30 bis 35 Mark, 51 164 35 bis 40 Mark, 53 882 40 bis 45 Mark, 15 628 45 bis 50 Mark, 5517 50 bis 60 Mark, 524 über 60 Mark. Demnach verdienen: bis 20 Mark 23 790 Arbeiterinnen = 9,2 %, bis 30 Mark 79 705 Arbeiterinnen = 30,8 %, bis 40 Mark 80 015 Arbeiterinnen = 30,9 %, bis 50 Mark 69 510 Arbeiterinnen = 26,8 %, über 50 Mark 6 041 Arbeiterinnen = 2,3 %.«

Wird man auch nicht bestreiten wollen, daß in einigen Fällen noch erheblich höhere Löhne erzielt werden, so sind das doch keineswegs Phantasielöhne oder solche, die man als hoch oder gar außerordentlich hoch bezeichnen kann. Vor dem Krieg waren die Löhne der Arbeiterinnen in der Metallindustrie nur Ergänzungsgehälter; mit wenigen Ausnahmen sind sie das bis auf den heutigen Tag geblieben, und es besteht keine Aussicht, daß daran etwas geändert werden wird. Der übliche Lohn reicht zur Erhaltung einer selbständigen genügenden Existenz nicht aus sondern dient nur zur Ergänzung des Hauptverdienstes, den der Mann, der Vater oder andere Angehörige erzielen. Weil der Lohn der Frauen und Mädchen solch einen Ergänzungslohn darstellt, wird er auf einem niedern Stand erhalten werden. Nur eine starke gewerkschaftliche Organisation der Frauen könnte daran etwas ändern. Hieran aber fehlt es trotz allen Fortschritten noch recht erheblich. Freilich haben auch die Metallarbeiterinnen durch die Organisation der Männer eine Reihe von Vorteilen erreicht. Sie haben an der Verkürzung der Arbeitszeit, der Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der Betriebsverhältnisse teilgenommen. In dem wichtigsten Punkt aber, dem Arbeitslohn, sind sie hinter den Männern zurückgeblieben. Keine Klasse kann sich eben auf die Dauer ohne eigene tatkräftige Mitarbeit behaupten oder ihre Lage verbessern.

Nach einer Erhebung des Deutschen Metallarbeiterverbandes über die Frauenarbeit in der Metallindustrie während des Krieges vom September 1916 arbeiteten 54,3 % der in der Kriegsindustrie beschäftigten Frauen in Stücklohn und 45,7 % in Zeitlohn. Für die noch in der Friedensindustrie tätigen Arbeiterinnen liegen die Verhältnisse ganz ähnlich. Seit dieser Aufnahme dürfte sich das Verhältnis von Stück- und Zeitlohn noch verschoben haben. Die Arbeits- und Produktionsbedingungen waren der Ausbreitung der Stücklohnarbeit durchaus günstig, und die Annahme ist wohl nicht zu gewagt, daß heute mindestens 75 % der Frauen gegen Stücklohn beschäftigt sind. Der Grundsatz des gleichen Lohns für gleiche Leistung ist dabei nur in ganz verschwindendem Maß praktisch durchgeführt worden. Die eben zitierte Schrift sagt darüber:

»Bei der Erhebung wurde die Frage gestellt, ob die Frauen bei Stücklohn den gleichen Lohnsatz wie die Männer erhalten. Die eingegangenen Antworten geben Anlaß die Frage anders zu stellen, und zwar dahingehend, ob die Frauen bei gleicher Lei-

stung den gleichen Verdienst wie die Männer erreichen. . . Angaben wurden gemacht über die Verhältnisse in 1484 = 57,2 % der erfaßten Betriebe mit 195 171 = 73,2 % der erfaßten Arbeiterinnen. Nur in 278 Betrieben = 18,7 % erhielten Arbeiter und Arbeiterinnen die gleiche Entlohnung, während in 1206 Betrieben = 81,3 % die Entlohnung der Arbeiterinnen niedriger war. Nur 17 995 Arbeiterinnen = 9,2 % hatten den Vorteil der gleichen Entlohnung, 177 216 Arbeiterinnen = 90,8 % mußten sich mit geringerer Entlohnung begnügen.«

In der Regel erhalten die Arbeiterinnen nur die Hälfte, zuweilen sogar nur ein Drittel der Akkordlöhne der Männer; und ein Bericht zu der genannten Erhebung aus Köln sagt:

»Wenn die Männer wiederkommen und diese Arbeit wieder machen sollen, müssen die Preise um 75 bis 100 % erhöht werden.«

In umgekehrtem Verhältnis zum Lohn steht sehr häufig die Schwere und die gesundheitliche Gefahr der Arbeit. Diese besteht besonders häufig in der Entwicklung giftiger Gase und Dünste oder der Einwirkung von Säuren. Dazu kommen die zu Krankheiten, besonders für Lungentuberkulose disponierenden Wirkungen des Staubes. In seiner Untersuchung über die Schwindsucht der Arbeiter fand Sommerfeld, daß metallischer Staub die Lungentuberkulose außerordentlich begünstige, und stellte zum Beweis dafür die nachstehenden Zahlen auf:

Art des Berufs	Von je 1000	
	Lebenden sind gestorben an Lungenschwindsucht	Todesfällen kommen auf
Berufe ohne Staubeentwicklung	2,39	381,00
Berufe mit Staubeentwicklung	5,42	480,00
metallischem Staub	5,84	470,58
Kupferstaub	5,31	520,50
Eisenstaub	5,55	403,70
bleihaltigem Staub	7,79	501,00
organischem Staub	5,64	537,04
Leder- und Wollstaub	4,45	565,90
Woll- und Baumwollstaub	5,35	554,10
Holz- und Papierstaub	5,96	507,50
Tabakstaub	8,47	598,40
mineralischem Staub	4,42	403,43
im Durchschnitt	5,16	478,90
Berliner männliche Bevölkerung im Alter von mehr als 15 Jahren	4,93	332,30

Nach der vom Reichsgesundheitsamt bearbeiteten Krankheitsstatistik der Leipziger Ortskrankenkasse betragen in der Gruppe Metallverarbeitung die Erkrankungen an Tuberkulose für männliche Arbeiter 7,6 ‰, für weibliche 10,2 ‰ aller Erkrankungen, die Todesfälle an Tuberkulose für männliche Arbeiter 2,07 ‰, für weibliche 4,04 ‰ aller Todesfälle. Während die Männer in der Metallindustrie unter den anderen Berufen an 11. respektive 16. Stelle rangieren, stehen die Frauen sowohl in den Krankheits- wie in den Todesfällen an 2. Stelle. Noch höher sind nur die Erkrankungs- und Sterbeziffern der Arbeiterinnen auf Bauunternehmungen, von denen erfreulicherweise nur eine geringe Zahl existiert. Lagen nun schon im Frieden für die Frauen in der Metallindustrie die Dinge so ungünstig, obgleich man durch Arbeiterschutzmabnahmen und öffentliche Fürsorge die Ausbreitung der Tuberkulose bekämpfte und die bessere Ernährung der Krankheit Widerstand

bot, respektive die Heilung begünstigte, so kann man sich ungefähr ein Bild machen, wie die Tuberkulose nach dem Krieg unter den Arbeitern und besonders den Arbeiterinnen der Metallindustrie haufen wird. Nach der Meinung von Grubers muß eine länger dauernde merkliche Verschlechterung der Ernährung breiter Volksschichten aus irgendeinem Grund (unglücklicher Krieg, Störung des Handels) eine Wiederausbreitung der Schwindsucht zur Folge haben. In der Metallindustrie liegen leider die Voraussetzungen für die Erfüllung dieser düstern Prophezeiung vor. Die schwere und gesundheits-schädliche Arbeit wird ganz sicher auch die Geburtenziffern ungünstig beeinflussen. Wenn irgendwo, so rächt sich hier die verkehrte Maßnahme der Aufhebung der Arbeiterschutzgesetze, deren uneingeschränkte Wiedereinführung und Ausbau eine unbedingte Notwendigkeit wird.

Abgesehen von ethischen Gesichtspunkten lassen diese wirtschaftlichen und hygienischen Wirkungen der Frauenerwerbsarbeit in der Metallindustrie deren weitere Ausdehnung nach dem Krieg nicht wünschenswert erscheinen. Dazu kommt noch ein anderes Moment. Bald nach Beendigung des Krieges werden die Massenaufträge an Kriegsmaterial eingestellt werden, und damit muß auch die Massenfabrikation ein Ende finden, die heute die Frauenarbeit in der Metallindustrie notwendig macht und sie überhaupt erst ermöglichte. Zu Hunderttausenden werden die Arbeiterinnen dann aus diesem Gewerbe zurückströmen, wieder in ihren alten Berufen ein Unterkommen suchen oder als Erwerbslose gezwungen sein die öffentliche Fürsorge in Anspruch zu nehmen. Dieser Rückstrom der Arbeiterinnen aus der Metallindustrie wird auf die Arbeitslosigkeit im allgemeinen den stärksten und nachhaltigsten Einfluß ausüben. Die dann entstehende Not zu bannen reichen die gewerkschaftlichen Einrichtungen bei weitem nicht aus, ganz abgesehen davon, daß nur ein verschwindender Bruchteil von Frauen gewerkschaftlich organisiert ist. Der Deutsche Metallarbeiterverband zum Beispiel zählte Ende 1917 bei 310 664 männlichen 83 266 weibliche Mitglieder; auf 1 Mann kamen also 0,27 Frauen. In den anderen Organisationen ist es nicht besser. Hier muß also der Staat sofort eingreifen. Die Frauen haben ein Recht darauf, daß der Staat, der ihre Arbeitskraft jetzt so notwendig brauchte, ihnen dann über die ärgste Not hinweghilft. Ohne daß ich im einzelnen auf diese Frage der Übergangsfürsorge eingehen will, wollte ich nur darauf hinweisen, daß sie als notwendige Folge der ungeheuren Zunahme der Frauenarbeit in der Metallindustrie sehr bald die Öffentlichkeit wird beschäftigen müssen und, nicht zuletzt aus moralischen Gründen, ganz besondere Beachtung verdient. Hierher gehört auch die Frage des Arbeitsnachweises, die im einzelnen hier bereits von anderen eingehend behandelt wurde.

Ohne Zweifel werden die günstigen Erfahrungen, die man während des Krieges mit der Frauenarbeit gemacht hat, später nutzbringend verwandt werden. Aber im wesentlichen wird es sich dabei stets nur um die Arbeitsgebiete handeln, in denen Massenfabrikation in Frage kommt. Wo handwerksmäßige Geschicklichkeit und Berufserfahrung nötig sind, wird die Frau nach wie vor zurücktreten. Und die Versuche einer vollen Berufsausbildung junger Mädchen erfassen in der Metallindustrie eine zu geringe Zahl von Arbeiterinnen, als daß dadurch der Männerarbeit eine ernsthafte Konkurrenz erwachsen könnte. Gleichviel wie für uns der Krieg ausgeht, wird zudem der Mangel an Rohstoffen und der Verlust an Absatzgebieten für Massenartikel

für die ersten Jahre nach dem Krieg eine Umstellung der deutschen Metall- und Maschinenindustrie auf andere Fabrikationszweige erforderlich machen und schon damit wieder den Frauen zahlreiche Beschäftigungsmöglichkeiten rauben. Um nur ein Beispiel zu nennen: Werden wir einen wirtschaftlichen Anschluß nach dem Osten aufrechterhalten können, so wird eine bedeutende Nachfrage nach landwirtschaftlichen Maschinen entstehen, und viele Fabriken werden sich ihrer Fabrikation zuwenden.

Endlich wird den Frauen in der Metallindustrie eine scharfe Konkurrenz erwachsen einerseits in der großen Schar der Kriegsinvaliden, die ihre Berufskennntnisse bei billigem Lohn verwerten und so dem Unternehmer willkommener sein werden als die ungeübten Arbeiterinnen, und andererseits in den jugendlichen und den ungelerten und angelernten erwachsenen männlichen Arbeitern. Die Lehrlingsausbildung hat einen begreiflichen Schaden erlitten. Statt einen Beruf zu erlernen, haben es viele junge Leute vorgezogen besser bezahlte Hilfsarbeiter zu werden. Lehrlinge aus anderen Berufen verließen ihre Lehrstellen und zogen in Scharen in die Rüstungsindustrie. Ebenso fanden erwachsene gelernte und ungelernete Arbeiter aller Altersklassen im Metallgewerbe lohnende Beschäftigung. Sie alle gewannen eine gewisse Berufsbildung, die sie später werden verwerten wollen. Jahrhundertelange Vererbung und Erziehung, bessere körperliche Disposition verleihen aber hier dem Mann gegenüber der Frau einen Vorsprung, der sich bei der zu erwartenden Konkurrenz der Geschlechter bemerklich machen wird. Und besonders, wo die männliche Arbeitskraft relativ im Preis nicht höher steht als die weibliche (und bei dem erhöhten Angebot an Arbeitskräften dürfte ein empfindlicher Lohnrückgang auch für Männer unvermeidlich sein) und wo aus hygienischen Gründen für die Frauen noch Arbeitseinschränkungen gemacht werden müssen, wird dem Mann der Vorzug gegeben werden. Ohne alle Frage ist auch hierdurch ein allgemeiner Lohnniedergang für alle Arbeiter zu erwarten. Hierauf muß sich die zukünftige Arbeitsmarktpolitik einstellen, und andererseits muß mit schweren wirtschaftlichen Kämpfen gerechnet werden.

Die Frauenarbeit in der Metallindustrie in ihrem heutigen Umfang und ihrer heutigen Form wird nur eine Episode in dem gewaltigen sozialen Ringen der Völker und Klassen darstellen. Ihre Folgen werden noch kommenden Generationen fühlbar werden. Die Aufgabe der Gegenwart ist es nicht nur das Los der Frauen erträglich zu machen, die das tolle Würfelspiel des Lebens in den Arbeitsmarkt hineingerissen hat, um sie später wieder hinauszuschleudern, sondern auch die Gefahren abzuwenden, die der Arbeiterklasse durch die Entwicklung der Dinge drohen. Hier kann nur praktische Wirtschafts- und Sozialpolitik helfen.

# RUNDSCHAU

## ÖFFENTLICHES LEBEN

Gewerkschaftsbewegung / Wilhelm Buck

Allgemeine  
Übersicht:

Die Gewerkschaftszentralen der bedeutendsten Länder hielten in letzter Zeit Zusammenkünfte ab und erließen Veröffentlichungen, die trotz der bestehen-

den Trennung der Völker und der Unmöglichkeit einer Verbindung unter einander eine Gemeinsamkeit des Willens erkennen lassen und zu der Hoffnung berechtigen, daß die Gewerkschaftsinternationale nach Kriegsbeendigung bald den notwendigen Zusammenschluß finden wird.

den bestehenden

In Wien nahm am 28. und 29. Juli eine Konferenz der Vorstände österreichischer Gewerkschaften Stellung zu den Fragen der Ernährung, der Arbeitszeitverkürzung, der Militarisierung der Arbeitsbetriebe und der Schaffung eines Hilfsdienstgesetzes nach deutschem Muster. Die Sehnsucht nach dem Frieden kam in der Konferenz durch nachstehende Resolution zum Ausdruck: »Die Konferenz der internationalen österreichischen Gewerkschaftsverbände, besucht von Vertretern der organisierten Arbeiter aller größeren Nationen des Reiches und einberufen zur Beratung von Maßnahmen, die geeignet sind die arge Kriegsnot für die Arbeiterschaft möglichst hintanzuhalten oder doch zu mildern, erhebt als ihre wichtigste Forderung die nach dem allgemeinen, auf Grundlage der Verständigung aller im Kriege stehenden Staaten beruhenden Frieden. Sie entbietet den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern sämtlicher Länder, allen Klassengenossen, welche gleich ihr die baldigste Beendigung des Blutvergießens, der Zerstörung aller menschlichen Kultur anstreben, ihre herzlichsten Grüße und erklärt, daß die Abhaltung einer gemeinsamen Tagung der Gewerkschaftsverbände der ganzen Welt den in allen Ländern vorhandenen Friedenswillen stärken und fördern würde. Ihrem Grundsatzes getreu, strebt die Konferenz die Verbrüderung der arbeitenden Menschen der ganzen Welt an. Schon deshalb ersehnt sie die Schaffung eines allgemeinen Staatenbundes der Völkerfreiheit, des dauernden Weltfriedens. Die Konferenz erklärt mit allem Nachdruck, daß diese hehren Postulate nicht durch fortgesetzten Menschenmord, durch fortgesetzte Vernichtung von Kulturwerten gefördert sondern im Gegenteil arg kompromittiert und behindert werden. Wie der Krieg selbst, ist auch dessen Fortsetzung, sie möge unter welchem Vorwande immer verlangt werden, ein verdammenswertes Beginnen, welchem auf geeignete Art entgegenzuwirken derzeit das wichtigste Gebot der gewerkschaftlichen Internationale ist.«

Auch aus Frankreich dringt das heiße Verlangen nach baldiger Beendigung des alles vernichtenden Krieges in die Welt. Die Confédération générale du Travail forderte in einem offenen Schreiben an die französische Volksvertretung die Bekanntgabe der Kriegsziele und sagte dabei unter anderm: »In dieser besonders ernsten Stunde verlangen wir

genaue Bekanntgabe der Kriegsziele und der allgemeinen Friedensbedingungen. Weiter fordern wir, daß die gesamte Nation den Gang der Begebenheiten scharf überwachen kann, damit keinerlei Möglichkeit eines gerechten und dauerhaften Friedens verpaßt wird; daß jede Unterdrückungspolitik aus unseren Sitten verschwinde; daß die persönliche Freiheit betreuert wird von einer Justiz, die unparteiisch ist und unabhängig von der Staatsgewalt, den Parteien und Kasten; und schließlich verlangen wir, daß die Arbeiterbewegung ihre nationale wie internationale Aufgabe in voller Gedanken- und Handlungsfreiheit erfüllen kann.« Da sich nun der Anfang Oktober abgehaltene französische sozialistische Parteitag den Geist dieses Aufrufs ebenfalls zu eigen gemacht hat, ist eines der Hindernisse für eine Wiedernäherung der europäischen Arbeiterparteien beseitigt.

Vom 18. bis zum 20. Juli tagte in Amsterdam der holländische Gewerkschaftskongreß. Das holländische Parteiorgan Het Volk berichtet darüber unter anderm: »Der bedeutungsvollste Kongreß unseres Gewerkschaftsverbandes hat ein besonders merkwürdiges und erhabenes Schauspiel geboten, indem Vertreter der belgischen und der deutschen Arbeiter als geladene Gäste an dem selben Tische zusammensaßen. Von deutscher Seite war Sassenbach /Berlin/ als Vertreter der deutschen Gewerkschaften, von belgischer Seite Mertens, Solau und Jamar, Sekretäre belgischer Arbeiterorganisationen, anwesend.«

Auch in den nicht direkt am Kampf beteiligten neutralen Ländern hat der jahrelange Krieg die gleichen verheerenden Wirkungen im wirtschaftlichen Leben gezeitigt wie in den Kriegsländern selbst. Zu den Problemen, die sich daraus ergeben, nehmen deshalb überall die Gewerkschaftsorganisationen Stellung. Der Schweizerische Gewerkschaftsbund veröffentlichte in der Gewerkschaftlichen Rundschau vom Juli 1918 Forderungen zur Übergangswirtschaft. Sie geben, ähnlich den von der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands aufgestellten, Richtlinien für die soziale, wirtschaftliche und gewerkschaftliche Betätigung in der Übergangszeit, die die Arbeiter- und Angestelltenschaft vor wirtschaftlichem Niedergang nach dem Krieg bewahren sollen.

Auch die Verhandlungen des 50. eng-

lischen Gewerkschaftskongresses, der am 2. September in Derby eröffnet wurde und von ungefähr 880 Delegierten, den Vertretern von 4½ Millionen Gewerkschaftsmitgliedern, besucht war, standen ganz unter dem Zeichen der Kriegspolitik. Von den 100 Resolutionen, die vorgelegt wurden, behandeln die meisten Kriegs- und Friedensfragen, daneben aber auch Arbeiterschutz, Wirtschaftspolitik, die Gewerkschaftsinternationale und das Verhältnis der Gewerkschaften zu den politischen Parteien. Der Antrag der Textilarbeiter die Regierung aufzufordern, daß sie so schnell wie möglich Verhandlungen zwischen den kriegführenden Ländern zur Erzielung eines gerechten Friedens herbeiführe, erhielt keine Stimmenmehrheit; ebensowenig wurde freilich die besonders von Havelock Wilson vertretene Anschauung gebilligt, daß Deutschland nach dem Krieg nach jeder Hinsicht boykottiert werden müsse. Der Führer der amerikanischen Gewerkschaften Gompers nahm an den Verhandlungen in Derby teil. Er wirkte nicht für die Verständigung zwischen den Gliedern der Arbeiterinternationale. Dagegen beteuerte der Vorsitzende des Kongresses Ogden seinen festen Glauben an die Arbeiterinternationale und gab der Hoffnung Ausdruck, daß bald eine Übereinstimmung über die Bedingungen zu erzielen sein würde, unter denen eine internationale Konferenz zustande kommen könne.

Am 10. und 11. September tagten in Berlin die Vorstände der deutschen Gewerkschaften zusammen mit der Generalkommission. Der Vorsitzende Lejgen verteidigte in einer, auch in den Tageszeitungen veröffentlichten Rede noch einmal die Haltung der deutschen Arbeiterschaft im Krieg. Gegen den Führer der American Federation of Labor Gompers erhob er die Anklage, er sei nach Europa gekommen, nicht um den auch in England aufflammenden Willen zu einer Völkerverständigung zu beleben sondern um ihn zu ersticken.

1917

Im Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands vom 17. August 1918 wurde der vorläufige Bericht über den Stand der 47 der Generalkommission angeschlossenen Zentralverbände für das Jahr 1917 bekannt gegeben. Allgemein kann eine erfreuliche Aufwärtsbewegung in den Mitgliederzahlen und der Finanzlage

der Verbände konstatiert werden. Ende 1917 waren wieder 1 264 714 Mitglieder vorhanden gegen 934 834 am Schluß des Jahres 1916; die Verbände hatten sich also im Berichtsjahr um rund 330 000 Mitglieder vermehrt. Wie die inzwischen veröffentlichten Gewerkschaftsberichte erkennen lassen, hält diese Steigerung weiter an. Die Einnahmen sind auf 39 189 398 Mark gestiegen, die Kassenbestände ohne den Bestand des Metallarbeiterverbands, der keine Angaben darüber gemacht hat, auf 70 717 419 Mark. Die Auflage der Gewerkschaftspressen stieg auf 1 483 629 Exemplare. Der Berichterstatter schreibt am Schluß des vorläufigen Berichts: »Diese kurzen Mitteilungen aus der demnächst erscheinenden Gewerkschaftsstatistik zeugen von dem lebhaften Aufschwung, den die deutschen Gewerkschaften im Berichtsjahre zu verzeichnen haben. Daß dieser Aufschwung schon im Kriege einsetzen würde, hatte kaum jemand zu hoffen gewagt. Um so größer darf die Genugtuung über die Festigkeit unseres Organisationsgebäudes sein, die unsere Gewerkschaften die schwere Erschütterung des Krieges so verhältnismäßig schnell überwinden ließ.«

Das Organ der österreichischen Gewerkschaftskommission Die Gewerkschaft hat am 23. Juli 1918 einen detaillierten Bericht über die Entwicklung der 48 der Kommission angeschlossenen Verbände gegeben. Ende 1917 gehörten den Gewerkschaften 311 068 Mitglieder an, darunter 79 002 weibliche. Die Metallarbeiter hatten 107 018, die Eisenbahner 55 061, die Textilarbeiter 30 829, die Bergarbeiter 14 673, die chemischen Arbeiter 13 318 Mitglieder usw. Die Einnahmen stiegen seit 1916 um 1 303 000 Kronen und erreichten damit die Summe von 5 939 412 Kronen. Dieses Ergebnis ist unter Berücksichtigung der Kriegsverhältnisse, die in Österreich schlimmer hervortreten als bei uns, als sehr erfreulich zu bezeichnen.

**Arbeiterlöhne** Seit geraumer Zeit berichteten Blätter der verschiedensten Parteirichtungen über die hohen Löhne hauptsächlich der in der Rüstungsindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen, die danach in einzelnen Fällen schon bis zur Höhe von Ministergehältern gestiegen sein sollen. Durch diese systematisch ausgestreuten Behauptungen von unerhört hohen Arbeitsverdiensten soll die Aufmerksamkeit von den riesigen Gewinnen

einer großen Zahl industrieller Unternehmungen abgelenkt und Stimmung gegen weitere Forderungen der Arbeiter auf Lohnerhöhung gemacht werden, wie sie bei der sprunghaft steigenden Teuerung verschiedener Nahrungsmittel immer wieder gestellt werden müssen. Um die Notwendigkeit solcher Lohnforderungen nachzuweisen und den übertriebenen Gerüchten über die Lohnhöhen durch Zahlenmaterial entgegnetreten zu können, stellte der Metallarbeiterverband in seinen 11 Verbandsbezirken Erhebungen über die gezahlten Löhne an, von denen insgesamt 796 006 Arbeiter erfaßt wurden. Sie ergaben folgendes Resultat:

Arbeiter Stundenlohn Pfennig	Anzahl	Arbeiterinnen Stundenlohn Pfennig	Anzahl
bis 40	147	20 bis 25	3 753
40 bis 50	3 001	25 " 30	11 729
50 " 75	89 949	30 " 35	9 189
75 " 100	154 980	35 " 40	15 881
100 " 125	135 730	40 " 45	25 360
125 " 150	58 814	45 " 50	83 551
150 " 175	46 098	50 " 55	28 113
175 " 200	11 001	55 " 60	14 151
200 " 225	5 976	60 " 75	76 715
225 " 250	3 483	75 " 90	9 165
250 " 275	755	90 " 100	30 695
275 " 300	11	100 " 125	759

Die Richtigkeit dieser Resultate wird nach den Mitteilungen des Reichsarbeitsblatts vom 27. April 1918 auch durch die vom Kaiserlichen Statistischen Amt angestellte Umfrage über die Steigerung der Löhne von März 1914 bis September 1917 bestätigt. Nach diesen amtlichen Ermittlungen trat bei einem Teil der Arbeiter in der angegebenen Zeit eine Steigerung von 109,1 %, bei den Arbeiterinnen von 112,7 % ein. Noch einwandfreieres Material ergeben die Jahresberichte der 68 gewerblichen Berufsgenossenschaften. Danach stieg der Lohn eines Vollarbeiters, der im Jahr 1913 1215,35 Mark betrug, im Jahr 1916 durchschnittlich auf 1400,99 \* Mark. Im Jahr 1917 trat eine weitere Steigerung ein, aber nicht in der in der Öffentlichkeit angenommenen Höhe. 1917 betrug die Zahl der bei den 8 großen Eisen- und Stahlberufsgenossenschaften beschäftigten Vollarbeiter 1 701 605; an diese wurden 3724 Millionen Mark Lohn gezahlt, es kam somit auf einen Arbeiter ein Jahresarbeitsverdienst von 2088 Mark, also kein Ministergehalt. Die Knappschaftsberufsgenossenschaft veröffentlichte auch bereits den Geschäftsbericht für 1917. Danach waren in 1927 Betrieben 777 510

Arbeiter beschäftigt, an die 1 871 060 264 Mark Lohn gezahlt wurden. Es entfiel also auf einen Arbeiter ein Jahreslohnbetrag von 2406,48 Mark gegen 1587,52 Mark im Jahr 1913. Danach beträgt die Steigerung 51,6 %, stellt somit bei weitem keinen Ausgleich für die Erhöhung der Kosten des Lebensbedarfs dar. Auch in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung vom 5. August wird zugegeben, daß die Redereien der Presse und der Bierbankunterhaltungen über die Riesenverdienste der Arbeiter phantastische Übertreibungen sind. Gegenüber der Kritik der Zeitschrift Der Arbeitgeber vom 15. August 1918 an der Enquete des Metallarbeiterverbandes und dem Versuch des Berliner Großindustriellen Borsig in der Vossischen Zeitung die von ihr ermittelten Ergebnisse als irreführend hinzustellen ist nur auf die amtlichen Aufnahmen der Berufsgenossenschaft hinzuweisen, die diese Ergebnisse bestätigen.

**Arbeiterlage** Der Vorstand des Dachdeckerverbandes richtete Ende Juli eine Eingabe an das Reichsamt des Innern, in der die Notlage der baugewerblichen Arbeiter eingehend dargelegt wird. Es heißt darin: »Not und Sorgen unserer Mitglieder zwingen uns an das Reichsamt des Innern einen Warnungsruf zu richten. Es geht so nicht mehr weiter. Unsere Kollegen gehen körperlich zugrunde. Seit 2 Jahren steigen die Preise für Gebrauchsgegenstände in geradezu unverschämter Weise. Waren, die in Deutschland hergestellt werden, sind um 300 bis 400 % und mehr teurer geworden. Um ein Paar Arbeitshosen zu kaufen, die früher mit 4 bis 5 Mark bezahlt wurden, dazu gehört jetzt ein Wochenlohn. Wir haben in 4 Jahren 50 % an Lohnerhöhungen bekommen, schöne Gewinnsucht aber hat alles um 200 % verteuert. Daran ist jedoch nicht der Krieg, sondern die Gier nach Kriegsgewinn schuld. Trotz 50prozentiger Lohnerhöhung müssen unsere Kollegen darben. Es reicht nicht für die Schleichhandelspreise, von den rationierten Waren werden sie nicht satt. Sie haben nichts mehr anzuziehen. Jede Woche wird das schlimmer. Verschiedene Artikel sind heute um das 20fache im Preis gestiegen, der Lohn nur um die Hälfte. Wir können nicht mehr mit, wir sind am Ende. Es gibt nur noch ein Entweder-oder. Entweder die Regierung findet den Mut die elenden Preistreiber wirklich aufzuhängen, wenn es Galgen genug gibt für



sie, oder sie stellt den Bedarf für die Arbeiter sicher wie die Kleidung für die Soldaten. Mit einem Wort, die Regierung sehe schnell ein, daß wir so, wie es heute geht, einfach wirtschaftlich erdrückt werden. Unsere Schränke, unsere Kästen sind leer, unsere Ersparnisse liegen in den Geldschränken der Wucherer, unsere Kinder haben nichts mehr anzuziehen, der Rest verkommt, weil nichts mehr gereinigt werden kann. Mit unserm Blut und unseren Knochen treibt die Gesellschaft der Hyänen auf dem wirtschaftlichen Schlachtfeld einen schwunghaften Handel, wir sind gezwungen unser eigenes Fleisch von den Kriegsgewinnlern zurückzukaufen — es geht einfach über unsere Kraft. Das alles sind Dinge, die mit dem Krieg nichts zu tun haben und abgestellt werden können. Wenn es so weiter geht, dann hilft kein Reden, keine schöne Geste, kein Hinweis auf die Wichtigkeit der Landesverteidigung, kein Wechsel auf eine schönere Zukunft, kein Versprechen, daß unsere Kindeskiner einmal das gleiche Wahlrecht bekommen werden; uns Arbeiter grinst dann in kurzer Zeit der völlige Zusammenbruch an. Wir erkennen die Landesverteidigung an, aber wir verweigern das Recht uns öffentlich zu versteigern, unsere letzte Nervenzelle in Kriegsgewinn zu verwandeln. Man weiß scheinbar nicht, wie es in Wirklichkeit aussieht. Nirgends finden wir ein Verständnis für unsere Lage. Die Arbeiter in unserm Beruf können sich kaum mehr helfen, sie müssen zusehen, wie sie bei lebendigem Leibe geopfert werden. Hier hilft nur sofortiges Eingreifen der Regierung. Genügende Teuerungszulagen auf der einen, Sicherstellung der nötigen Bedarfsartikel auf der andern Seite. Aber das muß rasch geschehen. Wir ersuchen um schnellste Vermittlung, so oder so.«

**Kurze Chronik** Der 2. Vorsitzende der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands Gustav Bauer ist als Staatssekretär des neugeschaffenen Reichsarbeitsamts in die neue deutsche Regierung eingetreten. ◊ Von den 7655 Mitgliedern, die am Schluß des 2. Quartals 1914 dem Gärtnerverband angehörten, wurden nach einem Bericht der Verbandsleitung bisher insgesamt 95 % zum Heeresdienst eingezogen. Trotzdem findet auch in diesem Verband eine Aufwärtsbewegung der Anzahl der Mitglieder statt.

**Literatur** Für das Jahr 1917 sind bisher weiter folgende Jahresberichte erschienen: Geschäftsbericht des Zentralvorstandes der Schuhmacher für 1916-1917, Jahresbericht des Tabakarbeiterverbandes 1917, Jahrbuch des Textilarbeiterverbandes, Bericht des Vorstandes des Buchbinderverbandes, Jahresbericht 1917 des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Jahr- und Handbuch des Metallarbeiterverbandes für 1917, Jahrbuch des Verbandes der Maler 1917. Außerdem haben noch die größeren Arbeitersekretariate und Gewerkschaftskartelle Tätigkeitsberichte veröffentlicht, die im einzelnen zu besprechen unmöglich ist. Alle diese Publikationen sind Nachschlagewerke für die Funktionäre und besonders interessierte Mitglieder, Studienhilfswerke für den Sozialpolitiker. ◊ Der Vorsitzende des Gesamtverbandes der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine Gustav Hartmann gibt in einer Broschüre 50 Jahre Deutsche Gewerkvereine /Jena, Gustav Fischer/ einen Überblick über Werden und Wirken der deutschen Gewerkvereine von ihrem Gründungsjahr 1868 an bis auf die Gegenwart. Gegen die geschichtliche Darstellung der Gründungszeit läßt sich verschiedenes einwenden. Hartmann übersieht, daß schon damals Gewerkschaften bestanden, daß die Gewerkvereine ihre Vorbilder in früheren Organisationen hatten und überall in Deutschland zur Organisation treibende Kräfte vorhanden waren, die auch ohne Hirsch, ohne von Schweitzer und andere die Arbeiterschaft zum Zusammenschluß in Berufsverbänden gedrängt hätten. In späteren Abschnitten behandelt Hartmann die Stellung der Gewerkvereine zu den anderen Berufsorganisationen, den freien, christlichen und gelben Verbänden. Den Gelben erteilt der Verfasser eine deutliche Absage, weil sie sich von der Bevormundung der Unternehmer nicht freigemacht und in deren Interesse gewirkt hätten. Den freien Gewerkschaften wirft er Terrorismus, den christlichen Unduldsamkeit und falsche Beurteilung der Gewerkvereine vor. Das Fehlen einer gewerkschaftlichen Einheitsorganisation ist auch nach Hartmanns Meinung ein Schaden für die Arbeiterschaft; er könnte aber nur behoben werden, wenn sich die freien und christlichen Gewerkschaften die Grundsätze der Hirsch-Dunckerschen zu eigen machten. Demgegenüber ist zu bemerken: Wenn auch die freien Ge-

werkschaften selbstverständlich auf dem Weg, den sie einmal für richtig erkannten, nicht umkehren werden, so braucht man doch die Hoffnung nicht aufzugeben, daß einmal eine solche Einheitsorganisation zustande kommt; sie wird sich vielleicht nach dem Krieg als nötig erweisen, um die Arbeiterschaft vor dem wirtschaftlichen Zusammenbruch und materiellem Elend zu retten. Dann aber werden die Arbeiter sich um die Organisationen scharen, die bisher ihre geschichtliche Mission erfüllten. Die Schrift ist jedenfalls den Arbeitern zur Lektüre zu empfehlen.

### Frauenbewegung / Dora Landé

**Industrielle Arbeit** Niemals im Verlauf der Geschichte ist wohl das weibliche Geschlecht in gleichem Umfang wie in diesem Krieg in die Kriegswirtschaft hineingezogen und mit ihr verflochten worden. Denn kaum ein Krieg der Vergangenheit hatte alle menschlichen Kräfte derart absorbiert. Keiner hatte als Hintergrund ein so kompliziertes Wirtschaftsgetriebe vorgefunden, keiner vor allem fand die Frauenwelt in gleichem Maß zur Mitwirkung geeignet und vorbereitet. In welcher geistigen Verfassung wird nun das weibliche Geschlecht aus diesem Krieg hervorgehen? Wird es in der Hauptsache weiter dazu verdammt sein Hilfsarbeit zu leisten? Die sozial höheren und mittleren Schichten der weiblichen Bevölkerung, soweit sie vorher ausgebildet waren, sind zu unzähligen qualifizierten geistigen Arbeiten herangezogen worden, die man ihnen bisher vorenthalten hatte; ebenso die große Schar derjenigen, die durch vermehrte Nachfrage veranlaßt wurden sich eine höhere Ausbildung anzueignen. Sie alle werden aus dem Krieg einen ungeheuren geistigen und sozialen Gewinn davontragen. Und die Mehrzahl wird auch gezwungen sein die einmal errungenen Fähigkeiten weiter zu betätigen, weil sie in vorher nie geahnter Weise auf ihre eigene Kraft angewiesen sein wird. Nicht nur die Ledigen, sondern vor allem auch die verwitweten Familienmütter. Einen großen Teil der Elite der Frauen wird man auf den vorgeschobenen Posten, die sie sich erobert haben, lassen müssen. Wie wirkt der Krieg, und wie wird er in Zukunft auf die Proletarierinnen wirken? Wegen der begrenzten Möglichkeit trotz günstigster Konjunktur große Lohn-

kämpfe durchzuführen, ist eine dauernde materielle Verbesserung nur in geringem Umfang zu erwarten. Im übrigen ist die Arbeiterin durch die Aufhebung der Schutzgesetze körperlich derart überlastet und seelisch niedergedrückt, daß sie nur schwer zu einem geistigen Aufstieg wird gelangen können. Immerhin ist es möglich, daß die Kriegsnot auch für sie manches Problem, selbst geistiger Art, der Lösung näher bringen dürfte als es viele Friedensjahre vermocht hätten.

Neben unzähligen Veröffentlichungen über die weibliche Arbeit in einzelnen Industriezweigen mehren sich jetzt auch Darstellungen, die uns eine Gesamtübersicht über die industriellen Leistungen der Frau während des Krieges und deren Folgen geben. Der Wiener Verein Die Bereitschaft, der im Anzengruberverlag schon eine Reihe wertvoller Arbeiten über die österreichische Kriegswirtschaft veröffentlicht hat, unternimmt es nun in einer Fachgruppe für soziale Frauenarbeit die gesamte Arbeit der Frau im Krieg in Einzeldarstellungen bearbeiten zu lassen. Die 1. dieser Schriften ist eine Arbeit Emmy Freundlichs Die industrielle Arbeit der Frau im Kriege. Obwohl die Verfasserin Österreicherin ist, legt sie doch ihrer Betrachtung in der Hauptsache deutsche Verhältnisse zugrunde, da, wie es scheint, bei uns reicheres statistisches Material zur Verfügung steht als in ihrer Heimat. Im übrigen zeigt sie, wie sich in allen kriegführenden Ländern der gleiche verhängnisvolle Prozeß vollzieht: Ein rasend überstürztes Tempo der Zunahme der weiblichen Industriearbeit mit allen Schrecknissen, die im Frieden schon angedeutet waren und die eine so gewaltige Krisis wie der Weltkrieg in tausendfacher Vergrößerung heraufbeschwören mußte. Materielle Not, die aufdringliche Propaganda von seiten des Unternehmertums, die es selbst Müttern mit einer zahlreichen Kinderschar als vaterländische Pflicht hinstellt schwerste Fabrikarbeit auf sich zu nehmen, endlich die Aufhebung sämtlicher Schutzbestimmungen: das alles hat im Lauf der letzten 4 Jahre bei uns und in Österreich, ebenso vermutlich auch in den übrigen kriegführenden Staaten, Zustände geschaffen, wie sie schlimmer kaum zu Anfang des 19. Jahrhunderts vor dem Beginn irgendeiner Schutzgesetzgebung gedacht werden können. Schon vor dem Krieg war das weibliche Geschlecht an der Produktion der Welt

ungefähr mit einem Drittel beteiligt. Jetzt beschäftigt ein großer Teil der deutschen und der österreichischen Industrien schon mehr Frauen als Männer. Wir wissen ja, daß auch in Friedenszeiten trotz allen Schutzbestimmungen die Frau noch vielfach zu Arbeiten verwendet wurde, die für sie selbst und für die kommende Generation den Ruin bedeuteten. Jetzt sind plötzlich alle Dämme niedergefallen. Während beispielsweise vor dem Krieg bei uns und in Österreich die Verwendung von Frauen unter Tage verboten war, arbeiteten nach amtlichen Berichten schon im Jahr 1916 in deutschen Bergwerken 35 528 Frauen. Überall werden sie wie die Männer zu den gefährlichsten und gesundheitsschädlichsten Arbeiten herangezogen, so im Baugewerbe, in der gesamten Industrie der Steine und Erden, vor allem in der Munitionsindustrie. Hier ist die Arbeit überall nicht nur mit entsetzlichen Betriebsgefahren sondern auch mit körperlich ungeheuer schweren Verrichtungen verbunden, zum Beispiel beim Heben von Geschossen, die ein Gewicht bis zu 80 Pfund haben. Und das wiederholt sich oft 100 mal an einem Tag. Wir kennen diese Tatsachen ja zur Genüge aus der gewerkschaftlichen Presse. Mit vollem Recht weist Freundlich auf die Mängel einer Organisation hin, die das weibliche Geschlecht von der Hauswirtschaft der Armee ausschließt und infolgedessen viele Tausende von gesunden Männern in der Etappe mit verhältnismäßig leichten Arbeiten beschäftigt, während zu gleicher Zeit Frauen in den Fabriken in einer Art ausgenutzt werden, die alle Bemühungen der Bevölkerungspolitiker wirkungslos macht und sich noch an vielen späteren Generationen rächen wird. Diese Art Entwicklung ist natürlich vor allem der Tatsache zuzuschreiben, daß die Frau ein ebenso billiges wie williges Arbeitswerkzeug ist, durch die Kriegsnot in noch schlimmerer Art als im Frieden. Bieten sich doch zahllose Frauen in ihrem Unverstand direkt zur Nacharbeit an, um am Tag der Hauswirtschaft und ihren Kindern leben zu können. An einer ganzen Reihe von Lohnstatistiken und Angaben von Arbeitszeiten zeigt Freundlich, bis zu welcher unerhörten Ausnutzung weiblicher Arbeitskraft sich das Unternehmertum versteigt, wie sich aber auch die Frau aus Not und Einsichtslosigkeit willenlos dieser Tyrannei unterwirft und damit immer mehr Männer von der

schweren Arbeit fort in die Etappe treibt.

Die schlimmste Ausnutzung in Deutschland, was Lohndruck und Arbeitsüberlastung angeht, scheint in der oberschlesischen Großeisenindustrie zu herrschen, aber auch in allen anderen Gegenden ist die Ausbeutung arg. Auffallender als in Friedenszeiten zeigt sich jetzt im Krieg, wo die Frauen in unzähligen Betrieben die selbe Arbeit tun wie die Männer und auch das gleiche oder doch annähernd das gleiche Quantum Arbeit leisten, der gewaltige Unterschied zwischen männlichen und weiblichen Löhnen. Die Verfasserin plädiert natürlich für die Durchführung des Prinzips gleichen Lohnes für gleiche Leistung. Darin und in wirksamen Schutzbestimmungen wären die besten Mittel gegeben, um nach dem Krieg die Frauen aus den Betrieben und Arbeiten zu entfernen, die körperlich für sie schädlich sind, und um dem Mann wieder seinen Arbeitsplatz freizumachen. Denn je mehr Schutzbestimmungen für das weibliche Geschlecht, je mehr der Lohn der Frau sich dem des Mannes nähert, desto weniger Veranlassung für den Unternehmer weibliche Arbeitskräfte zu verwenden. Immerhin sind es doch 2 Argumente, die der Unternehmer trotz aller Gleichheit der männlichen und weiblichen Arbeitsart, wie sie nach dem Krieg vielfach bestehen wird, für die geringere Entlohnung der Frauenarbeit ins Feld führen kann: Einmal in vielen Fällen die geringere Leistung der Frau in der Zeiteinheit, wodurch eine genügende Ausnutzung der Maschine verhindert wird. Dann der größere Wechsel der weiblichen Arbeitskräfte, der eine stärkere Belastung der Verwaltungskosten bedeutet und der vor allem die Entwicklung zur Qualitätsleistung hindert. Das hat die sozialistische Verfasserin ebenso außer acht gelassen, wie es die meisten bürgerlichen Frauenrechtlerinnen tun. Freilich rechtfertigen diese Differenzen nur einen sehr geringen Unterschied in der Lohnbemessung, vielleicht 1 bis 2 %, aber nicht 15 bis 30 %, wie er in Wirklichkeit existiert. Eine äußerst wichtige Frage, die Emmy Freundlich nur hier und da gestreift hat, scheint mir die nach der künftigen Entwicklung der Art der Frauenarbeit zu sein, nach dem Grad, in dem die Frau, angesichts der guten Erfahrungen während des Krieges, auch später mehr als bisher zu qualifizierter Arbeit herangebildet werden könnte. Die Fähig-

keit dazu ist wohl zur Genüge erwiesen worden. Ebenso scheint die Not des Krieges zu zeigen, daß man bei Erlernung von Fabrikhandwerken, die bisher der Frau so gut wie verschlossen gewesen sind, zum Beispiel der Dreherei und Schlosserei, der Feinmechanik usw., selbst bei Frauen mit einer geringern Lehrzeit als der üblichen auskommen kann. Allerdings muß vorläufig dahingestellt bleiben, ob hier nicht schon wieder eine weitere Arbeitszerlegung und Mechanisierung stattgefunden hat, die die gelernte Arbeit in eine angelernte verwandelt. Immerhin, wenn vor dem Krieg starke soziale Gründe, das heißt die Tatsache vor allem, daß die meisten Frauen die Fabrikarbeit nur als vorübergehenden Zustand betrachteten, gegen die Erlernung eines Handwerks sprachen, so mögen bei der ungeheuren Männereinbuße solche Gründe vielleicht für lange Zeiten hinfällig geworden sein. Falls die erschwerte Heiratsmöglichkeit auch auf das Proletariat übergreifen würde, so wäre dies vom sozialen Gesichtspunkt aus zwar äußerst beklagenswert. In beruflicher Beziehung aber würde die Proletarierin zweifellos damit gewinnen. Denn es könnte unter diesen Verhältnissen eher als bisher ein Stand gut ausgebildeter mehr oder weniger qualifizierter Arbeiterinnen entstehen, der seine Arbeit als Lebensberuf betrachtet. Und diese neue Geistesverfassung eines Teils der weiblichen Arbeiterschaft würde auch auf die Gesamtheit wirken und sie zu tätigeren Mitgliedern der Arbeiterorganisationen erziehen.

#### Kommunalwahlrecht

Wenn es auch der Frau in Deutschland trotz der hohen Wertschätzung ihrer Kriegsleistungen in absehbarer Zeit nicht gelingen wird das Wahlrecht in den Einzelstaaten und im Reich zu erlangen, so beweist doch die Tatsache, daß während des Krieges alle größeren Gemeindeverwaltungen es für notwendig hielten die Mitarbeit der Frauen systematisch zu fördern und durch Änderung wichtiger Gesetzesbestimmungen festzulegen, daß das weibliche Geschlecht im allgemeinen die Reife erlangt hat, um die Forderung des Bürgerrechts in den Gemeinden und schließlich auch im Reich und in den Einzelstaaten erheben zu können. Hie und da hat man denn auch endlich von seiten der Regierungen der Einzelstaaten wenigstens die Verheißung ausgesprochen, daß den Frauen das kommunale Wahlrecht in Zukunft

nicht mehr vorenthalten werden könnte, und daß es die Vorstufe zur Eroberung des sogenannten politischen Wahlrechts bedeute. Freilich, ohne heftige Kämpfe wird selbst diese erste kleine Staffel der öffentlichrechtlichen Gleichstellung der Frau mit dem Mann nicht erreicht werden können. Wichtig für die zu erwartenden Kämpfe ist es da vor allem, daß die Frau selbst erst einmal über die bereits in den einzelnen Bundesstaaten bestehenden Rechte orientiert ist. Denn in welchem, freilich noch geringem, Maß das kommunale Wahlrecht da und dort in den Stadt- und Landgemeinden sich auf Grund der Besitzverhältnisse schon von altersher herausgebildet hat: daß im Grunde die allgemeine Forderung des Wahlrechts in der Gemeinde längst vorbereitet ist und nichts Grundstürzendes bedeutet, ist selbst vielen in der Frauenbewegung tätigen Frauen noch unbekannt. Der Austritt des Deutsch-Evangelischen Frauenbundes aus dem Bund deutscher Frauenvereine, der aus Gegnerschaft gegen das Frauenwahlrecht geschah, ist deshalb so unlogisch, weil gerade eine große Anzahl konservativster Frauen, nämlich die Grundbesitzerinnen, das Gemeindegewahlrecht von jeher ausüben. Und zwischen diesem und dem sogenannten politischen Wahlrecht besteht ja kaum ein prinzipieller Unterschied. Auch die Gemeindeangelegenheiten sind politischer, steuerpolitischer, sozialpolitischer usw. Art. Um dieser Unklarheit und Unwissenheit willen ist es zu begrüßen, daß kürzlich im Auftrag des Deutschen Reichsverbands für Frauenstimmrecht die langjährige Leiterin der Zentralstelle für die Gemeindeämter der Frau in Frankfurt am Main Jenny Apolant eine klare und übersichtliche Darstellung über das kommunale Wahlrecht der Frauen in den deutschen Bundesstaaten veröffentlicht hat /Berlin, Teubner/ (siehe die Rundschau Kommunalsozialismus, in diesem Band, Seite 909 f. und 912 f.). In der Einleitung ist zunächst ein kurzer Überblick über diejenigen Bundesstaaten gegeben, in deren Stadt- und Landgemeinden Frauen unter bestimmten Bedingungen schon jetzt das Gemeindegewahlrecht auszuüben befugt sind. Überall allerdings ist dieses Recht an Grundbesitz und eine hohe Steuerleistung gebunden. Und selbst, wenn diese Bedingung erfüllt ist, darf die Frau das Wahlrecht nur in wenigen Staaten persönlich ausüben. Vielmehr ist fast überall eine männliche Stellvertretung not-

wendig, die der allgemeinen gesetzlichen Auslegung gemäß sich nicht einmal an die Weisung des Auftraggebers zu halten hat. Von allen deutschen Landtagen ist neuerdings allein im oldenburgischen, wo in den letzten Jahren schon mehrfache Vorstöße gemacht worden waren, eine Mehrheit für das allgemeine Frauenwahlrecht, allerdings nur für das passive, zustande gekommen, und es ist am 12. März dieses Jahres angenommen worden. Den Hauptinhalt des Apolantischen Buches bildet eine auf umfangreiches Quellenmaterial sich stützende Darstellung des kommunalen Wahlrechts in den einzelnen Bundesstaaten und der Kämpfe, die sich dierhalb bisher überall abgespielt haben. Die genaue Kenntnis dieser Tatsachen ist natürlich für die künftige Agitation höchst notwendig. Ein Anhang bringt den Text aller augenblicklich geltenden Gesetzesbestimmungen, ferner eine Übersicht über die Zusammensetzung städtischer und ländlicher Verwaltungsdeputationen, Ausschüsse oder Kommissionen. Den Schluß bildet, gewissermaßen als Rechtfertigung für die Forderung des Wahlrechts, eine kurze Zusammenstellung der ganzen Entwicklung der kommunalen Frauenarbeit seit 1910 und der Frauenerwerbsarbeit seit 1882, endlich eine Übersicht über das kommunale Frauenwahlrecht im europäischen und außereuropäischen Ausland. Daraus ist allerdings nicht zu ersehen, wo es an Bedingungen des Besitzes und der Steuerleistung geknüpft ist, wo es von dem männlichen Wahlrecht verschieden ist. Das ersieht man am besten aus der vom Weltbund für Frauenstimmrecht herausgegebenen Schrift Frauenstimmrecht in der Praxis /Dresden, Minden/. Bei der bevorstehenden Umgestaltung der städtischen und ländlichen Gemeindeverfassungen kann es nur im Interesse der Frauen liegen das Wahlrecht für sämtliche Frauen zu fordern, sich somit dem Kampf der linken Parteien anzuschließen. Denn bei dem heute bestehenden Klassenwahlrecht ist es selbst den linken Parteien unmöglich für ein Frauenwahlrecht einzutreten, das doch nur den plutokratischen Charakter des bestehenden Systems verstärken würde.

**Parlamentswahlrecht** In England, wo die Frauen zu Beginn dieses Jahres nur das aktive Wahlrecht errungen hatten (vom vollendeten 30. Lebensjahr an), erklärte die Regierung kürzlich, daß sie die Frage

zur Diskussion stellen werde, ob man Frauen in das Unterhaus zulassen, ihnen also auch das passive Wahlrecht verleihen könne. Bisher ist diese Frage nur von den Kronjuristen im juristischen Sinn, und zwar verneinend, entschieden worden.

In Holland haben die Frauen vor kurzem nur das passive Wahlrecht erhalten, im Gegensatz zu England, wo sie nur das aktive erlangten. Bei den letzten Wahlen ist nun zum erstenmal ein weiblicher Abgeordneter, Genossin Groeneweg, gewählt worden. Doch waren 22 weibliche Kandidaten aufgestellt. Bei den Wahlen zum dänischen Reichstag trat das mit der Umgestaltung der dänischen Verfassung im Jahr 1915 geschaffene Frauenwahlrecht zum erstenmal in Wirksamkeit. Es wurden 4 Frauen gewählt, von denen 2 der konservativen Volkspartei und je 1 der radikalen und der sozialdemokratischen Partei angehören.

In Canada hat nun auch der Senat in 3. Lesung die Frauenwahlrechtsvorlage angenommen. Sie gewährt allen über 21 Jahre alten Frauen das aktive und das passive Wahlrecht für das Bundesparlament wie für die gesetzgebenden Körperschaften der 10 Einzelstaaten. Im Verfassungsausschuß der badischen Zweiten Kammer wurde im Mai über einen Antrag Muser beraten, der das aktive und das passive Wahlrecht der Frauen für den Landtag verlangt. Die Sozialdemokratie und die Fortschrittspartei sprachen sich für, die überwiegende Mehrheit des Zentrums und die Nationalliberalen gegen den Antrag aus. Schließlich wurde er mit 9 gegen 3 Stimmen abgelehnt.

Der Reichsausschuß Nationalliberaler Frauen Deutschlands und die Nationalliberale Frauengruppe Groß Berlin veranstalteten Mitte Juni im preussischen Abgeordnetenhaus eine Zusammenkunft, auf der sie sich für die völlige politische Gleichberechtigung mit dem Mann aussprachen, allerdings mit dem Vorbehalt, daß sie selbstverständlich Parteidisziplin wahren wollten.

Eine Vereinigung konservativer Frauen hat sich gebildet, deren Programm Kampf der Frauenstimmrechtsbewegung ansagt. Die Vereinigung erklärt die Bestrebungen der Frauenstimmrechtlerinnen für staatsgefährdend und legt in 10 Fragen und Antworten die »Folgen und Gefahren der Demokratisierung« (wzu sie auch die Einführung des Frauenstimmrechts rechnet) dar.

**Kinderreiche Mütter** Gottfried Stoffers, ein Mitglied der christlichen Gewerksvereine im Rheinland, hat unter dem Titel *Kinderreiche Mütter* /Düsseldorf, A. Bagel/ ein tiefgreifendes Büchlein veröffentlicht. Entstanden ist es auf folgende Art: Die Vereinigung für Familienwohl im Regierungsbezirk Düsseldorf hatte Anfang 1916 eine Ehrengabe von je 100 Mark an etwa 350 Mütter dieses Regierungsbezirks gespendet, die mehr als 7 Kinder großgezogen haben. Der Verfasser dachte nun, daß es für die Beurteilung der Frage, auf welche Weise dem Geburtenrückgang zu steuern sei, und wie man der kinderreichen Mutter zu der Ehrenstellung verhelfe, die ihr gebührt, von großem Interesse sein müßte zu erfahren, mit welchen Mitteln diese armen Frauen es fertig gebracht hätten eine große Kinderschar aufzuziehen. So schrieb er an alle diejenigen, die die Ehrengabe erhalten hatten, sie möchten ihm doch wahrheitsgetreu und ungeschminkt schildern, wie es ihnen ergangen sei, wie sie mit ihren Kindern gelebt und gewohnt hätten usw. Die Zahl der Antworten überstieg jede Erwartung, ebenso die Ausführlichkeit dieser wahrhaften Herzensergüsse. Viele Frauen hatten sich trotz ihrer grenzenlosen Arbeitsbelastung die Mühe gemacht Bogen um Bogen zu schreiben. Sie waren froh einmal ihr Elend in die Welt hinausschreien, ihrem gequälten Herzen Luft machen zu können. So sind diese Briefe, abgesehen von einigen offenbar beschönigenden und heuchlerischen Schilderungen, eine Bekenntnissammlung von tief erschütternder Tragik, eine furchtbare Anklage gegen unsere Gesellschaftsordnung, gegen die ganze Halbheit und Gedankenlosigkeit unserer Gesetzgebung. Freilich, ein *Volksbuch* wird diese Elendsschilderung nur in einem ganz andern Sinn sein als es der Verfasser hofft. Während er glaubt mit der Veröffentlichung dieser Bekenntnisse das Gefühl der Ehrfurcht vor der kinderreichen Mutter neu beleben, andere Frauen zu ähnlichen Opfern ermutigen zu können, wird er wohl nur die Wirkung erzielen seine Leser unter den heutigen Verhältnissen von einem derartigen Kindersegen abzuschrecken. Und mit Recht. Denn er befindet sich auch im Irrtum, wenn er es so darstellt, als hätten diese Mütter mit ihren generativen Leistungen sich besonders große Verdienste um ihr Volk erworben. Im Gegenteil wird der moderne Bevölkerungspolitiker diese

ungehemmte Art der Menschenproduktion nur als warnendes Beispiel hinstellen können. Denn ganz naturgemäß steht in fast allen diesen kinderreichen Familien der ungeheuren Geburtenzahl eine den Durchschnitt weit überragende Sterblichkeitsrate gegenüber. Zum Beispiel starben in der einen Familie von 20 Kindern 8, in einer andern bei der gleichen Geburtenzahl gar 11. In einer dritten Familie gingen von 16 Kindern 7 zugrunde. Und dabei spricht diese Mutter ihre Freude darüber aus, daß keiner ihrer Sprößlinge an einer angeborenen Krankheit leide (nachdem der Tod schon eine so furchtbare Auslese vollbracht hat). Notabene ist sie selbst lungenkrank, und ihr Mann war jahrelang dem Trunk ergeben. Eine andere Frau hat in 19 Jahren 15 Geburten überstanden, davon 6 Fehlgeburten. Und so geht es weiter. Der Verfasser als Autodidakt und einseitiger Parteimann kennt jedenfalls die ganze bevölkerungspolitische und sozialmedizinische Literatur nur wenig. Und daher erscheinen uns seine übrigens oft sehr widerspruchsvollen Kommentare und seine Moralpredigten sehr überflüssig im Anschluß an diese lapidaren Bekenntnisse, die am besten für sich selbst sprechen. Und das um so mehr, als der Verfasser schließlich nach seitenlangen Schmähungen auf den »Kulturpöbel«, auf Demokraten und Sozialdemokraten, die unsern sittlichen Verfall und damit auch den Geburtenrückgang heraufbeschworen haben sollen, am Ende doch zugibt, daß erst einmal die äußeren Lebensverhältnisse des Volkes von Grund aus gebessert werden müßten. »Dann käme die sittliche Erneuerung [das will heißen: vor allem der Willen zum Kind] entweder ganz von selbst, oder es ist doch wenigstens der Boden und die solide Grundlage für eine erfolgreiche sittliche Einwirkung geschaffen.« So befinden wir uns am Schluß in vollster Übereinstimmung mit dem Verfasser, auch wenn er auf diejenigen mit Entrüstung hinweist, die einer moralischen Beeinflussung des Volkes so sehr das Wort reden, weil sie billiger und bequemer ist als grundstürzende soziale Reformen. Ebenso können wir seinen Reformvorschlägen nur zustimmen, die ganz von sozialistischem Geist durchdrungen sind. Das Kinderversicherungsgesetz, das er fordert, geht weit über die radikalsten Vorschläge derjenigen hinaus, die eine allgemeine Mutterschaftsversicherung anstreben. Dieses Gesetz soll im Anschluß

an die Sozialversicherung geschaffen und wie diese ein Zwangsgesetz sein, das alle Frauen und Männer bis zu einem gewissen Einkommen nötigt Rücklagen für ihren Nachwuchs zu machen. Und ebenso sollen Reich, Bundesstaaten und Gemeinden zu dieser Versicherung beitragen, so daß jedem Kind, das zur Welt kommt, bis zu seiner eigenen Erwerbsfähigkeit eine ausreichende Rente gesichert wäre. Auch die übrigen Reformvorschläge des Verfassers, die Abstufung des steuerfreien Einkommens nach der Kinderzahl, die Ermäßigung aller Abgaben für kinderreiche Familien, gründliche Maßnahmen zum Aufstieg der Tüchtigen, Wohnungsreformen durch Baugenossenschaften usw., sind vollständig im Sinn sozialistischer Reformen. Aber, wie Henriette Fürth in ihrem Buch über die Mutterschaftsversicherung ausführt, es wird ein umfassender Schutz für Mutter und Kind, eine Erhöhung der Überlebensrate wahrscheinlich einen weitem Rückgang der Geburtenfrequenz zur Folge haben. Unter solchen Umständen jedoch ist eben der Geburtenrückgang eine ganz normale und durchaus keine verhängnisvolle Erscheinung.

#### Totenliste

Im Juni starb in Berlin Maria Gubitz in ihrem 87. Lebensjahr. Sie war eine der ältesten Vorkämpferinnen der Frauenbewegung und Mitbegründerin zahlreicher Wohltätigkeitsvereine, denen sie noch bis zuletzt als tätiges Mitglied angehörte.

Im Juli starb in Berlin die langjährige Ehrenvorsitzende des Lettevereins Elisabeth Kaselowsky in ihrem 83. Lebensjahr. Sie war von frühester Jugend an in gemeinnütziger Arbeit tätig; 20 Jahre lang war sie Mitglied des Parochialarmenvereins. Im Jahr 1878 trat sie in den Vorstand der Viktoriafortbildungsschule ein, und 1898 wurde sie Vorsitzende des Lettevereins.

Am 7. Juli ist in Mannheim Stefanie Hoffmann im Alter von 47 Jahren gestorben. Mit ihr hat die Mannheimer Arbeiterschaft, besonders auch die proletarische Frauenbewegung, eines ihrer wertvollsten Mitglieder verloren.

#### Kurze

Erster-Nietzsche /Weimar/ erläßt durch den Deutschen Lyceumklub folgendes Preisausschreiben: »Wie ist die bevorstehende berufliche Konkurrenz zwischen Mann und Frau zu mildern und der Entfremdung der

Frau ihren natürlichen Pflichten gegenüber, als Frau und Mutter, vorzubeugen?« Preisrichter sind Margarethe Friedenthal, Agnes Harder, Eliza Ichenhaeuser, Gabriele Reuter, Malita von Rundstedt. ◊ Auf Anregung des Genossen Max Quarck sind von der 16. Reichstagskommission für Bevölkerungspolitik Vertreterinnen der verschiedenen Frauenorganisationen zu einer Aussprache eingeladen worden, die in einer außerordentlichen Sitzung am 4. Juli stattfand. Als Vertreterinnen der sozialdemokratischen Frauen waren von der alten Partei Marie Juchacz, Martha Wygodzinski und Wally Zepler, von den Unabhängigen Luise Zietz anwesend. Zum erstenmal wurde damit in Deutschland offiziell einer Vertretung der Frauenbewegung Einfluß auf die Gesetzgebung zugestanden. ◊ Dem österreichischen Ministerium für soziale Fürsorge ist ein Frauenbeirat angegliedert worden, dem Vertreterinnen aller großen Reichsorganisationen der österreichischen Frauen angehören. ◊ Zum erstenmal ist in Deutschland eine Frau zum Direktor eines städtischen Amtes berufen worden. Die Nationalökonomin Auguste Lange, die in den Jahren 1912 bis 1917 das Amt einer Wohnungspflegerin in der Stadt Halle bekleidete, ist nun zur Direktorin des dort neu eingerichteten Wohnungsamts ernannt worden. Die Anstellung erfolgte mit der Eigenschaft eines Gemeindebeamten und auf Lebenszeit, auch bei völliger Gleichstellung mit den übrigen städtischen Direktoren in Rang und Gehalt. ◊ Die Zahl der auf den deutschen Hochschulen studierenden Frauen war im letzten Sommersemester auf 7124 gestiegen. Von der in der Kriegszeit auf den Hochschulen wirklich anwesenden Studentenschaft war jeder 3. Student eine Frau. Die meisten studierenden Frauen wenden sich augenblicklich dem Lehrfach und der Medizin zu. ◊ Das in Köln veranstaltete Frauenhochschulstudium für soziale Berufe wurde bisher von 160 Frauen besucht. ◊ Eine indische Frauenuniversität (mit indischer Vorlesungssprache) soll in Puna errichtet werden.

#### Literatur

In der Sammlung Aus Natur und Geisteswelt /Leipzig, Teubner/ ist in 3. Auflage ein Büchlein Deutsches Frauenleben im Wandel der Jahrhunderte von Eduard Otto erschienen. Der Verfasser will dem Beispiel Gustav Freytags

folgen und zum Verständnis der verschiedenen Zeitalter »einzelne typische Persönlichkeiten« in den Mittelpunkt des Interesses rücken. In den meisten Kapiteln vereinigt er auf diese Weise sehr geschickt die allgemeine kulturgeschichtliche mit der Persönlichkeitsschilderung. Man gewinnt wirklich trotz der gebotenen Kürze eine lebendige und auch jedenfalls möglichst wahrheitsgetreue Vorstellung von dem Frauenleben der verschiedenen Zeitalter. Besonders hält sich der Verfasser ganz frei von der Schönheitsmalerei vieler anderer Autoren, zum Beispiel in der Darstellung der germanischen Urzeit, der Zeit Karls des Großen, der Zeit des Rittertums und Frauentienstes. Sehr interessant für die Beurteilung der weiblichen Psyche in vergangenen Jahrhunderten sind die hier und da in den Text eingefügten Aufzeichnungen und Briefe einzelner Frauen vor allem aus der bürgerlichen Welt, so der Briefwechsel eines Ehepaars aus dem Kaufmansstand, Briefe von berühmten Klosterfrauen usw. Bis zum Zeitalter des Pietismus ist die kulturgeschichtliche Darstellung mit der Hervorhebung einzelner Typen sehr gut durchgeführt. In dem folgenden, der Schilderung des Zeitraumes der Klassiker und der Romantiker, die erst in der neuesten Auflage des Büchleins hinzugefügt worden ist, begnügt sich der Verfasser leider fast ausschließlich mit der Charakterisierung einzelner bedeutender weiblicher Persönlichkeiten, die aber, eben weil sie aus der Masse so hoch hervorragen, um so weniger geeignet sind uns ein Bild des allgemeinen Frauendaseins ihrer Zeit zu gewähren. Und doch fließen natürlich in der Neuzeit die Quellen, die uns über das Leben der bürgerlichen und der Frauen aus dem Volk orientieren, so viel reichlicher als die aus früheren Zeiten. Im übrigen sind doch die Frauengestalten aus dem Goethe- und Schillerkreis und aus der Epoche der Romantiker jedem Gebildeten durch Spezialdarstellungen vollkommen vertraut. Es wäre sicherlich dankenswert, wenn der Verfasser sich für spätere Auflagen seines Büchleins das Ziel setzte auch das Leben der Frauen des Bürgertums und des eigentlichen Volkes im 18. und 19. Jahrhunderts in seine Darstellung einzuflechten. Denn nur so könnte sich der Leser eine klare Vorstellung von den Wandlungen der weiblichen Psyche und dem Übergang zur modernen Frauenbewegung machen, mit deren Beginn die Schilderung abbricht.

## WISSENSCHAFT

Biologie / Adolf Koelsch

**Befruchtung** Die inneren Vorgänge, die sich bei der Vereinigung eines tierischen Eies mit einem Samenfaden abspielen, wurden erst im Jahr 1876 entdeckt, und zwar waren es der jetzige Heidelberger Zoologe Otto Bütschli und der jetzige Berliner Anatom Oscar Hertwig, die unabhängig von einander eine genaue Beschreibung der tatsächlichen Geschehnisse bei der sogenannten Befruchtung lieferten. Der Eindruck ihrer Mitteilungen in der damaligen Naturforscherwelt war so groß, daß jeder dieser jungen Gelehrten, von denen Bütschli eigentlich nicht einmal Biologe, sondern Mineraloge und Chemiker war, kurz nachher auf einen berühmten Lehrstuhl berufen wurde. Es kam hinzu, daß der verstorbene Bonner Botaniker Eduard Strasburger annähernd um die selbe Zeit die gleichen Vorgänge als das Geheimnis der Pflanzenbefruchtung an den Tag gebracht hatte, so daß man sich ganz unerwartet einem neuen und feierlichen Beweis für die innere Einheit der Mechanik des Lebens auf allen Stufen der Gestaltung gegenüber sah und noch viel besser als zuvor die von Darwin ange deutete innere Zusammengehörigkeit aller Tiere und Pflanzen zu verstehen glaubte. Bütschli, der mit den neuentdeckten Vorgängen bei der Befruchtung des tierischen Vielzellereis auch bereits die Vorgänge bei der Konjugation einzelliger Lebewesen in Vergleich gesetzt und ihre Ähnlichkeit herausgespürt hatte, versuchte rund 10 Jahre später das gesamte physiologische Geschehen beim Befruchtungsvorgang mit einer allgemeinen Hypothese zu umfassen und seinen Sinn in ihr einzufangen. Er kam dabei zur Aufstellung der sogenannten Sexualtheorie. Nach dieser Auffassung ist jede Geschlechtszelle (Samenfaden und Ei), auch jedes Einzeller-tierchen, doppelgeschlechtlich (hermaphrodit). Träger des männlichen und des weiblichen Anteils sind ganz bestimmte morphologische Gebilde, die die Neuzeit schärfer umschrieben hat. Durch Vorkommnisse, die hier nicht in Betracht gezogen zu werden brauchen, kann der eine oder andere Geschlechtsanteil die Oberhand erlangen, so daß die Zelle ihren hermaphroditen Charakter verliert und einen männlichen oder weiblichen Tonus annimmt. Dieser männliche oder weibliche Sexualcharak-



ter ist indessen keine absolute, sondern eine durchaus relative Größe, indem jede Zelle stets nur im Verhältnis zu einer andern, in der die entgegengesetzte Tendenz zur Vorherrschaft gelangt, männlich ist oder weiblich. In Wahrheit besitzt sie ihren hermaphroditen Tonus immer noch, »nur in gestörtem Verhältnisse«.

Schon früh ist man von dieser Auffassung abgekommen oder eigentlich gleichzeitig mit dieser Hypothese zur Aufstellung anderer Theorien über die Bedeutung und das Wesen der Befruchtungsvorgänge gelangt. Welche Wege von der Biologie hierbei beschritten worden sind, hat der Professor Max Hartmann vom Berliner Kaiser Wilhelm Institut für Biologie bereits in seinem Beitrag zum biologischen Band des in dieser Rundschau (1916 II, Seite 668 f.) besprochenen Hinnebergschen Sammelwerks Die Kultur der Gegenwart darzulegen versucht. Er kommt soeben auf das gleiche Thema noch einmal in einem sehr bedeutenden Artikel zurück, den Die Naturwissenschaften abdrucken. Hartmann zeigt, daß der erste Anstoß nicht in der Richtung der Bütschlichschen Sexualtheorie zu denken durch die Notwendigkeit geliefert wurde sich mit gewissen Nebenerscheinungen des Befruchtungsvorgangs auseinanderzusetzen, die bei den vielzelligen Organismen allerdings so im Vordergrund stehen, daß es wohl entschuldbar ist, wenn ihnen die Hauptbeachtung zufiel. Diese Nebenerscheinungen umfassen die Tatsache, daß bei den Vielzellern der Befruchtungsakt zugleich auch die Entwicklung des Eies, das heißt sein Teilungsgeschehen einleitet. Man glaubte, diese Entwicklungserregung sei eine Leistung des männlichen Kerns, der mit dem Eikern bei der Befruchtung verschmilzt, und kam infolgedessen zu der Meinung, das Wesen der Befruchtung liege in der Entwicklungserregung der weiblichen Keimzelle. Allmählich wurde jedoch immer sichtbarer, daß diese Deutung der Dinge nicht richtig sein konnte, und daß bei der sogenannten Befruchtung des Vielzellereis sich 2 getrennte Prozesse abspielen, die nicht nur mechanisch sondern auch wesentlich nichts mit einander zu schaffen haben. Einmal kommt es zu einer Verschmelzung des Samenfaden- und des Eikerns. Das ist die Befruchtung. Zum andern wird durch das Eindringen des Samenfadens ins Ei (außer dem männlichen Samenkern) in den Eikörper ein Nebengebilde des

Kerns, das sogenannte Zentrosom, eingeführt, und dieses Gebilde ist das Organ der Entwicklungserregung, indem es das an sich teilungsunfähige Ei in die Lage versetzt in 2, 4, 8 usw. Zellen sich aufzuspalten und dadurch den Weg zur Herausbildung des Embryos zu beschreiten. An der Herausarbeitung dieser Tatsachen hat eine Reihe deutscher Forscher, wie Boveri, Schaudinn und Hartmann selbst, das Verdienst, indem sie besonders die Vorkommnisse bei jungfräulich sich entwickelnden Eiern und Einzellern klarlegten und bei der theoretischen Bewertung der Erscheinungen geistreich mit verwerteten. Hartmann kommt so zur Aufstellung des Satzes: »Befruchtung und Fortpflanzung, Befruchtung und Entwicklungserregung sind . . . vollkommen von einander verschiedene Vorgänge, die nur bei den meisten höheren Tieren und Pflanzen dauernd mit einander kombiniert sind, weil die Befruchtung ein zellulärer Vorgang ist, und bei den Vielzelligen in der Regel nur bei der Fortpflanzung einzelne freie Zellen gebildet werden, die mit einander verschmelzen können.«

Andere Biologen hatten das Wesen der physiologischen Vorgänge, die sich bei der Vereinigung von Ei und Samenfaden abspielen, aus der Tatsache zu verstehen versucht, daß jedes dieser Gebilde, wenigstens bei den höheren Tieren, stets von einem andern, eine eigene Lebenslinie vertretenden Individuum stammt. Ihnen war als Sinn und Zweck des Befruchtungsvorgangs weder der Sexualausgleich, noch die Einleitung der Fortpflanzung erschienen, sondern nach ihrer Auffassung hatte die Natur den Befruchtungsvorgang eingeführt, um eine Vermischung (Amphimixis) der Eigenschaften getrennter Individuen und damit eine Bereicherung des Keimplasmabestands der Art zu erzielen. »Die Befruchtung war hierdurch vor allem mit der Vererbung und Artbildung in Zusammenhang gebracht worden, und diese Auffassung ist heute noch die unter den Biologen fast allgemein herrschende.« Hartmann zeigt, daß auch diese Auffassung durchaus in die Irre geht. Eine Menge Naturtatsachen zeigt deutlich genug, daß Amphimixis und Befruchtung ihrem Wesen nach genau so verschiedene Prozesse sind wie Fortpflanzung und Befruchtung. Amphimixis ist nur die Folge eines Teils der Befruchtungsvorgänge, sozusagen ein Nebeneffekt; als teilweise Wirkung eines Vorgangs aber kann sie nicht zum Er-

klärungsgrund dieses Vorgangs erhoben werden.

Einer dritten Gruppe von Botanikern und Zoologen hatte sich die Frage aufgedrängt, ob das Befruchtungsgeschehen überhaupt eine physiologische Notwendigkeit darstelle und als ein elementarer Lebensprozeß zu betrachten sei. Man kam aus gewissen Gründen dazu die Frage zu bejahen, und so entstand jene vierte Theorie der Befruchtung, die sagt, daß sie eine notwendige Einrichtung zur Verjüngung der Lebenskraft des Protoplasmas von Zellen sei, die durch viele Teilungsakte geschwächt worden sind, und die einzig wirksame Maßnahme zur Verhinderung des physiologischen Todes der Keimsubstanz. Mit vielen anderen glaubt auch Hartmann, nicht zuletzt durch den Ausfall eigener Versuche hierzu gedrängt, diese Auffassung als unstichhaltig ablehnen zu müssen. Wirklich befriedigend sei nur die Bütschliche Sexualhypothese in der schon eingangs gezeigten erweiterten Form. In der Tat hat besonders die Einzellerwelt den Anhängern der Sexualtheorie eine Hilfstruppe gestellt, deren Zeugnisse sich nur schwer werden aus dem Feld schlagen lassen.

#### Totenliste

Im April starb der französische Geograph Paul Vidal de la Blache im Alter von 73 Jahren. Er hat die Anthropogeographie zu einem selbständigen Wissenszweig ausgebaut, das heißt, er hat die verhältnismäßig sehr alte und besonders im Anfang des 19. Jahrhunderts von vielen, heute vergessenen Schriftstellern betonte Abhängigkeit der anthropologischen Rassenmerkmale und der gesamten Menschheitsentwicklung von Bodenbeschaffenheit und Klima als erster wissenschaftlich begründet. In seinen Hypothesen ist er freilich nicht immer glücklich gewesen, was bei einer so schwierigen und verworrenen Materie indes nicht sehr verwundert.

Am 7. Mai starb in Berlin der Botaniker der Biologischen Anstalt auf Helgoland Paul Kuckuck in seinem 52. Lebensjahr. Zwei Bücher, die er verfaßt hat, der Strandwanderer und der Nordseelotse, haben große Verbreitung gefunden.

In einem rumänischen Feldlazarett starb am 14. Juli der Kustos am Hamburger Zoologischen Museum Karl Markus. Er stand seit März 1913 an der Spitze der fischereibiologischen Abteilung jenes Museums und hat während des Krieges

bei der Organisation der rumänischen Fischerei der deutschen Militärverwaltung hervorragend mitgewirkt.

Der Leiter der topographisch-anatomischen Abteilung der Deutschen Forschungsanstalt für Psychiatrie in München Korbinian Brodman ist nach kurzem Leiden gestorben. Er war der Begründer der Lehre von der Zellarchitektur des Großhirns. Infolge einer Verwundung auf dem Schlachtfeld verschied der wissenschaftliche Hilfsarbeiter am Hamburger Zoologischen Museum Max Leschke in einem Feldlazarett der Westfront.

Kurze Chronik Für den Städtischen Preis der Berliner Universität ist als Preisaufgabe

eine Untersuchung über die anatomische Muskelvergrößerung durch Muskelarbeit ausgeschrieben worden. ◊ In Jena ist die Gründung einer Gesellschaft zur Förderung der Entwickelungslehre erfolgt. ◊ Über die Ergebnisse seiner anthropologischen Untersuchungen an tatarischen Gefangenen im Lager zu Wunsdorf hat E. Weil in den Sitzungsberichten der Berliner Akademie der Wissenschaften eine längere Arbeit herausgebracht. Interessenten seien darauf verwiesen. ◊ Die von dem Münchener Fischereizooologen Bruno Hofer während des Krieges unternommenen Versuche zur Einbürgerung zweier russischer Fische in deutschen Gewässern, nämlich des *Coregonus leucichthys* aus den Flüssen des Urals und der Peipuseemarräne, die in verschiedenen bayerischen Flüssen und Seen ausgesetzt wurden, haben zu einem vollen Erfolg geführt, so daß Bayern größere Anstrengungen zur Vermehrung der Zuchtfische machen will. ◊ Der Freiburger Zoologe Franz Doflein geht als Nachfolger Kükenthals nach Breslau. ◊ Der Bonner Privatdozent für Geographie Otto Quelle wurde zum wissenschaftlichen Hilfsarbeiter am Hamburger Kolonialinstitut ernannt. ◊ Der Potsdamer Geologe Guido Hoffmann ist als beratender Fachmann in das türkische Ministerium für Handel und Landwirtschaft nach Konstantinopel berufen worden. ◊ In Straßburg habilitierte sich der Erste Assistent am Botanischen Institut Kurt Noack, ein Schüler Pfeifers in Leipzig, für Botanik. ◊ Die Londoner Akademie der Wissenschaften hat den Antrag alle Angehörigen feindlicher Staaten von der Mitgliederliste zu streichen abgelehnt.

Literatur

Der Verlag Teubner in Leipzig legt Karl Kraepelins Exkursionsflora für Nord- und Mitteldeutschland, ein vielgebrauchtes Handbuch zum Pflanzenbestimmen, in 8. Auflage vor. ◊ In neuen Auflagen sind im selben Verlag die hier schon angezeigten Bändchen der Sammlung Aus Natur und Geisteswelt: Alwin Voigt Deutsches Vogelleben und R. Hesse Abstammungslehre und Darwinismus erschienen. Voigt, dessen glücklicher Griff es war die Arten nicht systematisch sondern nach Lebensgemeinschaften vorzuführen, hat den Text wesentlich ausgebaut und das Bändchen zum Bestimmen der Vögel nach ihren Stimmen noch tauglicher als bisher gemacht. Hesse hat seine Bearbeitung auf die Ausmerzung von Fremdwörtern beschränkt. ◊ Der Jesuitenpater Hermann Muckermann hat ein ganz ausgezeichnetes kleines Büchlein Der biologische Wert der mütterlichen Stillpflicht herausgebracht /Freiburg, Herder/. Unter geschickter Benutzung der wissenschaftlichen Literatur versucht er eine der Hauptquellen der Säuglingssterblichkeit mit verschütten zu helfen, indem er den biologischen Wert des Stillsegens für Mutter und Kind ins rechte Licht zu setzen und neue Stillmütter zu werben strebt.

Religionswissenschaft / Herbert Kühnert

Griechisch-römische Religiosität und Orient

Eines der interessantesten religionsgeschichtlichen Probleme ist die Umwandlung, die die Religiosität des griechisch-römischen Altertums durch die Berührung mit der religiösen Welt des Orients erfahren hat. Während diese Umwandlung früher fast ausschließlich unter dem Gesichtspunkt des Einflusses von Judentum und Christentum betrachtet wurde, stellt die moderne Forschung neben jenen beiden noch eine ganze Reihe von Einflüssen in Rechnung, die ihnen teilweise parallel gelaufen, teilweise vorausgegangen sind. Die Hauptzentren dieser Einflüsse sind in Ägypten, Syrien, Kleinasien und Persien zu suchen. Ihre wichtigsten Träger sind folgende Kulte: die Mysterien der Isis und des Serapis (Ägypten), die Kulte der Atargatis und des Hadad, der Baale von Damaskus und Heliopolis, des Jupiter Dolichenus von Kommagene, des Malachbel von Palmyra, des Baal Shammin und andere (Syrien), die Kulte der Kybele, des Sabazios, des Attis und der Mä (Kleinasien) und schließlich die hel-

lenisierte Form des Mazdaismus, der Mithrakult (Persien). Als mittelbarer Träger orientalischen Einflusses kommt neben und vor ihnen wohl auch die von Thrakien nach dem Süden vordringende griechische Orphik in Frage, in deren Kosmogonie und Kathartik Vorstellungen enthalten sind, die zweifellos gleichfalls aus Asien stammen.

Das erste Eindringen orientalischer (phönikischer) Kulte nach Europa (Griechenland) läßt sich schon für die früheste griechische Zeit nachweisen. Seit dem 6. vorchristlichen Jahrhundert verbreiten die Orphiker ihre Lehren; die Pythagoräer nehmen Bestandteile des babylonischen Gestirndienstes auf. Schon vor Alexander dem Großen gewähren hellenische Städte der Kybele und dem Sabazios Gastrecht. In eine entscheidendere Phase tritt der orientalische Einfluß seit Alexander. Seit Anfang des 3. Jahrhunderts schlagen von Alexandrien aus die halb griechischen halb ägyptischen Mysterien der Isis und des Serapis längs der Osthälfte des Mittelmeers bis nach Sizilien westwärts Wurzel. In Syrien verband sich unter den Seleukiden der griechische Stoizismus mit der babylonischen Gestirnlehre zu einer pantheistischen Theologie und machte die syrischen Clanbaale zu Sonnengöttern und Herren der Welt. Bald wurden syrische Gottheiten auf Delos und in Athen angebetet. In Kleinasien wurde die Verbindung, die zwischen dem Griechentum und der vorderasiatischen Religiosität schon vorher bestanden hatte, während der hellenistischen Zeit noch weiter ausgebaut und die alten Kulte des Sabazios-Dionysos, des Attis und der Kybele wurden humanisiert und vergeistigt. In Kappadokien und Pontus, wo in weiten Volkskreisen die Göttin Mä verehrt wurde, während der aus Persien stammende Landadel seit den Achämeniden einem mit chaldäischen Elementen versetzten Mazdaismus huldigte, gelangte im Zeitalter des Hellenismus eine Art hellenisierten Mazdaismus, der Mithrakult, zur Blüte und stellte sogar in jenen östlichsten Gebieten die Verbindung zwischen dem Geist abendländischer und morgenländischer Religiosität her.

Einen neuen Anstoß erhielt die Expansivbewegung der orientalischen Kulte, als Rom seine Herrschaft über das ganze östliche Mittelmeergebiet ausdehnte, und namentlich während der Kaiserzeit, wo sich der Austausch von Menschen, Waren und Ideen zwischen dem Orient und Rom immer lobhafter gestaltete.

Die Anfänge der religiösen Orientalisierung Roms reichen bis in die Zeit des 2. punischen Krieges zurück, wo auf Geheiß der Sibyllinischen Bücher die phrygische Große Mutter vom römischen Volk aufgenommen wurde und auf dem Palatin einen Tempel erhielt. Seit Claudius feierte man zu Rom die mit dem Kybelekult zusammenhängenden Frühlingsfeste. Ferner erweiterte der phrygische Kult seit dem 2. Jahrhundert sein Ritual durch das Taurobolium und weiterhin dadurch, daß er sich Bestandteile aus dem Judentum und anatolischen Kulturen (Men, Sabazios, Mä-Bellona) einverleibte. Sobald sich Kybele und Attis einmal in Rom eingebürgert hatten, traten sie ihren Siegeszug auch durch die römische Provinz an. Besonders volkstümlich waren sie in den Munizipalstädten Italiens, Galliens, Afrikas und Spaniens, wo sie noch am Ende des 4. Jahrhunderts dem Christentum hartnäckigen Widerstand leisteten. Die Mysterien der Isis und des Serapis zogen in Rom zur Zeit Sullas ein, nachdem sie sich schon im 2. Jahrhundert vor Christus in Süditalien festgesetzt hatten. Obwohl sie seit 59 durch den Senat bekämpft, unter Augustus aus Rom ausgewiesen und unter Tiberius grausam verfolgt wurden, konnte ihre Ausbreitung doch nicht eingedämmt werden, und sie bekamen unter Kaiser Caligula nicht nur Duldung sondern auch einen prachtvollen Tempel, der 215 unter Caracalla durch einen noch prunkvolleren ersetzt wurde. In die römische Provinz waren sie schon lange vor ihrer offiziellen Anerkennung gedrungen, besonders nach Griechenland, wo sie vor allem in den Häfen verehrt wurden (Isis Schutzherrin der Seeleute). Über Rom gelangten sie dann weiterhin nach Afrika, Spanien, Gallien (Arles, Nîmes), Britannien und den Donauländern. Die Wirkung des Isiskults auf Rom beruht nicht sowohl auf seinem theologischen oder moralischen Gehalt als auf dem Zauber seines pomphaften Rituals, seinen glänzenden Prozessionen, seinen liturgischen Dramen und der schweigenden Verehrung, die sein täglicher Gottesdienst von der Gemeinde verlangte. Besonders wirkungsvoll muß in dem mythischen Drama, das die Suche nach dem getöteten Gott Serapis (Osiris) und seine Auffindung symbolisierte, der Gedanke der Unsterblichkeit der vom Tod erlösten Seele zum Ausdruck gekommen sein. Die syrischen Baale kamen nach einander nach dem Abendland und lebten

dort, ohne sich zu vermischen. Während der Republik zählte die Göttin Atargis bereits unter verpflanzten syrischen Sklaven in Sizilien und Italien Anbeter. Unter den Kaisern brachten syrische Kaufleute ihre Kulte aus Damaskus, Heliopolis usw. nach dem Westen. Seit den Severern fanden die syrischen Götter die Unterstützung von Fürsten und Fürstinnen (Heliogabal). Im Jahr 274 begründete Aurelian den Kult des Sol Invictus, eines syrischen Gottes, dem er den Vorrang vor allen altrömischen Gottheiten verlieh, und der dann Schirmherr von Kaiser und Reich bis zum Sieg des Christentums blieb. Die syrischen Kulte hatten sich, ehe sie über das Meer wanderten, unter der Einwirkung des chaldäischen Gestirndienstes und des Stoizismus bereits zu einer Art Monotheismus emporgeschwungen. Der Baal Shammin, den sie verehrten, war ein Herr des Himmels und der Gestirne, der als schrankenlos in Raum und Zeit, auf der höchsten Sphäre des Himmels thronend, gedacht wurde. Als Herr der Gestirne war er zugleich Herr der menschlichen Geschicke, der Schöpfer der Vernunft, die als feurige Ausstrahlung der leuchtenden Sonnenscheibe bei der Geburt in den Körper herabsteigt und beim Tod nach oben zurückkehrt. Dieser Gedanke der astralen Unsterblichkeit entthront im ausgehenden Altertum schließlich die ägyptische Lehre von der Vereinigung mit Serapis in der Unterwelt. Zu den kleinasiatischen, syrischen und ägyptischen Kulturen gesellte sich schließlich auch in Rom der Mithrakult, diese Mischform chaldäischer Theologie und altpersischen Mazdaismus, die im Jahr 67 vor Christus durch gefangene Seeräuber aus Kilikien nach Rom gebracht wurde. Sie verbreitete sich gegen Ende des 1. Jahrhunderts, nachdem das östliche Kleinasien dem Römischen Reich eingegliedert war, um weiterhin vor allem dank den orientalischen Truppen in den Grenzprovinzen, an der Donau, am Rhein, in Britannien und in Afrika um sich zu greifen. Denn Mithra war vor allem ein Schutzpatron der Heere. Der Kaiser Commodus war der erste, der diesen Kult öffentlich begünstigte, und seitdem breitete er sich in kraftvoller Propaganda, die sich allerdings nur an das männliche Geschlecht wandte, immer weiter aus. An der Spitze der göttlichen Hierarchie steht hier die Zeit, die die Himmelsbewegungen regelt. Die Sonne gilt als das Prinzip des Lichts und des Lebens, als Haupt einer astralen Welt

von Göttern und göttlichen Engeln. Dieser Lichtwelt, die die Welt des guten Prinzips, Ahura-Mazdas, ist, steht die Welt Ahrimans, des Prinzips der Finsternis und des Bösen, gegenüber. Dem Gläubigen erwächst nun die Verpflichtung sein Leben zu einem beständigen mannhaften Kampf im Dienst Ahura-Mazdas gegen Ahriman und seine dämonische Gefolgschaft zu gestalten und in der Überwindung von 7 Graden von Prüfungen, die ihm das Mysterium auferlegt, seinen Mut und seine Ausdauer zu bewähren. Eine Art Taufe reinigt ihn von seinen Sünden, die Teilnahme an heiligen Mahlen, besonders an gemeinsamem Weingenuß, gibt ihm die Kraft zum Kampf gegen die bösen Mächte, der sich auch über den Tod hinaus fortsetzt. Die frommen Seelen erwartet im himmlischen Licht, über den Planetensphären, eine ewige Seligkeit und die Gemeinschaft mit den seligen Göttern. Der Mazdaismus blieb bis zum Ende des 4. Jahrhunderts der bedeutendste Gegner der christlichen Kirche. Julian Apostata ließ alsbald nach seiner Thronbesteigung in seinem Palast ein Mithrasheiligtum errichten.

Die Kenntnis von diesen orientalischen Kulte und ihrer Ausbreitung im ausgehenden Altertum ist aus dem Grund von allgemein religionsgeschichtlicher Wichtigkeit, weil sich ohne sie der Übergang des altrömischen, auf der Götterwelt Homers fußenden Nationalkults zum Christentum nicht verstehen ließe. Die orientalischen Kulte haben hier gleichsam die Bedeutung von Zwischenformen, die sich zwischen die alte griechisch-römische Götterwelt und den Gott der Juden und Christen eingeschoben und unmerklich eine Welt religiöser Vorstellungen hervorgebracht haben, die von der, die Augustus zu restaurieren suchte, sehr verschieden war, dagegen der des jüdisch-christlichen Gedankenkreises so nahe stand, daß bei seiner Propaganda schon in sehr wesentlichen Punkten an verwandte Vorstellungen angeknüpft werden konnte. Eine Zusammenstellung solcher gemeinsamer Züge findet sich in der Studie F. Cumonts Die orientalischen Religionen in ihrem Einfluß auf die europäische Kultur des Altertums (in dem Sammelwerk Die Religionen des Orients /Leipzig, Teubner/), einem ausgezeichneten Werk, dem auch die im vorstehenden gegebene Darstellung der orientalischen Kulte angelehnt ist und das seine Ergänzung in dem Werk des selben Verfassers Die orientalischen Re-

ligionen im römischen Heidentum (deutsch von C. Gehrlich /Leipzig, Teubner/) findet.

Eine andere, gleichfalls sehr übersichtliche Zusammenstellung von Parallelen, die das Christentum und andere orientalische Religionen in der Idee des Erlösergotts aufweisen, gibt M. Brückner in seinem Schriftchen Der sterbende und auferstehende Gottheiland in den orientalischen Religionen und im Verhältnis zum Christentum /Tübingen, Mohr/. Die wesentlichsten Parallelen, die von beiden Autoren hervorgehoben werden, sind folgende:

1. Sowohl die syrische Astrolatrie wie der persische Mazdaismus haben eine der christlichen analoge dualistische Weltauffassung, in der dem lichten Himmel, dem Wohnsitz der Gottheit, ein finsternes, im Innern der Erde liegendes Dämonenreich gegenübergestellt wird. Auf beiden Seiten verkehrt ein allgewaltiger, ewiger Gott, der über den Sternen wohnt, mit den Menschen durch seine Boten, untergeordnete Gottheiten, Engel und Dämonen.

2. In beiden Fällen löst die Religion ihre Verbindung mit dem Staat, nimmt universalen Charakter an und wird persönliche Angelegenheit. Sie dient nicht mehr der Aufrechterhaltung einer bestimmten weltlichen Ordnung sondern dem Heil der individuellen Seele in diesem und einem andern, ewigen Dasein, für das das irdische als Vorbereitung gedacht wird. Das Leben ist ein Kampf gegen die bösen Mächte, den der Gläubige siegreich besteht, da ihm seine Frömmigkeit göttlichen Beistand sichert.

3. Das Schicksal des Menschen findet sein Urbild in der Passion eines auf Erden lebenden, sterbenden und auferstehenden Gottes (Osiris, Attis, Adonis). Dieser Gott wird an seiner seligen Unsterblichkeit alle teilnehmen lassen, die sich in den Mysterien mit ihm vereinigen oder sogar identifizieren. Er steht darum im Mittelpunkt der Verehrung und des Kults. Wie im Christentum die Passion dieses Heilands in die Zeit des Frühlings fällt, so auch in manchen anderen Kulte. In einigen von ihnen wird ganz wie im Christentum die Auferstehung der Gottheit am 3. Tag oder 3 Tage nach ihrem Tod gefeiert. Die Parallele geht sogar so weit, daß sich das Schwancken der Evangelien zwischen dem 3. und 4. Tag dort wiederholt. Die Auferstehung des Osiris wird am 3. Tag, die des Attis am 4. Tag gefeiert.

4. Das Heil der Seele wird hier wie dort

durch die Gnosis der religiösen Wahrheiten gewonnen, das heißt durch die Offenbarung der Gottheit und den Vollzug der Riten. Diese enthalten ein Sakrament, durch das sich der Gläubige zum Dienst seines Gottes verpflichtet, reinigende Waschungen wie die Taufe, stärkende Salbungen (confirmatio) und heilige Mahle (Kommunion), die ihm übernatürliche Erquickung und Verheißung eines ewigen Lebens bringen.

5. Ist die Seele beim Tod des Körpers noch mit Sünden befleckt, so muß sie vor ihrer Erhebung zum Himmel noch reinigende Qualen dulden. Daneben predigt der Mithrakult noch Auferstehung der Toten und Zerstörung des Weltalls durch Feuer.

6. Da die Ausübung des Kults Heilsnotwendigkeit geworden war, mußte der Klerus allmählich zur Kaste werden, die durch das Priesteramt völlig absorbiert wurde, sich die Rolle der Mittlerschaft zwischen Gott und den Gläubigen zuwies und von diesen Unterwerfung unter ihre geheiligte Autorität forderte.

Orientalische  
Mysterienreligionen

Es ist leicht verständlich, daß die Entwicklung der

Forschung über die antiken

orientalischen Mysterienreligionen auch zu Streitfragen geführt hat, die die Originalität des Christentums betreffen. Die Frage nach den Vorstellungen und Bräuchen, die das Christentum vom Judentum und durch seine Vermittlung vom semitischen und persischen Religionskreis übernommen hat, erweiterte sich zur Frage nach dem, was man als das gemeinsame religiöse Erbe des vordern Orients zur Römerzeit anzusehen habe. Dabei lief die ganz einzigartig scharfe und überragende Form, die der ethische Monotheismus im prophetischen Judentum wie im paulinischen Christentum zweifellos angenommen hat, häufig Gefahr einer Betrachtungsweise zu verfallen, die über der Berücksichtigung des Typischen das Individuelle und noch dazu das durch überragenden absoluten Gehalt ausgezeichnete Individuelle in den Hintergrund treten ließ. Wenn es nun aber auch den Anschein hat, als gelangte die Religionswissenschaft in ihren besten Vertretern aus dieser Periode der Aufstellung extremer und leidenschaftlich verteidigter Hypothesen wieder in das Fahrwasser einer ruhig die Tatsachen abwägenden und dem individuellen nicht weniger als dem typischen Moment Rechnung tragenden Betrachtungsweise, so bleibt darum doch nicht

weniger die Aufgabe der Lösung einer Fülle von Problemen, an die man früher gar nicht gedacht hatte, bestehen. Dahin gehört zum Beispiel die Frage nach den noch mangelhaft bekannten kleinasiatischen Gemeinden der Hypistariier und Sabbatisten, die trotz ihrer Verehrung des Gottes Israels das jüdische Gesetz mit heidnischen Gebräuchen vermischt hatten und Mysterien feierten, die denen des Sabazios ähnlich waren und für die Entstehung des Christentums deswegen von Wichtigkeit sind, weil sich die ältesten christlichen Gemeinden gerade in den Gegenden gebildet hatten, wo dieser Zwitterkult ausgeübt wurde. Weiter gehört dahin die Frage, inwieweit der aus Tarsus stammende Paulus ebenfalls den Einfluß der in jener Gegend verbreiteten Mysterien erfahren hat. Diese Frage ist besonders aus dem Grund aufgeworfen worden, weil manche Ideen und Ausdrücke aus den paulinischen Schriften (zum Beispiel Gnosis, die Unterscheidung zwischen Seele und Geist, *φύσις* und *πνεῦμα*, und dergleichen) in den zeitgenössischen Mysterien wiederkehren. So steht Paul W e n d l a n d in seinem Werk Die hellenistisch-römische Kultur in ihren Beziehungen zu Judentum und Christentum /Tübingen, Mohr/ auf dem Standpunkt, daß die christliche Lehre vor ihrer Hellenisierung einen Prozeß der Orientalisierung durchgemacht habe, für den Paulus von entscheidender Bedeutung gewesen sei, und daß bei diesem Einfluß vor allem eine Beeinflussung des Paulus durch die orientalischen Erlösungsreligionen in Frage komme. Der bereits oben genannte M. B r ü c k n e r dagegen denkt in seiner Schrift Der sterbende und auferstehende Gottheiland /Tübingen, Mohr/ weniger an direkte Entlehnungen des Christentums wie an »gemeinsamen oder wenigstens gleichartigen Ursprung«. Mehr ins Zentrum der paulinischen Gedankenwelt verlegt erscheinen die Beziehungen des Apostels zur Mystik in R. R e i t z e n s t e i n s Hellenistischen Mysterienreligionen /Leipzig, Teubner/, der besonders auf terminologischer Untersuchung zu dem Ergebnis gelangt, daß das aus Paulus sprechende »Doppelempfinden des schwachen Menschen und des Gottwesens« auf einen unverkennbaren Zusammenhang mit den hellenistischen Mysterienreligionen hinweise und somit die folgenschwerste Einwirkung des Hellenismus auf das Christentum nicht in dessen Verlauf sondern für die Zeit sei-

nes Ursprungs angesetzt werden müsse. Auch Adolf Deißmann macht in seinem Buch Paulus /Tübingen, Mohr/ auf den hellenistischen Einschlag in der paulinischen Mystik aufmerksam. Im Gegensatz zu diesen Ansichten will A. Schweitzer in seiner Geschichte der paulinischen Forschung /Tübingen, Mohr/ die Lösung der Frage darin sehen, daß von der Beeinflussung des Apostels durch den Hellenismus gänzlich abgesehen, daß seine Lehre ausschließlich aus der jüdisch-urchristlichen Eschatologie heraus begriffen werde, und daß lediglich die Sprache der griechisch-orientalischen und paulinischen Mystik gemeinsam sei. Gegen Schweitzer wiederum wendet sich Reitzenstein in einem Aufsatz, der in der Zeitschrift für neutestamentliche Wissenschaft, 1912, Seite 1 ff., veröffentlicht worden ist, und in dem er die Meinung vertritt, daß doch auch die sogenannte rein jüdische Eschatologie Bestandteil eines größeren religionsgeschichtlichen Kreises als das Judentum sei, und daß die Benutzung der griechischen Sprache durch Paulus doch auch den Besitz gewisser gemeingriechischer Begriffe in sich schließe. Auch Hans Bölig findet in seinem Buch Die Geisteskultur von Tarsos im Augusteischen Zeitalter /Göttingen, Vandenhoeck & Ruprecht/, daß sich die Form der paulinischen Mystik durchaus in den Rahmen der syrisch-hellenistischen Mystik eingliedert. Wogegen wiederum C. Clemen in seiner Schrift Der Einfluß der Mysterienreligionen auf das älteste Christentum /Gießen, Töpelmann/ zu dem Urteil gelangt, daß Paulus schon in sprachlicher, wie viel mehr noch aber in sachlicher Beziehung von den Mysterienreligionen unberührt geblieben sei. Einen vermittelnden Standpunkt nimmt A. Jakoby in seiner Schrift Die antiken Mysterienreligionen und das Christentum /Tübingen, Mohr/ ein, wo einerseits zugegeben wird, daß mit Paulus hellenistische Mystik ins Christentum einzieht, andererseits die überlegenen religiösen und sittlichen Kräfte des Christentums hervorgehoben werden. Auch W. Bousset in seinem Buch Kyrios Christos, Geschichte des Christusglaubens von den Anfängen des Christentums bis Irenäus /Göttingen, Vandenhoeck & Ruprecht/ macht den Versuch die Mystik des Paulus aus dem Rahmen der syrisch-hellenistischen Religionen plastisch hervortreten zu lassen, ohne darum die Zusammenhänge mit diesem Rahmen zu unterschätzen.

Eine sehr übersichtliche Darstellung von der Zuspitzung des ganzen Problems innerhalb der religionswissenschaftlichen Forschung gibt Kurt Deißner in seinem Buch Paulus und die Mystik seiner Zeit /Leipzig, Deichert/, wo in eingehenden exegetischen Untersuchungen der Nachweis zu führen gesucht wird, daß die für die orientalischo-hellenistische Mystik so charakteristische Vorstellung von der Doppelheit der Persönlichkeit bei Paulus fehle. Um dieses Ergebnis zu fundamentieren, behandelt der Verfasser das Verhältnis zwischen dem Pneumabegriff und der Erkenntnis sowie den Begriff πνευματικός. Auch beleuchtet er den geschichtlichen Hintergrund. Ferner wird das religiöse Ideal der damaligen Mystik veranschaulicht und demgegenüber die Eigenart der paulinischen Frömmigkeit herausgearbeitet. Endlich wird noch in einem letzten Kapitel auf die Vorstellung von der Unio Mystica eingegangen, wobei dann die geistig-persönliche Haltung der Christusgemeinschaft des Apostels den entsprechenden naturhaften Vorstellungen der zeitgenössischen Mystik gegenübergestellt wird. Wenn man somit versuchen wollte aus diesen einander vielfach diametral entgegengesetzten Forschungsergebnissen, die natürlich noch in keiner Weise als abschließend angesehen werden können, die Summe zu ziehen, so darf wohl gesagt werden, daß Paulus sicherlich mehr als früher angenommen wurde aus der orientalischo-hellenistischen Mystik geschöpft hat, daß es sich dabei jedoch nicht um mechanische Übernahme handelt sondern um eine Verarbeitung, die durchaus den Stempel einer religiös-schöpferischen, einzigartigen und überragenden Führerpersönlichkeit trägt.

Kurze Chronik Die Theologische Fakultät der Berliner Universität hat zu 1919 folgende

Preisaufgaben gestellt: 1. »Geschichte des Wortes Parakletos und des religiösen Fürsprechgedankens.« 2. »Die Entwicklung der Vorstellung vom Nahen zu Gott im Alten Testament.« ◊ In Petersburg fand diesen Sommer eine öffentliche Disputation zwischen Bolschewisten und Geistlichen statt. Der Bolschewist Schnitzberg führte aus, die Geistlichkeit und die Kirche seien stets Werkzeuge zur Versklavung der Völker gewesen und bilden heute eine Hauptstütze der Herrschaft des Kapitalismus. Ihm entgegnete der Priester Bojarakij:

Jegliche Gewalt stamme von Gott. Gott schicke uns aber nicht nur Gutes sondern auch Schlimmes, zum Beispiel die Cholera, und so auch jetzt die bolschewistische Herrschaft. Auf die Ausführungen Schnitzbergs über die Rolle der Kirche erwiderte er: Unter dem Joch des Zarismus sei der Inhalt der rechtgläubigen Kirche entstellt worden. (Eine sehr bemerkenswerte Darlegung, die uns dem innerlichen Wesen der russischen Religiosität näherbringt. Dieses zeigt sich auch darin, daß, wie die Iswestija berichteten, andere Priester dort mehr von dem mystischen Wesen der Kirche als von ihren realen Aufgaben sprachen.) Der bolschewistische Unterrichtskommissar Lunatscharskij führte dagegen aus, daß die heutige russische Geistlichkeit das Evangelium bis zur Unkenntlichkeit entstellt hätte. Die Disputation soll noch weitergeführt werden. Von ihrem geistigen Ergebnis kann man schwer einen richtigen Eindruck gewinnen, da nur ein einseitiger Bericht, eben der der Iswestija, vorliegt. ◊ Am 26. September wurde in Wittenberg eine Luthergesellschaft gegründet. Zu ihrem Vorsitzenden wurde Rudolf Eucken gewählt, von dem die Anregung zu dieser Gründung ausgegangen war. ◊ Der Ordinarius der systematischen Theologie an der Universität Rostock Hermann Mandel geht nach Kiel als Nachfolger Erich Schaeders. ◊ In Erlangen habilitierte sich Walter Eichrodt für alttestamentliche Wissenschaft.

**Literatur** Unter den Hilfsmitteln, die die moderne Pädagogik dem Religionsunterricht auf der elementaren und mittlern Stufe zur Verfügung stellt, verdient ganz besonders empfehlende Erwähnung eine im Verlag von Vandenhoeck & Ruprecht in Göttingen erscheinende und von A. Krohn und U. Peters herausgegebene Schriftensammlung, die aus 2 neben einander herlaufenden Reihen, den Bausteinen und den Quellenheften für den Religionsunterricht, besteht. In der 1. Reihe sind bis jetzt erschienen die Hefte Mose, Amos, Jesaja, Die Umwelt Jesu, Die Geschichte Jesu, Der heilige Franziskus, Luthers Glaube, Der Glaube Jesu, Israelitische Vätergeschichten für die Kleinen; in Vorbereitung befindet sich ein Heft Debora; ein besonderer Teil der Serie soll den außerchristlichen Religionen gewidmet werden. Von den Quellenheften sind bis jetzt die folgenden erschienen:

Quellen zu Luthers Glauben, Umwelt Jesu, Der heilige Franziskus, Außerbiblische Quellenstücke zur Mosezeit, Quellenstücke zur Richterzeit. Während die Bausteine für den Lehrer bestimmt sind (sie bilden eine Art von Lehrproben), sind die Quellenhefte für den Gebrauch des Schülers gedacht. Die Anschauung, die dem ganzen Unternehmen zugrunde liegt, ist die, daß es in einem wahrhaft pädagogischen Religionsunterricht lediglich darauf ankomme die Religion in ihrer typischen Erscheinungsform und doch zugleich in lebendiger Anschaulichkeit vor Augen zu führen. Selbstverständlich wird dabei nach Möglichkeit den Ergebnissen der religionsgeschichtlichen und religionsvergleichenden Forschung Rechnung getragen. Diese Berücksichtigung der Forschungsergebnisse wird aber nicht dahin verstanden, daß der Religionsunterricht die Aufgabe habe das Wissen und den Glauben vergangener Perioden mit dem Wissen und dem Glauben der Gegenwart unter allen Umständen in Einklang zu bringen. Auf die Begründung, die dieser Standpunkt erfährt, kann in diesem Zusammenhang nicht näher eingegangen werden. Daher sei besonders auf die ausgezeichneten Ausführungen Krohns in den Heften Mose (Seite 39 ff.) und Amos (Seite 34 ff.) verwiesen. Sicherlich wäre das Problem des zeitgemäßen Religionsunterrichts um einen großen Schritt der Lösung entgegengeführt, wenn überall der Religionsunterricht nach den dort theoretisch wie praktisch vertretenen Grundsätzen erteilt würde. ◊ Während die von Krohn und Peters herausgegebene Schriftenfolge hauptsächlich für den Unterrichtsbetrieb der Volksschule als Hilfsmittel in Frage kommt, stellt sich das Werk des Gothaer Schulmanns Paul Fiebig Bilder aus der Geschichte des Christentums /Tübingen, Mohr/ als ein Hilfsbuch für den Religionsunterricht in den unteren und mittleren Klassen höherer Lehranstalten vor. Der Stoff ist hier nach folgenden Gesichtspunkten gegliedert: Altertum, Mittelalter, Reformation, Gegenreformation, Pietismus, Rationalismus, Neuzeit, Außerchristliche religiöse Persönlichkeiten. Ob dabei immer ein sicherer Instinkt für die Unterscheidung von Überragendem und Mittelmäßigem, von religiös Wesentlichem und Unwesentlichem gewaltet hat, erscheint fraglich. Gewiß, auch Moltke, Bismarck, Wilhelm I. und sein Enkel sind für die Geschichte des Christentums vielleicht nicht gänzlich ohne Belang. Aber die



religiöse Seite ihres Charakters und Wirkens ist doch zweifellos von untergeordneter Bedeutung gegenüber der politischen, und es ist doch geradezu unglaublich, wenn ihnen in dem vorliegenden Werk zum Beispiel mehr Raum zugewiesen wird als dem heiligen Augustin, dem heiligen Franz, Luther und Buddha zusammengenommen; dafür muß zweifellos nicht lediglich das, was der konventionelle Lehrplan fordert, sondern auch ein gewisser Mangel des Verfassers an Augenmaß für das religiös Wichtigste und das weniger Wichtige verantwortlich gemacht werden. Es drängt sich bei der Lektüre derartiger Bücher immer und immer wieder die Frage auf, ob die Gruppierung des religiösen Stoffs sich nicht endlich einmal in entscheidender Weise von der Idee der Darstellung wirklich wichtiger religiöser Fortschritte und führender Persönlichkeiten leiten lassen könnte als dies im Anschluß an eine Geschichtsschreibung geschehen kann, die unter einem Wust von chronologisch geordneten Belanglosigkeiten notwendig die wahrhaft weltgeschichtlichen Ereignisse in den Hintergrund treten lassen muß.

## KUNST

### Musik / Hugo Leichtentritt

**Politische Konzerte** Als politische Konzerte darf man eine Reihe von künstlerischen Unternehmungen in Berlin bezeichnen, die in den letzten Monaten von sich haben reden machen.

An erster Stelle wären die denkwürdigen Konzerte der Wiener Philharmoniker zu nennen, die unter Leitung Felix Weingartners sich zum erstenmal in Berlin hören ließen. Das altberühmte Orchester verteidigte seinen glänzenden Weltruf in der überlegensten Weise: ein schlagender Beweis für den Wert der alten österreichischen Musikkultur. Schlossen diese Konzerte die verflossene Spielzeit aufs glanzvollste ab, so wurde die neue Spielzeit im September durch 3 Konzerte der Budapester Philharmoniker unter Leitung ihres ständigen Dirigenten Stefan Kerner eröffnet. Das vortreffliche Orchester bot unter anderm eine Auslese ungarischer Orchestermusik dar, darunter auch Werke der jüngsten, wie Leo Weiners sauber gearbeitete, wohlklingende und sorgsam geformte Serenade und Skizzen von Béla Bartók, dem radikalsten der ungarischen Musiker. Seine

Musik kann man charakterisieren als ein Produkt aus den Faktoren Debussy, Schönberg, durch ein rassisches magyarisches Temperament hindurch erlebt. So kommt Bartók zu einer seltsamen, allem Schulumäßigen abholden, in ihrer Absonderlichkeit faszinierenden Musik, die allerdings nur Hörern, die auf die äußerste Moderne eingestellt sind, annehmbar sein wird.

Mit neueren Werken wartete uns auch das Finnische Orchesterkonzert unter Schneevoigts Leitung auf. Die Werke der finnischen Meister gehören zu den wertvollsten Bereicherungen der neuern Literatur und sind bei uns gebührend geschätzt. Diesmal wurde die 2. Symphonie von Sibelius dargeboten, dem hervorragendsten finnischen Musiker, einer der Leuchten der europäischen Musik überhaupt, und das eigenartige Klavierkonzert von Selim Palmgren, Der Fluß betitelt, ein stimmungsvolles Landschaftsbild von fremdartig melancholischem Reiz und starkem, ungebrochenem Naturgefühl.

In Leipzig fand eine Schweizer Musikwoche statt. Sie stellte die hervorragendsten Schweizer Komponisten heraus. Allen voran den altmeisterlichen Hans Huber aus Basel mit seiner Böcklingsymphonie, deren Schlußsatz in seinen einzelnen Variationen musikalische Ausdeutungen Böcklinscher Bilder gibt. Von Volkmar Andreae, dem Züricher Dirigenten, hörte man, neben einer Kleinen Suite, die 1914 bereits bei dem letzten Tonkünstlerfest in Essen aufgeführte Oper William Ratcliff (der Text ist Heinrich Heines Drama entnommen, das bekanntlich schon vor 20 Jahren von Mascagni vertont wurde): ein Stück neudeutscher Bühnenmusik nach Richard Straußschem Vorbild, nicht ohne einige packende Höhepunkte. Der Basler Dirigent Hermann Suter wurde nach seiner wirkungsvollen und inhaltreichen Symphonie mit Recht stark gefeiert. Othmar Schoeck, unter den Schweizer Lyrikern durch seine feinsinnigen Lieder der bekannteste, ließ ein neues Violinkonzert hören, ein vornehmes, im Melodischen wurzelndes, wiewohl nicht gerade durch virtuosens Glanz bestechendes Werk, und eine schwungvolle Chordithyrambe.

Nimmt man zu allen diesen Veranstaltungen noch das Gastspiel des Polnischen Balletts aus Warschau hinzu, ferner die bescheideneren Darbietungen der Osmanischen Hofkapelle und die Gastspiele belgarisches

Künstler in den letzten Monaten, so schließt sich der Ring dieser politischen Propagandamusik bis auf weiteres.

**Totenliste** Ganz unerwartet verschied Anfang August auf der Reise **Martin Krause**, der hervorragende Klavierpädagoge, im Alter von 65 Jahren. Er gehörte zu den erfolgreichsten und geschätztesten Vertretern seines Fachs, für das er seltene Fähigkeiten und umfassendste Erfahrung mitbrachte. Nach Beendigung seiner Studien auf dem Leipziger Konservatorium kam der junge sächsische Kantorssohn auf Umwegen nach Weimar zu Liszt. Lange Jahre übte er darauf in Leipzig die Lehrtätigkeit aus, daneben leitete er den Lisztverein, der im Leipziger Musikleben eine wichtige Stellung einnahm, durch sein entschiedenes Eintreten für die modernen Bestrebungen. Auch als Kritiker war Krause geschätzt. Nach seinem Weggang aus Leipzig leitete er die Meisterklassen des Dresdener Konservatoriums, der Münchener Akademie der Tonkunst, in den letzten Jahren vor dem Krieg sammelte er am Sternschen Konservatorium in Berlin einen Schülerkreis aus aller Herren Länder um sich. Von seinen Schülern sind letzthin **Edwin Fischer** und der jugendliche **Claudio Arrau** am Bekanntesten geworden.

Ein weiter Freundeskreis betrauert das plötzliche Hinscheiden **Bogumil Zepfers**, der am 17. August in Krummhübel einem Schlaganfall erlag. Vor wenigen Monaten erst bot sein 60. Geburtstag den Anlaß zu zahlreichen Würdigungen seines Schaffens. Zur Musik kam er auf Umwegen über die Medizin. Schon als Schüler **Heinrich Urbans** in Berlin hatte er aufmunternde Erfolge mit etlichen komischen Opern. Nachhaltige Wirkungen jedoch waren auch seinen mehr auf espritvolle, feine Ausdrucksweise gestellten Operetten versagt, die sich der schlagkräftigen Allerweltsmusik, der derberen Reize des neuern Wiener- und Berliner Operettenjargons nicht bedienten. Seit einer Reihe von Jahren leitete er die Musik für Alle, mit Glück der Tendenz dienend weiten Volkskreisen die Musik der großen Meister zugänglich zu machen. Der Musikschriftsteller **Georg Kaiser** ist, 35 Jahre alt, Mitte August in Leipzig gestorben. Er war als Musikreferent für die **Vossische Zeitung** in Dresden, dann in Leipzig tätig und gehörte der Redaktion der **Dresdener**

**Nachrichten** und der **Leipziger Volkszeitung** an. Seine gelehrte Tätigkeit galt hauptsächlich **Carl Maria von Weber**; ihm sind eine Sammlung der **Weberschen Schriften** und die Herausgabe der Briefe **Webers** an den Grafen **Karl von Brühl** zu danken.

Die **Kammersängerin Ella Tordek**, lange Jahre ein hochgeschätztes Mitglied der **Münchener Hofoper**, erlag einer **Lungenentzündung**.

Eine absonderliche Rolle in der Musik unserer Tage spielte der kürzlich verstorbene **Peter Gast**. Kein geringerer als **Friedrich Nietzsche** schwor auf ihn. In **Gasts** Opern **Scherz**, **List** und **Rache** und besonders **Der Löwe von Venedig** fand Nietzsche sein Ideal einer der **Schwere baren** und von nordischen Nebeln bereiten südlichen, mittelländischen Musik. **Peter Gast** (eigentlich **Heinrich Köselitz**), aus **Annaberg** in **Sachsen** stammend, lernte als junger Leipziger Konservatorist **Nietzsches** musikalische Schriften kennen, suchte dann in **Basel** die Bekanntschaft des Philosophen und lebte fortan sein ganzes Leben im Schatten des größern Genies, dem er ein unentbehrlicher und unschätzbare Helfer und Freund wurde. Nietzsche vergalt diese Hingebung des Musikers mit einer begeisterten Würdigung von **Gasts** musikalischen Qualitäten. Die Welt jedoch schloß sich diesem Urteil nicht an, und so blieb **Peter Gast** als Komponist sein Leben lang ein Außenseiter.

Aus **Rußland** wurde der **Tod Cäsar Kyjs** gemeldet. **Kyj** war der letzte der berühmten **Novatoren**, **Borodin**, **Rimskij-Korssakow**, **Mussorgskij**, die für die russische nationale Musik seit etwa 1870 bahnbrechend gewirkt haben. Als **Generalleutnant**, **Professor** der **Fortifikationskunde**, **Mathematiker** hat dieser vielseitig begabte feine Geist eine unter Musikern fast einzigartige Laufbahn durchgemessen. Seine Opern und Kammermusik wurden in **Rußland** hochgeschätzt, sind aber im **Ausland** wenig bekannt geworden. Er hat ein Alter von 83 Jahren erreicht.

**Kurze Chronik** Der **Berliner Tonkünstlerverein** erläßt aus Anlaß seines 75jährigen Bestehens ein **Preis ausschreiben** in Höhe von 750 und 500 Mark für 2 **Kammermusikwerke** für **Blasinstrumente allein** oder in Verbindung mit **Streichinstrumenten** und **Klavier**. ◊ Der 80jährige **Max Bruch** hat zwei neue groß-

Chorwerke beendet. Das eine, Szenen aus Scheffels Ekkehart, trägt dramatischen Charakter, das andere, ein Requiem für Mignon, ist rein lyrischen Gepräges. ◊ Wie im vorigen, so fand auch in diesem Jahr, im Juni, in Jena ein Regerfest statt. Es brachte auch ein neues Werk: den von Reger seinem Freund, dem frühern Jenenser Universitätsmusikdirektor Fritz Stein und seiner Gattin gewidmeten Hymnus der Liebe (Opus 136), nach Worten von Jacobowski. ◊ In München wurde im Juni eine Friedrich Klose-Woche veranstaltet. Sie wurde mit der dramatischen Symphonie Ilsebill mit großem Erfolg eingeleitet und fand ihren Abschluß mit der ersten deutschen Aufführung des Chorwerks Der Sonne-Geist, nach einer Dichtung Alfred Momberts. ◊ Paul Marsop, der verdienstvolle Förderer der musikalischen Volksbüchereien, hat dem bayrischen Kultusminister eine eingehende Denkschrift über seinen Plan der Errichtung eines städtischen Theaters und Orchesters in München überreicht. Die Denkschrift begründet die Notwendigkeit der Forderung, macht bis in die Einzelheiten gehende Vorschläge über Aufbringung der Mittel, über die Bauart des zu errichtenden Theaters, über Programm der Konzerte. Der Kernpunkt der Forderungen ist die Ausschaltung des Geschäfts- und Unternehmerbetriebs, die Durchführung der neuen Gründung als reines Kulturwerk. ◊ Zum Nachfolger Karl Mucks als Dirigent des Bostoner Symphonieorchesters ist der Engländer Sir Henry Wood berufen worden. Wood leitet seit dem Jahr 1895 die Symphoniekonzerte in der Londoner Queen's Hall und ist auch von deutscher Seite als ausgezeichnete Musiker anerkannt. Unter seinen Vorgängern in Boston waren George Henschel, Wilhelm Gerike, Arthur Nikisch, Emil Pauer und zuletzt Karl Muck, der jetzt des Krieges wegen zurücktreten mußte; dieser ausgezeichnete Künstler, der leider seine Tätigkeit am Berliner Königlichen Opernhaus aufgab, um nach Amerika zu gehen, muß nun gänzlich feiern. ◊ Eine bedeutende Kraft hat das Berliner Königliche Opernhaus in Helene Wildbrunn gewonnen.

#### Literatur

In 2. Auflage erschien in der Teubnersammlung Aus Natur und Geisteswelt ein kleines Buch von H. Rietsch Die Grundlagen der Tonkunst. In knapper

Fassung, aber klar und genügend weitgreifend wird die physikalische Grundlage der Tonkunst, die elementare Technik der Komposition, das Wesen der Musik als Tonsprache erörtert. Ein zuverlässiger, kenntnisreicher Führer. ◊ Die Geschichte der Musik behandelt A. Einstein in 2 kleinen Bändchen der selben Sammlung. Hier ist mit gutem Erfolg die schwere Aufgabe gelöst die ganze Entwicklung der Musik in aller Kürze, doch klar, streng wissenschaftlich und fesselnd darzustellen. Die Arbeit bietet natürlich keinen Ersatz für das Studium der wichtigeren Werke, dient aber als nützliche Einführung. Als wertvolle Beigabe kommt eine sorgfältig zusammengestellte Beispielsammlung zur ältern Musikgeschichte hinzu, in der 21 vollständige Kompositionen der alten Meister samt sachlichen Erläuterungen das Wesen der musikalischen Formen klar machen. ◊ Das Buch Paul Bekkers Die Symphonie von Beethoven bis Mahler /Berlin, Schuster & Loeffler/ gewinnt seinem oft erörterten Thema eine neue Seite ab, indem es nicht auf das Fachlich-Musikalische, das Technische, auch nicht auf das Ästhetische in erster Linie eingeht, sondern die Wurzeln des symphonischen Kunstwerks bloßlegt, seine Beziehungen zur Gemeinschaft der Hörer. So kommt Bekker zu wichtigen, neuen Aufschlüssen über die monumentale Symphonik Beethovens mit ihrem rein menschlichen Ideal, gegenüber der national beschränkten, verbürgerlichten Symphonie Späterer. ◊ In einer guten deutschen Übersetzung erscheint Romain Rollands Beethoven (als eines der Europäischen Bücher /Zürich, Rascher/). Dieses kleine Buch ist schon 1903 geschrieben, aber es ist gerade in unseren sturmbewegten Tagen zeitgemäß. Von einer hohen Warte zeichnet Rolland das Bild des großen Menschen Beethoven, das rein Menschliche mehr betonend als das Zünftige. So wird diese begeisterte und feinfühligste Skizze zu einer allgemein verständlichen Einführung in den Geist der Beethovenschen Gefühlswelt.

## KULTUR

### Kolonisation / Herman Kranold

#### Peters

Mit Carl Peters ist einer der letzten aus der Heroenzeit der deutschen Kolonialbewegung dahingegangen. Er hat

kein sehr hohes Alter erreicht. Ein mannigfaches, oft stürmisches Schicksal hat den in vieler Hinsicht bedeutenden Mann hin und her geworfen und an seiner Gesundheit gefressen.

Peters wurde am 27. September 1856 in Neuhaus an der Elbe geboren. Er war der Sohn eines evangelischen Pastors. In Göttingen, Tübingen und Berlin studierte er Philosophie. Dann ging er nach London, wo er englische Kolonialpolitik und Kolonialverwaltung näher kennen lernte. 1880 ließ er sich in Berlin als Privatdozent nieder. Bald darauf begründete er dort die Gesellschaft für deutsche Kolonisation und ging in deren Auftrag am 1. Oktober 1884 in Begleitung des Grafen Joachim Pfeil und Karl Jühlkes nach Ostafrika. Dort gelang es ihm, unter Durchkreuzung lebhafter englischer Intrigen, mit 12 Häuptlingen Verträge abzuschließen, durch die er seiner Gesellschaft den Besitz der Landschaften Usejuha, Mgura, Isagara und Ukami sicherte. Damit war zu der deutschostafrikanischen Kolonie der Grundstein gelegt, und Peters konnte nach Berlin zurückfahren, die Deutschostafrikanische Gesellschaft begründen, an ihre Spitze treten und ihr einen Kaiserlichen Schutzbrief erwirken, 1886 einen allgemeinen deutschen Kongress zur Förderung überseeischer Interessen einberufen und dann abermals im Jahr 1887 nach Ostafrika gehen, von wo er 1889 die bekannte Rettungsexpedition für Emin Pascha unternahm. Eine große Reihe von weiteren Verträgen mit afrikanischen Häuptlingen gelang ihm damals. Die Gebiete, die er auf diese Weise erwarb, sind aber später dem Deutschen Reich zum Teil wieder verloren gegangen. Kurze Zeit war er dann Reichskommissar für Deutsch Ostafrika. Später aber zerschlug sich ein weiteres Zusammenarbeiten mit der Berliner Regierung, und er schied aus dem Staatsdienst aus. Seither lebte er abwechselnd in Deutschland und im Ausland, zumeist in London, wo er besonders für die Erforschung Portugiesisch Ostafrikas tätig war und den alten Oberlieferungen über die Goldproduktion dieses Landes nachging, das seiner Ansicht nach das biblische Ophir war. Eine reiche schriftstellerische Tätigkeit beschäftigte ihn. Er gab in London die ausgezeichnet redigierte Finanzchronik heraus und schrieb über koloniale und weltpolitische Fragen zahlreiche Bücher, von denen sein Werk Die Gründung von Deutsch Ostafrika /Berlin, Schwetschko/,

sein scharfsichtiges Buch England und die Engländer /Berlin, Mittler/ und seine Afrikanischen Köpfe /Berlin, Ullstein/ noch immer eine Quelle reichster Belehrung für den an den Fragen der Kolonial- und Außenpolitik Interessierten bilden. Er schrieb einfach, ohne stilistische Umschweife, sagte seine Meinung gerade heraus und fesselte besonders durch die Aufrichtigkeit seiner Sprache, wo er seiner Überzeugung unverblümt Ausdruck gab. Er war ein Mensch ohne Scheuklappen und sah die Tatsachen auch dann richtig, wenn sie ihm wider den Wunsch gingen. Es sei daran erinnert, daß er beim Beginn des unbeschränkten Unterseekrieges, zu dessen unbedingten Anhängern er zählte, gleichwohl die Ansicht verfocht, daß England sich wohl für 2 Jahre genügend versorgt hätte. Man trat ihm damals, unter anderm in der Deutschen Tageszeitung, heftig entgegen. Es wäre besser gewesen, man hätte sich seine Prognose zu Herzen genommen; dann hätte man später nicht enttäuscht zu sein brauchen. Gerade wer in diesem Krieg den Entscheidungskampf zwischen Deutschland und England sieht, hätte sich vor allen Dingen vor der Unterschätzung des Gegners in acht nehmen sollen.

In der deutschen Sozialdemokratie ist Peters ungerecht behandelt worden. Er hat in der Paschastellung, die ihm vor 30 Jahren in Innerafrika zugefallen war, sicherlich schwere persönliche Schuld auf sich geladen. Es war daher selbstverständlich, daß die Sozialdemokratie sich gegen ihn wie gegen jeden, der sich eine koloniale Missetat zuschulden kommen ließ, mit aller Energie wandte. Aber es war unrecht ausschließlich sein persönliches Verhalten in den Vordergrund zu stellen und seine objektiven Verdienste um sein Land völlig in den Schatten zu drängen. Gewiß hat es vor ihm schon eine koloniale Bewegung in Deutschland gegeben, und gewiß ist diese Bewegung nicht einzelnen Männern zu danken sondern der völligen Wandlung in Deutschlands wirtschaftlichen Verhältnissen. Trotzdem bleibt Peters das Verdienst diesen Umschwung als einer der ersten eingesehen und als einer der ersten auch daraus agitatorisch die Folgerungen gezogen zu haben. Er hat der Propaganda für den kolonialen Gedanken in Deutschland den rechten Schwung gegeben. Ohne sich zu Überschwenglichkeiten, wie etwa der berühmten Dattelpalmengesichte, die Dornburg im Reichstag von

Südwestafrika erzählte, niemals hinreißen zu lassen, hat er doch die großen Vorteile, die uns aus afrikanischer Kolonisation erwachsen können und müssen, wenn wir unsere Aufgabe nur recht verstehen, mit beredten und wirksamen Worten geschildert. In allen Fragen der Weltpolitik ein heftiger Gegner der britischen Herrschaft, hat er doch nie die großen kolonialisatorischen Leistungen des englischen Volkes herabzusetzen sich vermessen; er hat vielmehr, was an diesem Volk uns für immer ein großartiges Beispiel sein kann, stets hervorgehoben. Er hatte einen scharfen Blick; als eingeleiteter Schopenhauerianer sah er weit hinter die Gesichter der Menschen und ließ sich durch die Maske des gesellschaftlichen Cants nicht täuschen. Doch war er in seiner Darstellung stets gerecht abwägend. Sein Buch über die Engländer ist in dieser Beziehung sehr lehrreich. Es wäre wirklich zu wünschen, daß diesen Menschen, dessen Verdienst seiner Schuld doch mindestens die Wage hält, im Angedenken des Volkes seine guten Taten überlebten, und daß das Böse mit ihm begraben würde.

England und die Um die Zukunft der deutschen Kolonien

Um die Zukunft der deutschen Kolonien, die nunmehr fast ganz in Feindeshand sind, hat sich im Lauf der letzten Wochen zwischen deutschen und englischen Staatsmännern ein Streit erhoben, der in einer Reihe von öffentlichen Erklärungen und Reden ausgegossen wurde. Den Anfang machte der britische Minister des Auswärtigen, Balfour, mit einer Rede, die im Zusammenhang mit dem, was das Mitglied des Kriegskabinetts Smuts, der Australier Hughes und andere hervorragende Kolonialengländer in den letzten Jahren geäußert haben, nur als eine glatte Weigerung betrachtet werden konnte die deutschen Kolonien jemals zurückzuerstatten. Auf diese Äußerungen ging der Staatssekretär des Kolonialamts Solf in einer Rede in der Deutschen Gesellschaft 1914 näher ein. Er stellte die Forderung auf, daß Deutschland unbedingt seine Kolonien zurückbekommen müsse. Dieser Forderung wird man in Deutschland allgemein beistimmen, wenn man auch viel weniger allgemein der frohen Hoffnung des Staatssekretärs sich hingeben wird, daß England ohne zwingende politische Notwendigkeit zu diesem Zugeständnis zu bringen sein werde. Inzwischen ist es jedenfalls gut, daß in Deutschland für das end-

gültige Schicksal unserer afrikanischen Position wieder lebhafteres Interesse erweckt wurde.

Auf Solfs Rede antwortete der Unterstaatssekretär im englischen Auswärtigen Amt Lord Robert Cecil. Neben manchem andern, was wohl geeignet war die Anglophilie den Regierenden in Deutschland ein wenig aus den Köpfen zu treiben, sagte er im besonderen über die Frage der Kolonien folgendes: »Wir kommen jetzt zu den deutschen Kolonien. Solf ist sehr empört über den Gedanken, daß die deutsche Herrschaft unmenschlich sei. Ich glaube nicht, daß irgendeiner, der die Tatsachen kennt, seiner Ansicht beitreten wird. Die englische Regierung hat über diese Fragen Material gesammelt, und in kurzer Zeit wird ein Blaubuch über die deutsche Herrschaft in den Kolonien erscheinen. Einige Ermittlungen sind furchtbare Zeugnisse der Brutalität. Ich kann Solfs Lehren nicht annehmen, daß Deutschland ein friedliches afrikanisches Reich wolle. Im Gegenteil, wir wissen wenigstens, daß eine wichtige Partei in Deutschland für ein deutsches afrikanisches Reich eintrat, um Afrika militärisch zu beherrschen und große Hilfsquellen für die militärischen Zwecke des Deutschen Reichs zu erschließen. Dies, ganz abgesehen von der Tatsache, daß der Besitz von Häfen die größte Gefahr für das Britische Reich und für Deutschland sehr wichtig sein würde. Wenn Solf behauptet, daß Balfour oder irgendein britischer Staatsmann endgültig die Annexion der afrikanischen Kolonien an das Britische Reich vorgeschlagen habe, so ist das ungenau. Solch ein Vorschlag ist niemals gemacht worden. Balfour und andere sagten: Es ist unmöglich, daß Deutschland die Aufsicht über seine Kolonien wiedererhält: mehr als das haben weder Balfour noch Lloyd George behauptet. Der Premierminister sagte ferner, über die deutschen Kolonien werde auf der Friedenskonferenz entschieden werden. Gewiß kann ein großes Weltproblem nicht durch England allein entschieden werden, sondern es muß gemeinsam mit den Alliierten eine Regelung gefunden werden.« So weit Lord Cecil.

Was die angekündigten Enthüllungen über deutsche Kolonialgrausamkeiten betrifft, so braucht man auf deutscher Seite gar nicht in Abrede zu stellen, daß manches betrübliche Ereignis da zur Sprache kommen kann; und gewiß

wird man gerade in der deutschen Sozialdemokratie nach dem Krieg doppelt ernsthaft die Verpflichtung fühlen dafür zu sorgen, daß alle solche Dinge dann auch wirklich endgültig unmöglich werden. Aber gerade die englische Regierung scheint uns die letzte zu sein, die zur Erhebung der Anklage wegen kolonialer Greuel gegen andere Regierungen und Völker berechtigt wäre. Ihre eigene lange Kolonialpraxis ist reich an Maßnahmen, die ihr die Berechtigung nehmen über eine andere, jüngere Kolonialmacht zu urteilen. Besonders bezeichnend sind die Erklärungen Cecilis über den englischen Kolonialannexionismus. Was er da sagte, kommt darauf hinaus, daß nicht nur England, sondern der guten Form halber auch seine von ihm abhängigen Bundesgenossen bei der Entscheidung mitwirken sollen; von einem Mitreden der Mittelmächte oder Rußlands ist freilich nicht die Rede. Immerhin geht aus diesem Teil der Ausführungen Cecilis hervor, daß die britische Regierung in den Kolonialangelegenheiten nicht zu früh ihre Karten aufzudecken wünscht, und daß jedenfalls Deutschland die Kolonien nicht wiederbekommen soll. Der Passus über die »Gefährlichkeit« kolonialer Häfen in deutscher Hand für das Britische Reich ist klassisch für die zugleich vorsichtige und doch in nichts nachgebende politische Art Englands. Unsere Kolonialpolitiker täten gut sich die Folgerungen daraus klarzumachen.

Sozialdemokratie und Kolonialpolitik — Es ist ganz gut, daß diese Fragen nun wieder lebhafter behandelt werden.

Denn in Deutschland hatte sich in den 4 Kriegsjahren schon eine recht üble Gleichgültigkeit gegen alle kolonialisatorischen Probleme herausgebildet. In den Tageszeitungen unserer Partei ist von kolonialen Fragen so gut wie nie die Rede. Auch der Entwurf des Aktionsprogramms schweigt davon. Nur neuerdings hat Genosse Wehmeyer in der, sonst ganz gescheit redigierten Märkischen Volksstimme vom 4. August 1918 in längeren Ausführungen gegen Gustav Noske, der die Wiederherstellung des afrikanischen Kolonialbesitzes Deutschlands gefordert hatte, vom Leder gezogen.

Der Gedankengang des neuesten Kolonialfeinds ist folgender: »Die Rückgabe der . . . Kolonien könnte uns nicht von der Abhängigkeit vom Ausland beim Bezug wichtiger Rohstoffe befreien . . .

die . . . Arbeitslosigkeit . . . im Gefolge haben soll. Es ist also durchaus nicht ersichtlich, warum die besonderen Interessen der Arbeiterschaft gerade die Rückgabe der Kolonien erfordern sollen.« Irgendwelche »besonderen« Interessen freilich nicht; wohl aber das allgemeine deutsche und allgemein menschliche Interesse daran, daß die Rohstoffe, die bei gründlicher Kolonisationsarbeit aus dem tropischen Afrika uns in Zukunft zuwachsen können, uns auch wirklich zuwachsen, und daran, daß das deutsche Volk, nach diesem Krieg mehr denn je eine durch ihre Kräfte mit am stärksten zur Mitarbeit an der Erschließung der Produktivkräfte Afrikas verpflichtete Nation, um kurzfristiger Bequemlichkeits- und Sparsamkeitsmotive willen der Erfüllung dieser Pflicht sich nicht entziehe. Weiter: »Es kommt noch hinzu, daß in den Kolonien gewissermaßen wieder von unten auf angefangen werden muß. . . Der Wiederaufbau wird weiter große Geldmittel erfordern. Wie sollten aber diese Mittel . . . nach dem Krieg aufgebracht werden, wo noch niemand weiß, wie die Kriegsschulden aller Länder amortisiert und verzinst werden und nebenbei noch die sozialen und wirtschaftlichen Aufgaben der Staaten im Innern durchgeführt werden können.« Das ist gerade jene Anschauung, die uns, wenn sie irgendwo beim Wiederaufbau der Friedenswirtschaft wirksam werden sollte, sehr schnell in eine schwere wirtschaftliche Katastrophe hineintreiben muß. Gewiß werden wir allen Anlaß haben zu sparen; aber nur am Luxus, nicht an den produktiven Ausgaben, Gewiß werden wir Kapital bilden müssen, aber nicht Verbrauchsgüter, sondern Produktionsmittel müssen das Ziel dieser Kapitalbildung nach dem Krieg werden; und unter diesem Gesichtspunkt muß man schon sagen, daß es kaum eine wichtigere Aufgabe geben wird als große Kapitalanlagen in kolonialen Produktionseinrichtungen. Man muß es daher bedauern, daß, so wie die Dinge liegen, infolge der ungenügenden Größe und ungunstigen Streulage der deutschen Kolonien und der Knappheit an menschlichen Arbeitskräften in ihnen, die Gelegenheiten zur Kapitalanlage in diesem Sinn in unseren bisherigen afrikanischen Kolonien nur zu gering sind, und daß es deshalb gerade sozialistische Pflicht ist erstlich zu überlegen, ob und wie diese Gelegenheiten vermehrt werden könnten, ob

Vergrößerung unseres Kolonialbesitzes oder kontinentaleuropäisch solidarischen Kolonisieren hier nicht vielleicht einem schweren Übelstand abhelfen könnte. Daß heute aus den afrikanischen Kolonialgebieten Deutschlands und aus den Gebieten, die für eine etwaige Erweiterung auf einem der beiden Wege in Frage kämen, nur ein geringer Teil der Welterzeugung an Baumwolle usw. kommt, wie Wehmeyer ganz richtig erkannt hat, ist noch lange kein Grund auf den Versuch zu verzichten diese Verhältnisse zu ändern, zumal technisch und den natürlichen Bedingungen nach für zahlreiche Zweige der kolonialen Produktionssphäre von solcher Umstellung der Verhältnisse die Möglichkeiten sehr wohl vorhanden sind. Freilich ist es richtig, wenn Wehmeyer sagt: »Unabhängig von den europäischen Großmächten im Rohstoffbezug könnte Deutschland also vielleicht nur durch die Annexion der besten englischen Kolonien in Afrika und Asien werden.« Wobei nur zu fragen ist, ob denn Kolonisation allen Sinn verliert, wenn sie nicht zu absoluter Autarkie zu führen vermag. Das ist freilich Wehmeyers Meinung. Er fährt nämlich fort: »Kolonialpolitik hat nur Sinn und Zweck, wenn sie eine solche Unabhängigkeit ermöglicht.« Aber das bedürfte doch sehr der Untersuchung. Und diese ergibt, wie in den Sozialistischen Monatsheften und von dem Kreis ihrer Mitarbeiter auch anderswo oft genug, aber offenbar noch immer ohne zureichenden Erfolg, dargetan worden ist, den entgegengesetzten Schluß. Deshalb ist es auch verfehlt zu sagen, daß eine Kolonialpolitik, die dem kolonisierenden Volk keine direkten Vorteile bringt, nur dann zulässig sei, wenn »die Mittel dafür vorhanden sind, die Bevölkerung des Mutterlands so gut gestellt ist, daß sie sie ohne eigene Schädigung entbehren kann«. Das verlangt ja niemand, daß ein Volk seiner kolonialisatorischen Pflicht sich opfere. Daß dieser Fall vorliege, dafür bringt aber Wehmeyer auch nicht den geringsten Beweis, und ebensowenig hat ihn irgendein anderer Kolonialgegner in der Partei in den letzten Jahren auch nur zu erbringen versucht. Freilich hat Wehmeyer so viel Einsicht, weiterhin zu schreiben: »Eine solche Kolonialpolitik kann im Interesse der Arbeiter liegen, indem sie dazu beiträgt die kolonialen Arbeiter als Lohndrücker für die Arbeiterschaft des Mutterlands auszuschalten.« Daß für Deutschland

dieser Fall in Frage stehe, bestreitet er freilich sogleich mit dem bequemem, aber gewiß nicht sehr überzeugungskräftigen Argument: »Aber ob das möglich sein wird?« Solche Fragen wollen eben nicht nur rednerisch gestellt sondern ernsthaft untersucht und beantwortet sein, wenn man mit ihrer Hilfe die politische Meinungsbildung in der Partei zu beeinflussen unternimmt. Im übrigen aber ist mit diesen zuletzt zitierten Sätzen Wehmeyers grundsätzlich zugegeben, daß indirekte Interessen der Arbeiterschaft Kolonisation auch dann zu rechtfertigen vermögen, wenn kein unmittelbar in Heller und Pfennig errechenbarer Vorteil aus ihr entspringt. Und nun erheben sich Gegenfragen wie diese: Gibt es nicht vielleicht noch andere derartige indirekte Arbeiterinteressen? Wie steht es da mit der Beseitigung der englischen Ausbeutungsherrschaft, die ja schließlich ohne den englischen Kolonisationsvorsprung auch nicht möglich wäre? Ist nicht Friedenssicherung, die mehr ist als Sicherheit vor der Wiederkehr militärischer Kampfhandlungen, nur möglich, wenn das festländische Europa überall geschlossen dem Angelsachsentum entgegentritt, und gehört dazu nicht auch, daß das deutsche Volk an der kolonialen Aufgabe Gesamteuropas sich beteilige?

Es ist notwendig in dieser Rundschau, die in erster Linie durch Berichte über den Stand der Kolonisation als einer Kulturleistung wirken will, auf diese politischen und parteitaktischen Fragen einmal einzugehen. Die politische Liquidierung des Krieges schiebt manches schwerwiegende Problem, für das Bewußtsein der Masse der Parteigenossen noch ungelöst, in den Vordergrund. Da hilft schließlich alles bloße Berichten nicht mehr; da muß der Weg zu unbefangener Auffassung dieser Berichte in der Partei eröffnet werden.

Totenliste      Anfang April starb, 73 Jahre alt, der General Sir Alfred Gaseler, ein verdienstvoller Offizier der britisch-indischen Armee, der beim Boxeraufstand das englische Kontingent des europäischen gemeinsamen Heeres befehligte.

Ferner starb der Gouverneur von Ceylon, Sir John Anderson. Er war früher, 1897 und 1902, Sekretär der Kolonialkonferenzen und begleitete 1901 den jetzigen König von England auf seiner Kolonialrundreise als Vertreter

des Kolonialamts. 1904 wurde er Gouverneur der Straits Settlements und High Commissioner der Föderierten Malayenstaaten, 1911 ständiger Unterstaatssekretär im Kolonialamt, 1915 erhielt er seinen letzten Posten. Er war einer der verdientesten englischen Kolonialpraktiker.

Der wissenschaftliche Hilfsarbeiter am hamburgischen Kolonialinstitut Franz Guckenmuß fiel als Batterieführer auf dem Schlachtfeld.

In einem Reservelazarett in Nürnberg starb an einer im Feld erlittenen Gasvergiftung Richard Kandt, der 1897 und später erfolgreiche Forschungsreisen in die ostafrikanischen Provinzen Ruanda und Urundi unternommen hat. Seit 1907 war er Resident in Ruanda. Die wissenschaftlichen Ergebnisse seines Aufenthalts in Ostafrika hat er in dem ausgezeichneten Buch *Caput Nili* / Berlin, Dietrich Reimer / niedergelegt. Die deutsche Kolonisationsarbeit hat an ihm einen hochverdienten Mann verloren.

Am 10. September starb Carl Peters in der Privatheilanstalt Woltorf bei Braunschweig. Er ist fast 62 Jahre alt geworden.

Am 12. September starb der frühere australische Premierminister und High Commissioner für Australien in London Sir George Reid. Er war einer der Führer der antijapanischen Bewegung in Australien.

**Kurze Chronik** Das türkische Ministerium für Handel und Landwirtschaft wird eine Dauerausstellung landwirtschaftlicher Maschinen einrichten. ◊ Die ägyptische Baumwollerte betrug im letzten Jahr vor dem Krieg 970 000 Ballen, im Jahr 1917 nur noch 631 000. Die Aussichten für 1918 sind noch schlimmer. Der Grund ist die Ausdehnung des Getreidebaus in Ägypten, weil das Land sich jetzt mit Getreide selbst versorgen muß, was es vor dem Krieg nur zum geringen Teil tat. ◊ In Omsk haben japanische Kapitalisten mit 5 Millionen Rubel Kapital eine Butterhandlungsgesellschaft gegründet, die einen möglichst großen Teil der sibirischen Butter erzeugend den Japanern sichern soll. ◊ Die Amerikaner gehen jetzt daran Indochina unter ihren Einfluß zu bringen. Sie beabsichtigen zuerst die Küstenschiffahrt zu organisieren und neue Eisenbahnlinien im Land zu errich-

ten. Außerdem wird eine Schifffahrtslinie zwischen den Vereinigten Staaten und Tongking projektiert. Ein französisch-amerikanisches Syndikat will in Tongking ein Walzwerk mit Hochöfen einrichten, ein anderes in Cochinchina Kautschuk- und Kaffeeplantagen im Umfang von 20 000 Hektar anlegen. ◊ Die indische Regierung fährt in ihren Bestrebungen fort Britisch Indien vom Ausland in Bezug industrieller Erzeugnisse so weit wie möglich unabhängig zu machen. In den nächsten 10 Jahren garantiert sie daher den einheimischen Fabrikanten die Abnahme von jährlich 3000 Eisenbahnwagen. ◊ Im Jahr 1917 stieg die argentinische Einfuhr dem Wert nach gegenüber dem Vorjahr um 3,8 %, wogegen die Ausfuhr um 17,8 % sank. Seit dem Beginn des Weltkriegs stiegen die Durchschnittspreise der Einfuhrwaren um mehr als 95 %, die der Ausfuhrwaren dagegen um knapp 75 %. Der Menge nach sind Einfuhr wie Ausfuhr stark gesunken.

#### Literatur

Eine ganz hübsche Monographie über die Türkei hat neuerdings der ausgezeichnete Orientkenner Ewald Banse verfaßt. Sein Büchlein *Die Türken und wir* / Weimar, A. Duncker / bespricht eine Reihe der wichtigsten türkischen Fragen mit viel schriftstellerischer Kunst und großer Anschaulichkeit. Trotzdem möchte ich bezweifeln, ob Banse in seinen Meinungen immer das Richtige trifft. Ein so trefflicher geographischer Beobachter er auch ist, so ausgezeichnet ihm deshalb zum Beispiel die Beschreibung der türkischen Landschaft und seine Besprechung der geopolitischen Lage der Türkei gelang, so fehlt ihm doch die soziologische Bildung, um die Konsequenzen dieser geographischen Eigenart für die Gestaltung der menschlichen Gesellschaft in der Türkei voll zu verstehen. Infolgedessen kommt er zu einem Gesamturteil, das meiner Meinung nach unbegründet pessimistisch ist. ◊ Eine sehr gute Übersicht über die deutschen und jüdischen Kolonien in Palästina aus der Feder Lamec Saads enthält die *Koloniale Rundschau*. Diese, die bei Dietrich Reimer in Berlin erscheint, ist immer noch die wichtigste und solideste unter den deutschen Kolonialzeitungen und sei wieder einmal in empfehlende Erinnerung gebracht.